„Für ein linkes Wahlbündnis" — Seite 7

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 41 vom 15. Oktober 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM




**Bonner Verhältnisse** — Strauß und seine Leute an den Schaltstellen der Regierung Kohl. Ihre Ansprüche formulierten sie noch am Abend der Bayern-Wahl. Sie wollen sich nicht darauf beschränken, die Rolle eines Rechtsaußen in Kohls Kabinett einzunehmen, sondern ihre Politik durchsetzen, wie sie vor allem vom Hause Siemens gewünscht wird.

### Gegen die Wunschregierung des Großkapitals

## Jetzt erst recht: Heraus zu den DGB-Demonstrationen!

**Ende Oktober, Anfang November finden nahezu überall in der Bundesrepublik, von Kiel bis München, Demonstrationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Diese Demonstrationen, ursprünglich organisiert gegen die Sparpolitik der Regierung Schmidt/Genscher sind jetzt, nachdem das Großkapital seine Wunschregierung an die Schalthebel gebracht hat, erst recht dringend nötig! Denn alles, was bisher an unsozialen Maßnahmen aus Bonn kam, wird jetzt doppelt und dreifach kommen, wenn wir uns nicht wehren!**

Das Kabinett der „unverbrauchten Kräfte", das Kohl angekündigt hatte, ist weder neu noch unverbraucht. Vom BASF-Aufsichtsratsmitglied Kohl über den früheren Krupp-Direktor Stoltenberg, den alten Siemens-Mann Dollinger und den Elektrounternehmer Schwarz-Schilling bis hin zum Konzernangestellten Riesenhuber sind alles entweder die altbekannten CDU/CSU-Gesichter der 60er oder Anfang 70er Jahre oder die Nachwuchsmannschaft großer Unternehmen.

Und im Kern dieser Regierung, in den Schlüsselpositionen, stehen jene Leute, die bei der letzten Bundestagswahl vom Wähler abgeschmettert worden waren: die Strauß-Mannschaft. Innenminister Zimmermann, Postminister Dollinger, Bauminister Schneider: Das sind die seit 20 und mehr Jahren in Bonn etablierten Reaktionäre. Zusammen mit einem Verteidigungsminister Wörner, der nur deshalb nicht in der CSU ist, weil er nicht aus Bayern kommt, haben sie heute die wichtigsten Ministerien in der Hand und drohten schon am Abend nach der Bayern-Wahl erneut, sie wollten mehr.

Die Unternehmerverbände, jubeln natürlich, denn sie haben diese Regierung mit dem eingekauften Genscher zustandegebracht. Aber sie wollen noch viel mehr, als es in der Regierungserklärung Kohl stehen wird. Wie ihre belgischen Unternehmerkollegen gehen sie immer mehr dazu über, offen das Ende der Zeit der Sozialpartnerschaft, die sie so lange gefordert haben, zu verkünden.

Und das bedeutet nichts anderes, als daß es rund gehen soll, daß sie zur Sache kommen wollen, alles abschaffen, was die letzten 13 Jahre gebracht haben, das Rad möglichst weit in die 50er Jahre zurück drehen.

Für die Arbeiterschaft, für die kleinen Angestellten, für die kleinen Beamten, für Rentner und Jugendliche, für Frauen und Kinder der werktätigen Klasse bedeutet dies, daß hier die Gegenwehr dringend nottut. Für die Gewerkschaftsbewegung heißt dies, daß sie von Beginn an klar machen muß, daß sie sich nicht zum Spielball der Reaktion machen lassen wird, daß Pflöcke gesetzt werden müssen. Der CDU-Feldzug des sozialen Kahlschlags muß gestoppt werden!

Die Demonstrationen des DGB müssen eine Willenskundgebung des Widerstands und der Einheit im Widerstand gegen Bonn werden!

### Von der PLO scharf verurteilt

## Attentat in Rom im Dienst des Zionismus

**Ein totes Kind, über 30, zum Teil lebensgefährlich verletzte Menschen — das war das Resultat eines Überfalls auf die römische Synagoge, mit Handgranaten und Maschinenpistolen am letzten Wochenende. Und natürlich war die Reaktion klar: Die Täter kamen aus dem Nahen Osten hieß es sofort in allen Medien, und damit sollte untergejubelt werden, daß es die PLO war. Die aber hat diesen Terrorakt sofort entschieden verurteilt.**

Wer die Politik der PLO kennt, für den ist dies keine Überraschung. Diese Taktiken im Kampf um ihre Heimat haben die in der PLO zusammengefaßten palästinensischen Volksmassen längst aufgegeben, als überholt und heute schädlich beurteilt.

Wem dient das? Das ist dann auch die Frage, über die man an die Hintergründe dieses Verbrechens herankommt. Und dafür braucht man nicht einmal die sofort einsetzende zionistische Propaganda des Massenmörders Begin betrachten, die zum Inhalt hat, all diejeniger wären an solchen Verbrecher schuld, die Jasir Arafat aufwerten würden.

Damit war der kurz zuvoi statgefundene Besuch des Vorsitzenden der PLO, in Rom und beim Vatikan gemeint. Ähnlich wie bei dem kürzlichen Pariser Attentat geschah auch dieses in einem Augenblick, da die westeuropäische öffentliche Meinung gegen Israels Angriffskrieg eingestellt war und konnte überhaupt nur dazu dienen, das Ansehen des Volkes von Palästina zu schädigen. Von daher legt die Aussage, die Täter seien aus dem Nahen Osten gekommen, noch keineswegs die Schlußfolgerung nahe, es seien Palästinenser gewesen oder gar die PLO.

Die Verbrechen des israelischen Geheimdienstes beispielsweise, auch an eigenen Leuten, lassen auch ihn als möglichen Täter in Frage kommen. Oder aber Gruppen gekaufter arabischer Provokateure oder pseudolinker italienischer Terrortruppen. Der Möglichkeiten gibt es mehrere. Außer den Opfern des Verbrechens sind aber die PLO, die Palästinenser die einzigen Leidtragenden dabei.

### Kein Industriezweig bleibt verschont

## Ständig neue Arbeitslosenrekordzahlen?

### 35-Stunden-Woche Gegenmittel

**Den gängigen Prognosen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in unserem Land mißtraut mancher, von verschiedenen Seiten her. Das ständige Bonner Gerede, man werde sofort etwas tun, ist oft fast schon lästig. Dabei zeigt die jüngste Entwicklung in aller Deutlichkeit, daß mit keinerlei Unternehmerprogrammen diesem Problem der kapitalistischen Wirtschaft beizukommen ist, sondern nur mit den Vorschlägen und Forderungen, die aus der Arbeiterbewegung kommen.**

Denn die Krise hat längst nicht mehr nur einzelne Betriebe oder bestimmte Branchen erfaßt, sondern ist allgemein. Im Vergleich zum Vorjahr wurden in allen Branchen der Industrie massenhaft Arbeitsplätze vernichtet. Die Mitteilungen des Arbeitsministeriums für Oktober machen dies deutlich. Bis zur Jahresmitte wurden im Vergleich zum Vorjahresmonat im Baugewerbe 106000 Arbeitsplätze vernichtet, im Bereich Handel und Versicherung 45000, im Kohlebergbau rund 2000.

In der Bauwirtschaft, die schon lange von der Krise erfaßt ist, steigen die Zahlen also rapide an, während in anderen Zweigen, die bisher als bessergestellt galten, diese Entwicklung nun ebenfalls eingetreten ist. Zieht man dazu noch die jüngsten Maßnahmen in der Chemie und der Automobilindustrie hinzu, die die Zahl der Kurzarbeiter auf über eine halbe Million ansteigen lassen, dann kann man sehen, daß dies eine umfassende kapitalistische Wirtschaftskrise ist.

Um so mehr muß die Gewerkschaftsbewegung im Kampf für die 35-Stunden-Woche aktiv werden, die den Kapitalisten einen Teil der Lasten der Krise zuschiebt, indem sie den vollen Lohnausgleich bezahlen müssen und die Zahl der Arbeitsplätze steigen läßt.

### Nach dem Verbot von Solidarność

## Polnische Werftarbeiter im Streik

**Am Montag traten die Arbeiter der Lenin-Werft in Gdansk in den Streik. Sie trotzen damit dem am Wochenende zuvor ausgesprochenen Verbot der Gewerkschaft Solidarność durch den Sejm auf Verlangen General Jaruzelskis. In Gdansk und Szczecin gab es größere Unruhen, die Städte wurden von jeglicher Kommunikation abgeschnitten, nach dem Ende der großen Kundgebungen der Werft-Arbeiter kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.**

So reagierte die polnische Arbeiterschaft sofort auf das Verbot ihrer Gewerkschaft. Die Führung von Solidarność rief für den 10. November zu einem vierstündigen landesweiten Proteststreik auf und betonte, Solidarność werde weiter bestehen. Die Arbeiter wurden aufgerufen, die sogenannten Betriebsgewerkschaften, die der General Jaruzelski als Finte noch zulassen will, zu boykottieren.

Offensichtlich haben sich die Machthaber Polens in ihrem arbeiterfeindlichen Kurs verrechnet, waren sie davon überzeugt, nach zehn Monaten Kriegsrecht die Resignation der Arbeiterklasse, die nahezu geschlossen Solidarność-Mitglieder ist, so weit getrieben zu haben, daß dieses Verbot durchgehen würde.

Aber die Gründe, die zur Schaffung dieser Organisation führten, bestehen weiter und deshalb auch die Gewerkschaftsbewegung. Die polnischen Arbeiter haben genug davon, sich in Sonntagsreden „kommunistische" Phrasen anzuhören und die Woche über von denselben Leuten ausgebeutet zu werden, in Armut zu leben.

Die Heuchelei der Westpropaganda, die beispielsweise das Verbot politischer Streiks in Polen herausstellte — ein Verbot, das auch in der Bundesrepublik gilt, was nicht gesagt wurde — darf nicht davon abhalten, Solidarität mit den kämpfenden polnischen Arbeitern zu üben, die für sich, für ihre Lage, ihr Leben kämpfen und nicht für irgendwelche Propaganda.




Polnische Arbeiter erneut im Widerstand.

## Kommentar der Woche

Als Sensation wie noch vor wenigen Wochen die Hessenwahl wurden die Ergebnisse der Landtagswahl in Bayern nicht empfunden. Aber dennoch: Auch hier hatte sich in kürzester Zeit eine bemerkenswerte Trendwende vollzogen. Die SPD beispielsweise, bei den Meinungsumfragen vor der Wahl noch weit unter dreißig Prozent, konnte ihr Ergebnis von 1978 sogar leicht auf 31,9 Prozent verbessern und in ihrer schon vor Jahren verlorenen Hochburg München nun sieben von elf Direktmandaten gewinnen — vor vier Jahren hatte sie hier nur einen einzigen Stimmkreis erobern können.

Erwartungsgemäß erlebte die FDP, deren Landesführung hinter dem Genscher-Kurs steht, nach Hessen einen zweiten verheerenden Einbruch. In Anspielung auf den von der FDP in Bonn betriebenen Regierungswechsel kennzeichnete einer der bayerischen Parteifunktionäre mit bitterer Ironie die gegenwärtige Situation der FDP treffend so: „Operation gelungen, Arzt tot."

**Bayernwahl:**

# Strauß stellt neue Ansprüche

Mit ihrem 3,5-Prozent-Ergebnis bekam die Partei einmal mehr die Quittung für den von ihren Bonner Führern putschmäßig vollzogenen Regierungssturz präsentiert. Nachdem das Wählerpotential der FDP bei einer Landtagswahl zum zweiten Mal halbiert und auf den rechtsliberalen harten Kern zurückgeführt wurde, ist sie als parlamentarische Partei tatsächlich zumindest klinisch tot. Und ob die jetzt hektisch betriebenen Wiederbelebungsversuche anschlagen werden, scheint eher zweifelhaft zu sein.

Wie die FDP so scheiterten auch die Grünen an der undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel. Es muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß mithilfe dieser zur Ausschaltung mißliebiger Parteien aus den Parlamenten erfundenen reaktionären Klausel das Votum von immerhin fast zehn Prozent der bayrischen Wähler im Papierkorb landete; Stimmen, die etwa für die Grünen, den BWK oder die DKP abgegeben wurden, schlugen sich so in zusätzlichen Mandaten für die SPD und die Strauß-Partei nieder.

Die Bayernwahl stand — wie auch die Untersuchungen von INFAS bestätigten — eindeutig unter dem Eindruck der Ereignisse in Bonn. Der relative Erfolg der SPD zeigt, daß es ihr gelungen ist, in weit höherem Maße als bei früheren Landtagswahlen ihre werktätige Anhängerschaft zu mobilisieren, wofür auch die deutlich höhere Wahlbeteiligung spricht. Und darin drückt sich eben, wie schon in Hessen, die Abneigung der Werktätigen gegen den Machtantritt der schwarzen Reaktion in Bonn aus.

Trotz dieser Tatsache aber gibt es kein Deuteln daran, daß der Sieger dieser Wahl Franz Josef Strauß war. Sicher ist er heute weiter denn je von dem 62-Prozent-Traumergebnis seines Vorgängers Goppel entfernt. Aber mit der Erfolgsmischung aus sozialer Demagogie, Hetze gegen links und demonstrativ herausgestellter „Heimatverbundenheit" ist es der CSU doch wieder gelungen, eine satte absolute Mehrheit zu bekommen.

Und Strauß geht jetzt schon daran, den Wahlsieg in Bayern für seine Pläne auf der Bonner Ebene auszunutzen. Man muß sich daran erinnern, daß es ja keineswegs nur die SPD war, die im bayrischen Wahlkampf auf die FDP eingeschlagen hat. Auch Strauß und seine Gefolgsleute hatten es sich nicht nehmen lassen, den neuen Koalitionspartner kräftig zu beuteln.

Die Absichten, die Strauß damit verfolgte, sind leicht zu durchschauen. Er wollte die FDP auf Null bringen, um ihren Einfluß in der gegenwärtigen Bonner Koalition weiter zu schwächen und seine eigenen Positionen — auch gegenüber Kohl — entsprechend auszubauen. Konkret dürfte es dabei in der nächsten Zeit vor allem um die noch ausstehenden Koalitionsverhandlungen über den künftigen Regierungskurs in der Innenpolitik gehen. Hier sind Strauß und sein Bonner Statthalter Zimmermann ja angetreten, das „Erbe" von Exinnenminister Baum vollständig zu liquidieren und einen ultrareaktionären Kurs durchzusetzen.

Wenn also Strauß jetzt das bayrische Wahlergebnis als „Votum für Bonn" bezeichnet, dann muß das in diesem Sinne als Drohung aufgefaßt werden.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

**FDP zeigt Auflösungserscheinungen**

# Genschers Position stark angeschlagen

### Vor dem Parteitag vermehren sich Forderungen nach Rücktritt des Vorsitzenden

**Im Vorfeld ihres für den 5. November in Westberlin angesetzten Parteitages bietet die FDP, deren Führung gerade erst den Wechsel von der Sozialdemokratie zu Strauß vollzogen hat, ein Bild vollständiger Zerrissenheit. Immer lauter werden die Forderungen nach einem Rücktritt Genschers und einem Auswechseln der gesamten ultrarechten Führungsspitze.**

Bezeichnend für den gegenwärtigen Zustand der FDP war der Sonderparteitag am Wochenende in Baden-Württemberg, den die Basis gegen den Willen des Landesvorstands erzwungen hatte. Vorstandschef Jürgen Morlok, ein Vertrauter von Genscher und Aspirant auf das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden, hatte vor dem Sonderparteitag noch getönt, diejenigen, die ihn erzwungen hätten, würden sich über die Abstimmungsergebnisse wundern. Am Wochenende allerdings war es Morlok selbst, der sich wundern mußte.

Denn er konnte es nicht verhindern, daß sich der Sonderparteitag mit der deutlichen Mehrheit von 227 gegen 170 Stimmen für einen Rücktritt Genschers vom FDP-Vorsitz aussprach. In der entsprechenden Resolution hieß es außerdem: „Es ist unerträglich, daß die neue Koalition gebildet wurde, ohne daß es eine rechtzeitige Diskussion in der Partei gegeben hat und die Wähler darüber entscheiden konnten."

Genschers Rücktritt hatten zuvor auch die Landesverbände in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein schon gefordert. Mit diesen Entscheidungen im Vorfeld des Bundesparteitags war wohl allgemein gerechnet worden, das Votum aus Baden-Württemberg kam dagegen überraschend, ebenso wie eine Forderung nach Rücktritt des Vorsitzenden aus dem als Genscher-treu geltenden Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe.

Der Bonner Regierungswechsel hat die FDP in die tiefste Krise ihrer Existenz gestürzt. Trotz der beschwörenden Appelle von Vertretern des sozialliberalen Flügels, die Partei jetzt nicht zu verlassen, hat es in den vergangenen Wochen überall Massenaustritte gegeben. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise haben seit dem Frontwechsel der Bonner Führung mehr als tausend Mitglieder der FDP den Rücken gekehrt. Innerhalb der Partei ist jetzt, wenige Wochen vor dem Parteitag, der Kampf zwischen den beiden Flügeln auch auf organisatorischer Ebene voll entbrannt. In Hessen mehren sich die Ausschlüsse von Sozialliberalen. Der Vorstand in Rheinland-Pfalz hat den Landesvorsitzenden der Jungedemokraten, Harald Jansen, ausgeschlossen, weil der die „Entscheidung des Regierungswechsels in Frage gestellt" habe. Lambsdorff drohte letzte Woche allen Kritikern den Rausschmiß an und nannte dabei ausdrücklich die Namen von Helga Schuchardt und William Borm.

Auf der anderen Seite hat der sozialliberale Flügel sich schon in mehreren Bundesländern eigene Organisationen geschaffen — die „Liberalen Vereinigungen". Wie Vorstandsmitglied Borm in der vergangenen Woche zu erkennen gab, ist für den Fall, daß Genscher und




**„Hiermit eröffne ich den Bundesparteitag 1983 und erteile meinem Ministerkollegen Lambsdorff das Wort."**

auch Lambsdorff auf dem Westberliner Parteitag nicht gestürzt werden können, die Gründung einer neuen „liberalen und demokratischen Partei" geplant.

Nach der erneuten Wahlkatastrophe der FDP in Bayern weht dem Parteivorsitzenden Genscher der Wind zweifellos noch stärker ins Gesicht. Sollte er sich in Westberlin trotz des massiven Widerstands von der Basis an der Spitze der FDP halten können, ist wohl eine Spaltung der Partei oder zumindest ein Abbröckeln des sozialliberalen Flügels auf breiter Front nicht mehr zu vermeiden. Aber die FDP ist eben auch die Partei der „Taktiker". Und um ein Auseinanderbrechen zu verhindern, werden jetzt verschiedene Modelle diskutiert, die allesamt darauf hinauslaufen, Genscher aus der Schußlinie zu nehmen und etwa mit dem Fraktionsvorsitzenden Mischnick oder dem früheren Innenminister Baum an der Spitze die FDP über die nächsten Runden zu retten. Eine ganze Reihe prominenter Genscher-Kritiker wie etwa Hildegard Hamm-Brücher oder der von seinem Amt zurückgetretene ehemalige Generalsekretär Verheugen haben in der letzten Zeit nicht nur für ein neues „Zusammenfinden" der beiden Parteiflügel plädiert. Sie haben auch davon gesprochen, daß die Sozialliberalen nun die Pflicht hätten, die neue Regierung zu unterstützen.

**Regierung Rau bricht Wahlversprechen**

# Kein Bildungsurlaub in Nordrhein-Westfalen

**Die vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, Johannes Rau, geführte Landesregierung von Nordrhein-Westfalen will dem Landtag nun doch kein Bildungsurlaubsgesetz vorlegen. Diese Entscheidung teilte Rau jetzt dem Landesvorstand seiner Partei mit.**

Dem Vernehmen nach sollen sich nur zwei Vorstandsmitglieder gegen den Verzicht auf das Gesetz gewandt haben, obwohl die SPD im Mai 1980 während des Wahlkampfs die Einführung des Bildungsurlaubs versprochen hatte. Er sollte, wie es in der ursprünglichen Regierungsvorlage hieß, für „Veranstaltungen der politischen und beruflichen Bildung" genutzt werden können, wobei die „Stellung des Arbeitnehmers in Staat, Gesellschaft, Familie oder Beruf" im Mittelpunkt stehen sollte.

Nun ist es ja nichts Neues, daß die SPD während eines Wahlkampfs gemachte Versprechen nach der Wahl wieder bricht. Als Begründung dafür muß dann — wie wir es auf Bundesebene beispielsweise erlebt haben — die angebliche Notwendigkeit von Kompromissen mit einem Koalitionspartner herhalten. Darauf aber kann sich Rau im Fall des Bildungsurlaubs nicht herausreden — führt er doch eine Alleinregierung der SPD an.

So mußte der Ministerpräsident den Verzicht auf ein Stück der früher so sehr gepriesenen Reformpolitik denn auch offen damit begründen, daß er die „Wirtschaft nicht mit weiteren Ausgaben belasten" wolle. Demagogisch fügte Rau hinzu, in der gegenwärtigen Lage sie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen eine wichtigere Aufgabe als die Finanzierung des Bildungsurlaubs. Sicher ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die vorrangige Aufgabe. Nur: Rau's Alternative stimmt hinten und vorne nicht. Denn dadurch, daß er nun den Unternehmern die Kosten für den versprochenen Bildungsurlaub schenkt, bleiben zwar deren Profite unangetastet, Arbeitsplätze jedoch werden dadurch ebensowenig erhalten oder gar neu geschaffen wie durch andere Gesetze für die Kapitalisten.

Bei den Unternehmerverbänden in NRW hat der von Rau vollzogene Bruch des Wahlversprechens naturgemäß Befriedigung ausgelöst. Der DGB-Landesbezirk und die GEW haben in ersten Stellungnahmen scharfen Protest gegen den Verzicht auf ein Bildungsurlaubsgesetz eingelegt.

# Eltern protestieren gegen Kindergartengesetz

**Gegen eine geplante Änderung des Kindergartengesetzes, die am 17.9. im Düsseldorfer Landtag in erster Lesung behandelt wurde, haben in den vergangenen Wochen Zehntausende von betroffenen Eltern mit Unterschriften und Aktionen protestiert.**

Auch mit diesem neuen Gesetz hat die SPD-Alleinregierung die Werktätigen in NRW betrogen: Hatte sie früher noch versprochen, bis 1982 die Elternbeiträge für Kindergartenplätze abzubauen, will sie nun diese Beiträge erhöhen — um bis zu 100 Mark pro Monat. Mit dem neuen Gesetz soll auch die Beitragsfestlegung grundsätzlich geändert werden. War bislang der Elternanteil an den Kosten gesetzlich festgeschrieben, so daß bei einer Änderung der Kindergartengebühren auch eine Gesetzesänderung notwendig war, soll künftig eine einfache Rechtsverordnung des Sozialministers dazu genügen. Und damit würde die Voraussetzung geschaffen, die Kindergartengebühren beliebig weiter in die Höhe zu schrauben.

Das neue Gesetz bringt nicht nur zusätzliche finanzielle Belastungen für die Eltern mit sich; verbunden sind damit auch weitere Verschlechterungen in den Kindergärten selbst, wie etwa die Reduzierung von Personal oder die Erhöhung der Gruppenstärke von bislang 25 auf 30 Kinder.

Anfang November soll dieses reaktionäre Gesetz in NRW-Landtag verabschiedet werden. Der Landeselternrat, der im Zuge der Protestaktionen gegen das Gesetz entstanden ist, plant für den 6. November eine landesweite Demonstration in Düsseldorf.

## KPD-Veranstaltungen „Regierungswechsel in Bonn"

**30. Oktober, 15 Uhr**
**Stuttgart**
**Eduard-Pfeiffer-Haus, Heusteigstr. 45**
**Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender der KPD**

**Dortmund**
**am Donnerstag, den 28. Oktober 1982 um 20.00 Uhr**
**Haus Göbbeln, Schützenstr. 46**
**Es spricht: Horst-Dieter Koch**

## Ein halbes Jahr Lohnpause?

# Kampfansage an die Arbeiterschaft!

**Kaum war der Regierungswechsel in Bonn vollzogen, schon machte die neue Koalition ihr arbeiterfeindliches Profil überdeutlich: Der neue Arbeitsminister und bisherige Vorsitzende der CDA-Ausschüsse im DGB, Norbert Blüm, forderte eine allgemeine sechsmonatige „Lohnpause". Bundeskanzler Kohl stellte sich klar hinter diese Forderung. Dies ist eine unverblümte Kampfansage an die Arbeiterschaft! Es ist unbedingt erforderlich, daß dieser unerhörte Vorstoß durch unsere Gewerkschaften mit äußerster Entschiedenheit und Schärfe zurückgewiesen wird!**

Selbstverständlich löste der Vorstoß des Herrn Blüm in jenen Kreisen, in deren Interesse und Auftrag er in Wahrheit ja unternommen wurde, heftigen Beifall aus: Bei den Unternehmern, den Bank- und Fabrikherren. Der Präsident des Bundes Deutscher Arbeitgeberverände (BDA), Otto Esser, beeilte sich, tief befriedigt zu erklären, man werde diesen „richtigen Vorschlag" in die tarifpolitischen Überlegungen des Verbandes einarbeiten. Und der Vorsitzende des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU) äußerte sich laut „Handelsblatt" vom 7. Oktober folgendermaßen:

*„Die Blümsche Lohnpause wäre freilich ein Schritt in die richtige Richtung, aber ein halbes Jahr könne die Versäumnisse vieler Jahre nicht wettmachen. Deshalb müßte das halbe Jahr noch etwas verlängert werden. Aber der Ansatz, die Beschäftigungspolitik so in den Vordergrund zu rücken, ‚ist erfreulich und gibt Mut'".*

Diese Stellungnahme zeigt im übrigen, wohin der Hase in wirklichkeit läuft: Heute sprechen sie von einer Lohnpause, aber ihr tatsächliches Ziel ist es, das gegebene Lohnniveau der Arbeiter und Angestellten, wie es in den vergangenen Jahrzehnten durch den gewerkschaftlichen Druck erreicht werden konnte, radikal und auf Dauer zu senken.

Mit dem sogenannten Gewerkschafter Blüm hat sie nunmehr uneingeschränkt im Bonner Arbeitsministerium Asyl erhalten: Die verlogene und heuchlerische Unternehmerpropaganda, derzufolge das Bestreben der Unternehmer, die Löhne zu senken, ihrer angeblichen Sorge um die Sicherung von Arbeitsplätzen entspringt.

In Wirklichkeit entspringt dieses Bestreben natürlich nackter Profitgier. Und den Herren Kohl, Blüm und Co. geht es nur darum, sich als konsequente politische Sachwalter der Unternehmerinteressen zu bewähren.

Nach eigenem Bekunden macht es den Unternehmern also Mut, daß sie mit ihrer verlogenen Lohnverzichtspropaganda jetzt die volle, rückhaltlose Unterstützung der Bonner Regierung erhalten. Nun ja! In gewisser Weise haben sie eine solche Ermutigung auch nötig. Denn der Gegensatz zwischen der Behauptung, Lohnverzicht sichere Arbeitsplätze, und den offenkundigen Tatsachen ist in der letzten Zeit deutlicher denn je in Erscheinung getreten.

Seit drei Jahren bereits verzeichnen wir nicht etwa ein Steigen der Reallöhne, sondern einen zunehmenden Rückgang. Die Tarifabschlüsse blieben von Lohnrunde zu Lohnrunde deutlicher hinter der Teuerungsrate zurück. Dazu kommen noch andere Formen der Lohndrükkerei. Genau genommen haben wir also bereits seit Jahren nicht nur eine „Lohnpause", sondern wir mußten sogar eine Senkung unserer Einkommen hinnehmen. Ist aber seit Beginn dieser Zeitspanne auch nur die leiseste Tendenz zur Sicherung der Arbeitsplätze oder zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit sichtbar geworden?

Mitnichten! Das genaue Gegenteil ist eingetreten! Monat für Monat erreichen uns neue Hiobsbotschaften aus Stingls Bundesanstalt für Arbeit. Nicht nur, daß kein einziger Arbeitsloser durch die Zurückhaltung der Gewerkschaften in den Lohnrunden wieder eine Anstellung bekommen hat. Die Arbeitslosigkeit hat sich vielmehr mit zunehmendem Tempo verschärft. Und in diesem Jahr, wo unsere Reallohnverluste bisher am deutlichsten ausgefallen sind, geht eine beispiellose Welle von Konkursen, Stillegungen, Massenentlassungen und Arbeitsplatzvernichtung durch das Land!




**ÖTV-Kollegen der Panam bei einer Urabstimmung gegen das Lohnstoppdiktat der amerikanischen Bosse im August dieses Jahres. Der Streik scheiterte an der reaktionären 75-Prozent-Klausel, die äußerst knapp verfehlt wurde. Trotzdem zeigte diese Aktion, wie groß der Unwillen gegen die Lohnstopp-Pläne der Kapitalisten — und ihrer neuen Regierung ist.**

Wie sollte es auch zugehen, daß durch Lohnverzicht die Arbeitslosigkeit überwunden wird? Je weniger realen Lohn, also Kaufkraft, die Arbeiter und Angestellten in der Tüte haben, um so größer werden doch die Absatzschwierigkeiten für alle möglichen Produkte. Wenn aber die Absatzmärkte sich weiter einengen, so kann das kaum zu einer Verbesserung der Beschäftigungslage führen. Im Gegenteil. Lohnverzicht schafft letztlich Voraussetzungen für eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise und für ein noch schlimmeres Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Eines der Märchen, die Herr Blüm und die Unternehmer uns erzählen, ist die Behauptung, eine Lohnpause würde seitens der Unternehmer mit „Preisdisziplin" vergolten. Dadurch hätten wir dann zu guter letzt nicht weniger sondern sogar mehr Kaufkraft in der Tüte.

Aber wo blieb denn die „Preisdisziplin der Unternehmer" in den letzten Jahren, als unsere Tarifabschlüsse immer mehr hinter der Teuerungsrate zurückblieben? Wo haben wir heute mehr Kaufkraft in der Tasche? Das Gegenteil ist auch in diesem Punkt eingetreten!

Wir mußten unseren Gürtel enger schnallen. Die Großkapitalisten hingegen, vor allem die Banken, scheffeln Rekordprofite. Und insofern sie diese Profite überhaupt wieder investieren, dann tun sie es fast nur für Rationalisierungsmaßnahmen, wodurch die Arbeitsplatzvernichtung immer radikaler ausgeweitet wird.

Im übrigen: Wie weltfremd oder scheinheilig das fromme Wort von der Preisdisziplin ist, wird allein schon durch die hemmungslose Preistreiberei der Mineralölkonzerne in den letzten Wochen deutlich. Die Unternehmer haben immer nur das eine Ziel: Profit! Möglichst hoher Profit! Bevor sie Preisdisziplin üben, fließt eher das Wasser den Berg hinauf!

Für ihren lohn- und sozialpolitischen Generalangriff auf die arbeitende Bevölkerung haben die neuen Bonner Herren auch das schöne Wörtchen „Atempause" parat. Aber was heißt denn hier Atempause? Das ist doch Betrug! Wog gibt es denn hier eine Pause für soziale Demontage, für Mieten und Preise, für die Bereicherung der Reichen, für die Erhöhung der Rüstungsausgaben? Wo ist denn die Pause in der Arbeitsplatzvernichtung?

Die Angriffe von Unternehmern und Regierung auf die sozialen Interessen der Arbeiter, Angestellten, Rentner, Arbeitslosen, und auf alle, die auf soziale Hilfe angewiesen sind, laufen doch pausenlos weiter und sollen jetzt auch noch drastisch verschärft werden!

Der Gipfel der Unverschämtheit ist es allerdings, wenn Herr Blüm jetzt damit kommt, eine Lohnpause sei „ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit", denn wo einer armen Witwe mit monatlich nur 800 Mark Witwenrente Opfer zugemutet werden, da müßten schließlich auch die bessergestellten Arbeiter und Angestellten bereit sein, ihren Gürtel enger zu schnallen.

So wird also der unmenschliche Griff der Blüm und Co. in die Tasche der Ärmsten noch zum moralischen Beweggrund dafür umgemünzt, daß die Arbeiter zugunsten der Reichen Lohnverzicht üben sollen. So wird eine Politik der Umverteilung, bei der den Armen genommen wird, damit man den Reichen Milliarden zuschieben kann, zur Erfüllung sozialer Gerechtigkeit!

Hinter diesem zynischen Gerede steckt doch folgende Methode: Man beginne mit dem Raubzug bei jenen, die sich am wenigsten wehren können, den Rentnern, Arbeitslosen usw.; anschließend greife man sich unter den Lohnabhängigen die Gruppe heraus, die sich am leichtesten gegen die anderen ausspielen läßt (Beamte, öffentlicher Dienst); und dann setze man den Raubzug bei immer weiteren Teilen der Arbeiterschaft fort.

Aus all dem wird klar, daß wir, d.h. die Gewerkschaften, den Angriffen der Unternehmer und der neuen Regierung ganz konsequent entgegentreten müssen. Die Devise darf nicht lauten: „Ausgewogene Verteilung der Lasten". Sie muß heißen: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen!" Jeder Angriff auf soziale Rechte, jedes Sonderopfer einer bestimmten Gruppe des werktätigen Volkes, jede Form des Lohnverzichts, muß von den Gewerkschaften kompromißlos abgelehnt und mit aller Kraft bekämpft werden!

Der DGB hat den Vorstoß Blüms völlig zu Recht als Kampfansage an die Gewerkschaften gekennzeichnet. Wie aber läßt sich diese Einschätzung damit vereinbaren, daß einen Tag nach Blüms Vorstoß der DGB-Vorsitzende Breit sich dennoch in Bonn mit Kohl, Blüm und Co. an einen Tisch setzt und anschließend auch noch erklärt, das Gespräch habe „in einem Klima der Sachlichkeit und des guten Willens stattgefunden", und man sei sich mit der neuen Bundesregierung „darin einig, daß mehr für das Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan werden muß"?

Diese Regierung hat doch einzig und allein in der Hinsicht einen „guten Willen", daß sie wild entschlossen ist, ohne die geringsten sozialen Skrupel gegen das arbeitende Volk die Unternehmerinteressen durchzusetzen! Diese Regierung kümmert sich einen feuchten Staub um fromme Sprüche von Tarifautonomie, sonder sie stellt sich bedingungslos hinter die lohnpolitische Offensive des Kapitals! Es kann für unsere Gewerkschaften mit dieser Regierung keine Zusammenarbeit geben!

Die Politik der Sozialpartnerschaft und des Ausgleichs mit den Kräften der Reaktion führt uns in die Sackgasse. Sie ist mit der Notwendigkeit einer starken gewerkschaftlichen Kampffront gegen Sozial- und Lohnabbau nicht zu vereinbaren. Diese Erkenntnis, die unter Gewerkschaftern mehr und mehr Platz greift, muß auf den DGB-Demonstrationen der nächsten Wochen zum Ausdruck gebracht werden.

## DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung

*Im folgenden ein Überblick über die bisher geplanten Demonstrationen und Kundgebungen des DGB gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung auf Landesbezirks- und Kreisebene.*

**Nordrhein-Westfalen:**

**23. Oktober in Dortmund.** Demonstration und Kundgebung des Landesbezirks NRW des DGB. Abmarsch des Demonstrationszuges um 10 Uhr vor der Westfalenhalle. Beginn der Kundgebung auf dem Alten Markt ca. 11.30 Uhr.

**Hessen und Rheinland-Pfalz:**

**23. Oktober in Frankfurt.** Gemeinsame Großkundgebung der DGB-Landesbezirke Hessen und Rheinland-Pfalz. Hauptredner: DGB-Vorsitzender Ernst Breit.

**Bayern:**

**23. Oktober in Nürnberg.** Vor der Kundgebung des DGB-Landesbezirks Bayern auf dem Nürnberger Hauptmarkt wird in Demonstrationszügen zum Kundgebungsplatz marschiert.

**Baden-Württemberg:**

**30. Oktober in Stuttgart.** Treffen zu den drei Marschsäulen um 11 Uhr an der Liederhalle, am Schillerplatz und am Güterbahnhof. Die Abschlußkundgebung beginnt um 12.30 Uhr auf dem Schloßplatz

**Kiel:**

**29. Oktober.** Demonstration und Kundgebung des DGB.

**Niedersachsen:**

**30. Oktober in Hannover.** Protestveranstaltung des Landesbezirks Niedersachsen des DGB.

**Bremen:**

**4. November.** Demonstration des DGB-Kreises Bremen.

**Nordmark:**

**6. November in Hamburg.** Demonstration und Kundgebung des DGB-Landesbezirks Nordmark.

**Saarland:**

**6. November in Saarbrücken.** Demonstration des DGB-Landesbezirks Saar.




**Liebe Kollegin, Lieber Kollege,**

der von der alten Bundesregierung begonnene Sozialabbau soll von der neuen Koalition noch drastischer fortgeführt werden.

Um angeblich die Wirtschaft anzukurbeln, sollen lang erkämpfte Rechte und Sozialleistungen eingeschränkt oder ganz abgeschafft werden.

Hier soll wohl der Rest Sozialstaat ganz zerschlagen werden.

**Für die Reichen**

Fast kein Sparvorschlag trifft die Reichen – ganz im Gegenteil! Subventionen und Steuervorteile werden ihnen förmlich nachgeschmissen. Während Arbeitnehmer, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und deren Familienangehörige den Gürtel noch enger schnallen müssen, werden den Unternehmern und Hausbesitzern Investitionshilfen und Subventionen – ohne daß sie diese Gelder selbst verdient haben – förmlich aufgedrängt.
Dieses Verhalten verdient nur eine einzige Bezeichnung: Wir stehen vor einem sozialpolitischen Kahlschlag.

**Gegen die Arbeitnehmer**

Löhne, Gehälter und Besoldungen im öffentlichen Dienst sollen, wie es im letzten Jahr versucht wurde, im Frühjahr 1983 bei 2 % eingefroren werden. Ein weiterer Angriff gegen die Tarifautonomie, der unseren gewerkschaftlichen Kampf fordert, denn die Privatindustrie wird damit nachfolgen. Darüber hinaus sollen nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Kranke, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Ehegatten und Kinder zur Ader gelassen werden. Mehr Steuern, höhere Sozialversicherungsbeiträge und weniger Sozialleistungen treffen die Arbeitnehmer, nicht die Unternehmer. Nicht mit uns!

**Alle auf die Straße!**

**Demonstrationsaufruf der ÖTV in Köln**

## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

**Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD. REDAKTION ROTER MORGEN,** 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6**, Margarethenstr. 58, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr; Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

**Sektion Westberlin,** 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

### Berthold Kellers neuester Streich

# Zuflucht zur Zensur

**Der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) Berthold Keller sorgte jetzt für einen neuen Fall von Zensur in der Gewerkschaftspresse. Eine kritische Publikation zu Kellers arbeiterfeindlichem „Investiv-Lohn"-Projekt wurde unterdrückt.**

Keller brachte sein Konzept des „Investiv-Lohns" im April dieses Jahres auf den Tisch, also mitten in der Lohnrunde. Grob gesagt bedeutet „Investivlohn", daß die Arbeiter und Angestellten auf die Auszahlung eines Teils der in den Tarifrunden vereinbarten Lohnerhöhung verzichten, indem sie dieses Geld als billiges Darlehen ihrer Firma zur Verfügung stellen (vgl. RM 14/82). Den Gewerkschaftsmitgliedern versucht Keller dabei die Milchmädchenrechnung zu verklickern, auf diese Weise würden die Unternehmer mehr investieren und damit würden wiederum die Arbeitsplätze gesichert.

Innerhalb des DGB gibt es nur ganz wenige besonders rechte Bonzen, die sich offen für dieses in seiner Arbeiterfeindlichkeit relativ leicht zu durchschauende Keller-Projekt ausgesprochen haben. Unter den wenigen Befürwortern: Der designierte Hauenschild-Nachfolger und SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe.

Demgegenüber nimmt der DGB als Dachverband (wie auch die meisten Einzelgewerkschaften) ausdrücklich eine ablehnende Haltung gegen derartige Lohnverzichtskonzepte ein.

Außerhalb des DGB allerdings befindet Keller sich in einem illustren Kreis von Gönnern, die ihn für sein Konzept loben bzw. sich für ähnliche Modelle stark machen. So preschte der frischgebackene Lohnpausen-Minister Norbert Blüm (CDU), kaum im Amt, mit einem Plädoyer für den „Investivlohn" nach vorne.

Weitere Keller-Fans: der „Sachverständigenrat" (bekannt als „die fünf Weisen"), die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG), der Bund Junger Unternehmer (BJU) und nicht zuletzt die „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft" (AGP). Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch, daß das kapitalistische Wirtschaftsmagazin „Wirtschaftswoche" in seiner neuesten Ausgabe (WiWo 41/82) acht Seiten einem Plädoyer für Kellers „Investivlohn" sowie für ein ähnliches Konzept der niedersächsischen CDU-Regierung gewidmet hat.

Im DGB hält sich die Unterstützung für das Keller-Modell, wie gesagt, in sehr engen Grenzen. Indessen sollte im September-Heft der „WSI-Mitteilungen" (Monatsschrift des dem DGB angeschlossenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts), welches unter dem Thema „Tarifpolitik in der Krise" steht, ein Aufsatz abgedruckt werden, der sich kritisch mit Kellers „Investivlohn" auseinandersetzt. Als dem GTB-Boß dies zu Ohren kam, war er sofort aufgeschreckt. Er wandte sich an DGB-Chef Ernst Breit und erreichte mit dessen Hilfe, daß die WSI-Publikation noch kurz vor Andruck Mitte September gestoppt wurde. Die „WSI-Mitteilungen" erscheinen jetzt ohne den bewußten Aufsatz. Und der DGB hat einen neuen traurigen Fall von direkter Zensur der Gewerkschaftspresse durch die DGB-Führung.

Kellers Zuflucht zur Zensur muß nicht zuletzt vor dem Hintergrund des kurz bevorstehenden Ordentlichen Gewerkschaftstages der GTB gesehen werden, der vom 17. bis 22. Oktober in Mainz stattfindet. Offenbar fürchtet Keller, der bekanntlich zur Gruppe der offen und extrem sozialpartnerschaftlich orientierten DGB-Führer wie Rappe, Hauenschild, Adolf Schmidt, Döding oder Sperner zählt, um seine Widerwahl.

Allerdings dürfte der Schuß, den Keller da mit Hilfe des DGB-Chefs Breit abgefeuert hat, nach hinten losgegangen sein: Im GTB-Hauptvorstand löste der neueste Streich des Vorsitzenden derartig heftige Kritik aus, daß Keller sich bereit erklären mußte, einen Rechtfertigungsbrief an sämtliche Delegierte des Gewerkschaftstages zu schicken, dem auch der unterdrückte Aufsatz beigelegt wird.

### Weil sie nicht immer kinderlos bleiben will

# Verkäuferin bekam Arbeitslosengeld gesperrt!

**BREMEN. — Einer 30 Jahre alten arbeitslosen Schuhverkäuferin in Bremen wurde für acht Wochen das Arbeitslosengeld gesperrt. Der Grund ist skandalös und zugleich auch bezeichnend für die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik.**

Die Schuhfachvekäuferin Frau R., kinderlos, verheiratet, hatte ihre Arbeitsstelle in einem Schuhfachgeschäft verloren und ging auf Arbeitssuche. Nach einigen vergeblichen Versuchen kam es zu einer Vorstellung in einem Fachgeschäft. Der Personalchef, so die Darstellung der Kollegin R., habe sie gefragt, ob sie schwanger sei. Kollegin R. („Ich habe mich über diese Frage geärgert") gab zur Antwort: „Noch nicht". Im Verlauf des Gesprächs habe sie dann gesagt, sie wolle im Grunde nicht immer kinderlos bleiben. Ähnliches schrieb sie dann auch in den Personalfragebogen.

Die Konsequenz: Kollegin R. bekam die Stelle nicht! Das ist typisch für die zynische Logik in unserer Gesellschaft. Es muß davon ausgegangen werden, daß es schon vielen anderen Frauen ähnlich ergangen ist.

Aber dies war nicht der einzige Tiefschlag, den die Kollegin R. wegen ihrer Ehrlichkeit einstekken mußte. Anschließend erhielt sie nämlich vom Arbeitsamt die Mitteilung, ihr werde beim Arbeitslosengeld eine Sperrzeit von acht Wochen auferlegt!

Wie begründete das Bremer Arbeitsamt diese brutale Strafmaßnahme? "Sie haben das Zustandekommen eines vom Arbeitsamt vermittelten Beschäftigungsverhältnisses dadurch vereitelt, daß Sie im Personalfragebogen angaben, Sie möchten irgendwann ein Kind haben und so zum Ausdruck brachten, kein Dauerarbeitsverhältnis zu suchen." Was soll man zu einer derartigen ungeheuerlichen Haltung seitens einer staatlichen Behörde dieses Bonner Staates noch sagen?!

Kollegin R. ließ sich das allerdings nicht gefallen. Sie wandte sich an die Rechtsberatungskammer der Bremer Arbeiterkammer. Die Rechtsabteilung der Arbeiterkammer legte für Kollegin R. Widerspruch gegen die Sperrfrist beim Arbeitsamt ein. Gleichzeitig schaltete die Arbeiterkammer auch noch die „Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau" ein.

Die Juristin der „Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau" rief das Arbeitsamt an und bat um Einsicht in die Akte der Kollegin R. Dies wurde abgelehnt.

Aber die Herren vom Bremer Arbeitsamt haben offensichtlich kalte Füße bekommen. Kurz nach Einreichung des Widerspruchs durch die Arbeiterkammer teilte das Arbeitsamt mit, die Sperrfrist sei aufgehoben.

Man muß sich jedoch die Frage stellen: Wie viele unbekannte arbeitslose Frauen in Bremen und anderswo, die sich nicht so wie die Kollegin R. zu wehren wußten, sind bis heute Opfer derart zynischer und frauenfeindlicher Haltungen von Behörden dieses „Rechtsstaates" geworden?

*„Roter Morgen" dokumentiert*

# Beschluß des IG-Metall-Vorstandes auf Klausurtagung in Ludwigsburg

Im letzten „Roten Morgen" berichteten wir über den Beschluß, den der Hauptvorstand der IG Metall auf seiner Klausurtagung vom 20. bis 22. September in Ludwigsburg zur Tarifpolitik gefaßt hat (vgl. RM 40/82, S. 4: „35-Stunden-Woche hat Vorfahrt"). Zwei wesentliche Punkte sind in diesem Beschluß enthalten: Die Wochenarbeitszeitverkürzung wird als vorrangig gegenüber anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung bestimmt, und zwar soll sie 1984 im Zusammenhang mit der Kündigungsmöglichkeit der entsprechenden tarifvertraglichen Bestimmungen angegangen werden. Zweitens wird für die Tarifrunde 1982/83 die Sicherung der Realeinkommen als das Ziel festgelegt, auf das sich die IG Metall konzentrieren soll. Im folgenden dokumentieren wir den Beschluß des IGM-Vorstands im vollen Wortlaut:

**„Der Vorstand der IG Metall hat sich in der Klausurtagung vom 20. bis 22. September 1982 in Ludwigsburg ausführlich mit der politischen und wirtschaftspolitischen Situation und der absehbaren Entwicklung beschäftigt und Weichenstellungen für die Tarifbewegungen der kommenden Jahre getroffen.**

**1. Der Vorstand der IG Metall sieht in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Sicherung des sozialen und materiellen Besitzstandes der Arbeitnehmer die wichtigste gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Aufgabe der nächsten Jahre.**

**2. Die IG Metall ist bereit, und entschlossen, in den kommenden Jahren einen tarifpolitischen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigekit und zur Sicherung der Beschäftigung zu leisten. Dazu gehört zum einen die aktive Lohn- und Gehaltspolitik zur Sicherung der Realeinkommen, zum anderen Arbeitszeitverkürzung durch tarifliche Regelungen.**

**3. Für die Tarifbewegung 1982/83 wird der Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen absolut Vorrang eingeräumt. Mit Nachdruck unterstreicht der Vorstand, daß es in dieser Tarifbewegung in erster Linie um die Sicherung der Realeinkommen durch Ausgleich der Preissteigerungsrate geht.**

**Auf Grundlage der Meinungsbildung in Betrieben, Verwaltungsstellen und Tarifkommissionen wird der Vorstand nach Beratung die notwendigen Entscheidungen über Höhe und Struktur der Forderungen treffen.**

**4. Der Vorstand der IG Metall bekräftigt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit der Schwerpunkt qualitativer Tarifpolitik ist. Vorrang erhält dabei die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die aufgrund der Kündigungsmöglichkeiten der entsprechenden tarifvertraglichen Bestimmungen im Jahre 1984 angegangen werden kann.**

**5. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit soll vorrangig auf gesetzlichem Wege angegangen werden.**

**Die IG Metall gibt der Verkürzung der Lebensarbeitszeit aus sozial- und beschäftigungspolitischen Erwägungen größte Bedeutung.**

**Der Vorstand der IG Metall fordert daher erneut und mit allem Nachdruck, daß angesichts der dramatischen Zuspitzung der Beschäftigungskrise Bundesregierung und Bundestag umgehend gesetzliche Initiativen zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze ergreifen."**

### Reservetruppen des kapitalistischen Arbeitsmarktes

# Ausländische Arbeiter wie Ware verschoben

**Arbeiterkorrespondenz, Leverkusen, 6.10.82** — Ich möchte Euch von Beispielen berichten, die die Menschenfeindlichkeit, insbesondere die Ausländerfeindlichkeit des herrschenden Systems belegen.

Da werden Kollegen, die im Auftrag einer Unternehmerfirma bei Bayer/Leverkusen arbeiten, wie Ware verschoben: von der Verladekolonne zur Gruppe „Saubermann".

Als es für die Gruppe „Saubermann" auch nicht mehr genug Drecksarbeit gab, wurden die Kollegen der Verladekolonne einfach gekündigt. (Ich habe von einem kurdischen Kollegen davon erfahren und auch entsprechende Unterlagen bekommen).

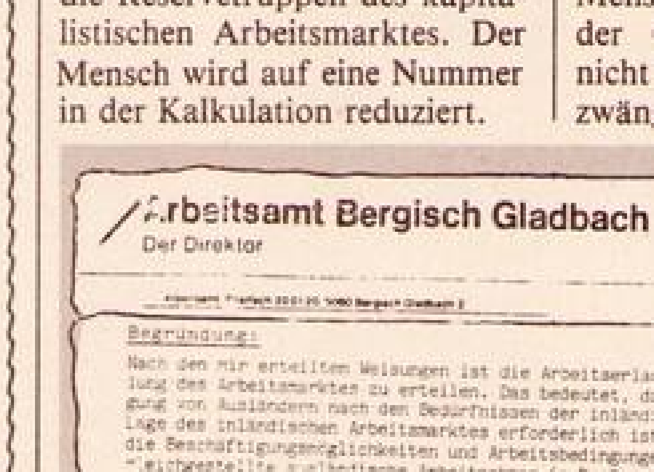
Der kurdische Kollege wurde nach ein paar Monaten wieder eingestellt, um einige Monate danach wegen Auftragsmangel erneut gekündigt zu werden.

Genauso wie die Frauen stellen die ausländischen Kollegen die Reservetruppen des kapitalistischen Arbeitsmarktes. Der Mensch wird auf eine Nummer in der Kalkulation reduziert.

Ein anderer kurdischer Kollege bekommt eine Stelle bei einer Leverkusener Baufirma. Er darf sie aber nicht annehmen, da ihm vom Arbeitsamt die Arbeitserlaubnis verweigert wird.

Die Begründung des Arbeitsamtes spricht für sich (siehe nebenstehenden Ausschnitt aus dem Schreiben des Arbeitsamtes!)

Liebe Leser, ich möchte Euch dazu aufrufen, gemeinsam mit der KPD für die deutsche sozialistische Räterepublik zu kämpfen. Da werden wir den Menschen in den Mittelpunkt der Gesellschaft stellen und nicht Profitinteressen und Sachzwänge!



Arbeitsamt Bergisch Gladbach
Der Direktor

Bundesanstalt für Arbeit

Begründung:

Nach den mir erteilten Weisungen ist die Arbeitserlaubnis nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zu erteilen. Das bedeutet, daß einerseits die Beschäftigung von Ausländern nach den Bedürfnissen der inländischen Wirtschaft und der Lage des inländischen Arbeitsmarktes erforderlich ist und andererseits dadurch die Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen für deutsche und ihnen gleichgestellte ausländische Arbeitnehmer (z.B. Staatsangehörige aus Ländern der [illegible] - EG -) nicht beeinträchtigt werden.

Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall nicht gegeben, weil z.Z. genügend geeignete arbeitslose deutsche und ausländische Personen, die Ihnen gegenüber Vorrang auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis besitzen, für die vorgesehen Beschäftigung zur Verfügung stehen. Schließlich waren Ende Juni 1982 in meinem Amtsbezirk insgesamt 16.511 Arbeitslose, darunter 2.799 Ausländer = 17 %, gemeldet. Bei der Erteilung der Arbeitserlaubnis werden die Beschäftigungsmöglichkeiten für den vorgenannten Personenkreis negativ beeinflußt.

SEIT 1946

- 2 -

GRASSMEYER

GEESTHACHT FRANKFURT LEVERKUSEN
TRANSPORT VERLADEWESEN
LANDSCHAFTSGESTALTUNG GARTENBAU
INDUSTRIEREINIGUNG
MASCHINEN / APPARATEMONTAGE

Betrifft: fristgerechte Kündigung 4. Dezember 1981

Sehr geehrter Herr

Sie sind bei uns im Einsatz bei der Firma Bayer AG Leverkusen in der Verladekolonne beschäftigt. Wie Sie sicher schon selbst festgestellt [illegible]

**Geheuert und gefeuert, dann die Arbeitserlaubnis entzogen. So werden unsere ausländischen Kollegen vom Staat und den Unternehmern behandelt!**

*Neue Betriebszeitung der Partei*

## „Tempo" Zeitung der KPD-Betriebsgruppe Demag in Wetter (Ruhr)

In der vergangenen Woche wurde bei der Demag-Fördertechnik in Wetter an der Ruhr (am Ostrand des Industriereviers) zum ersten Mal die Betriebszeitung „Tempo" verteilt. Das „Tempo" wird von der neugegründeten KPD-Betriebsgruppe bei Demag/Wetter herausgegeben.

Demag ist ein Tochterunternehmen des Mannesmann-Konzerns. Demag in Wetter beschäftigt rund 2800 Leute. Der Betrieb ist im Kranbau und der Hebetechnik tätig und produziert sonstige Maschinen und Anlagen, die zur Fördertechnik gehören. So z.B. Elektromotoren, Getriebe, Laufkatzen usw.

Die Titelseite der ersten Ausgabe des „Tempo" läßt auf einen Blick erkennen, was der Belegschaft bei Demag/Wetter gegenwärtig hauptsächlich auf den Nägeln brennt: „Kurzarbeit — erster Schritt zu Entlassungen" heißt die Überschrift.

Seit Freitag letzter Woche hat für die Kollegen bei Demag/Wetter die Kurzarbeit begonnen. Die Kollegen müssen mit Lohneinbußen zwischen 120 Mark und 150 Mark rechnen. Und was noch dazu kommt: Es ist zu befürchten, daß auch hier, wie in vielen anderen Betrieben, die Kurzarbeit nur das Vorspiel zu einem Entlassungsfeldzug bildet. Es gibt bereits Gerüchte dahingehend, daß 180 Beschäftigte entlassen werden sollen. Schon offiziell ist außerdem, daß 100 jugoslawische Kollegen, die über die Leiharbeitsfirma „Ingra" bei Demag/Wetter beschäftigt sind, bis 1984 schrittweise „abgebaut" werden sollen.

Die erste Ausgabe des „Tempo" enthält außer dem Artikel zur Kurzarbeit auch den Wortlaut der bis zum Zeitpunkt der Verteilung des „Tempo" in der Belegschaft noch nicht bekannten diesbezüglichen Betriebsvereinbarung. Ferner enthält die Zeitung einen Beitrag zum Regierungswechsel in Bonn und einen Beitrag gegen Ausländerfeindlichkeit. Außerdem enthält sie noch den nachfolgend wiedergegebenen Text, mit dem die KPD-Betriebsgruppe sich den Kollegen vorstellt:

*„Wir sind die neugegründete Betriebsgruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands.*

*Diese Betriebszeitung wird nun regelmäßig bei der Demag erscheinen. (Wir geben uns jedenfalls Mühe) Eine neue Zeitung — eine neue Richtung.*

*Zwar gibt es schon das „Donnerwetter", die Betriebszeitung der DKP. Aber wer stimmt schon mit den Verhältnissen in der DDR und der Sowjetunion überein?!*

*Wer will schon Stacheldraht und Schießbefehl?!*

*Niemand will es wie in Polen, wo die von den Arbeitern gegründete „Solidarität" verfolgt wird.*

*Keiner will sowas! Außer der DKP.*

*Die SPD läßt sich auch nicht mit einer Zeitung blikken — und etwas Neues haben sie nicht zu sagen. Das, was sie erzählen, kann man auch im Fernsehen hören.*

*Auf eine Betriebszeitung der CDU können wir wohl verzichten. Die reden ja noch nicht mal von den Interessen der Arbeiter!*

*Was bleibt uns also übrig: Eine Zeitung, die von Demag-Kommunisten geschrieben wird. Mit Meinungen, die Arbeiter haben. Mit der Meinung, die die Kommunistische Partei Deutschlands hat."*



## Wegen Bericht über neuen Verfassungsschutz-Skandal

# CSU-Tandler drohte „metall" mit Vertriebsverbot

**MÜNCHEN. — Der bayerische Innenminister Tandler hat sich wieder einmal eine schwere Provokation der Gewerkschaftsbewegung und zugleich einen skandalösen Angriff auf die Pressefreiheit erlaubt. In ihrer neuesten Ausgabe berichtet die IGM-Mitgliederzeitung „metall" über einen neuen Fall von versuchter Spitzelanwerbung durch den Verfassungsschutz im Bereich Betrieb und Gewerkschaft. Tandler drohte der Metaller-Zeitung deshalb mit Vertriebsverbot.**

In ihrer jüngsten Ausgabe berichtet „metall" über einen neuen Verfassungsschutzskandal: Es war an einem Tag im Frühjahr 1982, als dem Personalratsvorsitzenden eines Betriebes des öffentlichen Dienstes in Bayern „mehrmals ein Mann mittleren Alters" auffiel, der sich schließlich als Agent des Verfassungsschutzes zu erkennen gab. Der Agent, der sich mit dem Namen „Meier" vorstellte, forderte von dem Personalratsvorsitzenden, der ein aktiver Gewerkschafter und Mitglied der SPD ist, er solle im Auftrage des Verfassungsschutzes Bewerber, die sich um eine Anstellung bemühten, aushorchen; ferner solle er auf Gewerkschafts- und SPD-Veranstaltungen insbesondere die Meinungen und Standpunkte neuer Mitglieder aushorchen.

Als der Kollege sich weigerte, auf dieses Ansinnen einzugehen, eröffnete der Agent ihm man habe sein Telefon abgehört, und falls er sich nicht auf die Spitzeltätigkeit einlasse, werde man seine Verfehlungen bei Spesenabrechnungen, über die man Kenntnis habe, an die Öffentlichkeit bringen. Zehn Tage später stellte der Agent dem Personalratsvorsitzenden die dienstliche Beförderung in Aussicht, für den Fall, daß er die Spitzeltätigkeit übernehme. Der Kollege wies jedoch den Erpressungsversuch zurück.

Der Personalratsvorsitzende hat nun „metall" über diesen Anwerbungs- und Erpressungsversuch des bayerischen Verfassungsschutzes informiert. Die Redaktion hat ihren Informanten den entsprechenden Artikel dann zur Überprüfung vorgelegt. Der Kollege versicherte in einer eidesstattlichen Erklärung, daß „sämtliche auf mich zurückgeführten Aussagen dieses Artikels korrekt wiedergegeben" seien.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß vor einigen Wochen der bayerische SPD-Vorsitzende Rothemund öffentlich behauptet hatte, es gäbe Informationen, daß in der bayerischen DGB-Zentrale ein Verfassungsschutzspitzel sitze.

Das Innenministerium drohte der Metallerzeitung noch vor der Auslieferung der neuen Ausgabe mit einem Antrag auf Vertriebsverbot. Insbesondere verlangte Tandler, daß „metall" es unterlasse, zwei Dinge zu behaupten: erstens, daß der Verfassungsschutz durch Erpressung Betriebs- und Personalräte als V-Männer anwerbe, damit sie Spitzeldienste in der Gewerkschaft und der SPD ausüben; zweitens soll „metall" die Behauptung unterlassen, ihr Informant sei durch eine Lauschaktion illegal abgehört worden.

Unter dem Druck der Drohungen Tandlers und damit mit der Auslieferung begonnen werden konnte, verzichtete „metall" auf die Begriffe „Erpressung" und „illegal" in ihrem Bericht.

Lübeck/Kücknitz

## Aktionstag gegen Arbeitsplatzvernichtung

**Arbeiterkorrespondenz vom 30. 9. 82** — Der Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung in unserem Stadtteil geht weiter. Nach der Pleite der Metallhütte in Lübeck/Kücknitz (der RM berichtete darüber), wo über 1000 Arbeitsplätze vernichtet wurden, drohen bei der Flender Werft, die ebenfalls zu diesem Stadtteil gehört, nach momentaner Kurzarbeit, jetzt auch Entlassungen. Aber die Situation spitzt sich nicht nur dort zu. Gleich nebenan bei Villroy und Boch (ca. 2300 Beschäftigte) im letzten halben Jahr 600 Entlassungen erfolgten, ist jetzt Kurzarbeit, und es drohen bis Weihnachten weitere 200 Entlassungen. Hinzu kommen noch die geplanten 43 Entlassungen bei Sintermetall, wo der Betriebsrat den Kampf dagegen aufgenommen hat.

In diesem Zusammenhang brachte die Partei ein Flugblatt heraus und beteiligte sich an den Vorbereitungen und der Durchführung von Aktionstagen gegen Arbeitsplatzvernichtung in Kücknitz. Hauptsächlich getragen und initiiert wurde dieses aber von der Bürgerinitiative Kücknitz gegen Arbeitsplatzvernichtung und der RGO gemeinsam mit Sintermetall-Betriebsräten. Am 17. und 18. 9. 82 wurden in Kücknitz Informationsstände durchgeführt und am Samstag, den 18. 9. 82 war dann eine Veranstaltung.

Es sprachen: Für die Bürgerinitiative B. Lade, für die Sintermetall-Beschäftigten T. Hansen. Außerdem war ein Kollege von VDM Frankfurt eingeladen und ein Videofilm über den Kampf dort wurde gezeigt. 34 Kolleginnen und Kollegen, Betroffene aus allen Bereichen, kamen zu der Veranstaltung.

Im Zusammenhang mit dem Film und den einzelnen konkreten Erfahrungen tauchten Fragen auf, die z. B. die Organisierung und Mobilisierung des Kampfes betrafen. Erfahrungen und Anregungen, z. B. über die Spaltungsversuche durch den Sozialplan und wie man dagegen auftritt, bewirkten eine lebhafte Diskussion.

Das Ergebnis dieser zwei Tage ist als ermutigende Aktion und Auftakt gegen das bisherige Schweigen der IGM zu verstehen. Um den Kampf in den Betrieben, wo weitere Entlassungen geplant sind, weiter zu führen und neue Anregungen und Erfahrungen über Möglichkeiten eines erfolgreichen Kampfes zu kriegen, war dies sicher ein Anfang, den es lohnt, weiter zu bringen.

## Flugblatt der KPD für die Belegschaft der Vulkan-Werft in Bremen

# Jetzt Streik?

**BREMEN. — In den letzten beiden Ausgaben des „Roten Morgen" wurde über die Situation auf der Bremer Vulkan-Werft berichtet. Vulkan-Boß Henke will 500 der 4200 Beschäftigten auf die Straße werfen und außerdem die Akkordvorgaben um 20 Prozent kürzen. Dieser Angriff ist ein Schritt in einem weitergehenden „Sanierungskonzept", dem noch ein beträchtlicher Teil der Arbeitsplätze auf der Vulkan-Werft zum Opfer fallen sollen. Gegenwärtig läuft in der Belegschaft und in der Gewerkschaft eine Diskussion über die Frage des unbefristeten Streiks und der Betriebsbesetzung. Im folgenden drucken wir ein Flugblatt der Ortsgruppe Bremen unserer Partei für die Vulkan-Belegschaft ab. Es wurde Anfang letzter Woche am Betrieb verteilt. Das Flugblatt hat die Überschrift: „Jetzt Streik?"**

Jetzt Streik? Das ist im Moment die entscheidende Frage! Am grünen Tisch ist nach den Verhandlungen vom Donnerstag und Freitag nichts mehr drin! Die Geschäftsleitung beharrt auf den Entlassungen und der Kürzung des Akkords. Sie benutzt die Verhandlungsbereitschaft des Betriebsrats nur, um Zeit zu gewinnen und sowohl Betriebsrat als auch Belegschaft zu zermürben.

Es bleibt nur noch der Kampf! Aber welche Form sollen wir wählen? Den Akkord verweigern, streiken oder den Betrieb besetzen?

### Was tut die IG Metall?

Die IG Metall behauptet, sie könne kein Geld für den Streik geben, das Gesetz würde ihr das verbieten.

Das ist aber gar nicht der Punkt! Wenn es Mittel und Wege gab, Gelder der Gewerkschaft über die Neue Heimat in die Taschen einiger Spitzenfunktionäre fließen zu lassen, wird es ja wohl auch Wege geben, den Kollegen Streikgeld zukommen zu lassen! Das Problem ist, daß Weinkauf (der 1. Bevollmächtigte der IGM in Bremen — RM) und Konsorten dies nicht wollen!

Sie meinen, wir sollten uns auf "unsere Freunde" in den Parteien und in der Bürgerschaft verlassen. Wenn wir das tun, sind wir wirklich verlassen! Und erinnern wir uns, Kollegen: Waren es nicht Otto vom Steeg, Weinkauf und Klöver, die gegen den Willen von Betriebsrat und Vertrauensleutekörper im Lenkungsausschuß geblieben sind; hat nicht Otto vom Steeg (Bezirksleiter der IGM in Hamburg — RM) gesagt, daß die IG Metall bis zu 800 Entlassungen hinnehmen würde, um den Rest zu retten?

Nein, von sich aus werden sie keinen Finger für uns rühren, da müssen sie schon gezwungen werden!

Aber wenn die IG Metall nicht zahlt, dann können wir ja gar nicht streiken — so werden viele denken — schließlich müssen ja Essen und Miete bezahlt werden. Außerdem, wer garantiert uns denn, daß es keine Aussperrung gibt, wenn wir streiken?

Eins ist richtig, Kollegen, wir dürfen den Betrieb nicht verlassen, nicht draußen vor stehen. Wenn, dann muß der Betrieb besetzt werden!

### Aber woher soll das Geld kommen?

Sicher, Kollegen, ganz allein kann man so etwas kaum leisten, dazu braucht man Freunde und zwar richtige, und die haben wir!

In den letzten Tagen sind unzählige Solidaritätsadressen angekommen; es kamen auch schon die ersten Spenden.

Denn die Kollegen in den anderen Betrieben haben erkannt, daß hier beim Vulkan ein Exempel statuiert werden soll.

Kommen die Kapitalisten bei den Vulkanesen durch, schaffen sie es auch bei den anderen Belegschaften, wie z. B.

- **VFW (1000 Entlassungen geplant)**
- **Kaffee Hag (700 Entlassungen geplant)**
- **Brinkmann (800 Entlassungen geplant)**
- **Klöckner (1400 Entlassungen geplant)**

Deswegen haben viele Kollegen erkannt, daß der Kampf der Vulkanesen auch ihr Kampf ist. Deswegen sind sie auch bereit, Geld zu spenden, nicht nur in Bremen, in der ganzen BRD ist das so.

So was hat es ja auch schon gegeben, z. B. bei Videocolor in Ulm. Dort besetzte die Belegschaft den Betrieb, und aus der ganzen BRD kamen Spenden. Es blieben sogar 400000 Mark übrig.

Es gibt eben nur zwei Wege. Entweder kapitulieren oder kämpfen, streiken, die Werft besetzen und auf die eigene Kraft und die Solidarität der anderen Belegschaften vertrauen!

**Zwingen wir Thyssen und Senat und Banken dazu, Henke zurückzupfeifen!**

## Protestaktionen gegen Massenentlassungen und Arbeitsplatzvernichtung

**Auch in der vergangenen Woche gab es wieder Protestaktionen gegen Massenentlassungen und Arbeitsplatzvernichtung in verschiedenen Städten der Bundesrepublik. In Siegen-Geisweid (NRW) zogen am Freitag rund 1000 Stahlarbeiter aus Hoesch- und Krupp-Betrieben des Siegerlandes zum Rathaus, um gegen die im Zusammenhang mit der Fusion zur Ruhrstal AG geplante massenhafte Arbeitsplatzvernichtung im Siegener Raum zu protestieren. In Castrop-Rauxel (Ruhrgebiet) demonstrierten Hunderte Arbeiter und Angestellte von Klöckner Becorit am Dienstag gegen den Plan der Konzernbosse, 250 der 1800 Arbeitsplätze des Klöckner-Becorit-Werkes zu vernichten. Eine Parole der Arbeiter lautete: „Damit die Aktionäre ‚Kohlen' sehen, sollen 250 Arbeitsplätze flöten gehen" (siehe Foto). „Gegen Stellenstreichungen, Leistungsabbau, Privatisierung sowie Verschlechterung der Arbeitsbedingungen" gingen am Donnerstag mehr als 2000 Beschäftigte der Hannoverschen Stadtverwaltung auf die Straße. Sie marschierten vor das Rathaus von Hannover, wo eine Protestkundgebung stattfand, zu der die ÖTV-Kreisverwaltung aufgerufen hatte.**




## 3000 Blohm-und-Voss-Kollegen im Warnstreik

### Arbeiterkorrespondenz aus Hamburg

**Am Donnerstag den 30. 9. traten bei der Hamburger Werft Blohm und Voss mehr als 3000 Kollegen in einen Warnstreik. Sie protestierten gegen die geplante Massenentlassung von 500 Kollegen.**

Um 9 Uhr versammelten sich zunächst einige hundert Kollegen am Betriebsratsbüro und zogen dann eine Stunde lang über das Werftgelände. Dabei schlossen sich immer mehr Kollegen an.

Der Maschinenbau und Panzerbau waren nahezu vollständig auf den Beinen, der Schiffsbau war weniger stark, aber auch gut vertreten.

Die Stimmung war sehr gut — es war vorher nicht ganz klar, ob die Beteiligung so stark sein würde.

Auf der Abschlußkundgebung beim Verwaltungsgebäude sprachen der Betriebsratsvorsitzende K. Schreyer und der VK-Leiter G. Taschenberger und verurteilten die geplanten Entlassungen. Kollege Melzer sicherte dieser spontanen Aktion die Unterstützung der Ortsverwaltung der IGM zu. Es wurde eine Protestresolution an den Vorstand verabschiedet.

Als dann Vorstandssprecher Dr. Budczies reden wollte, erhob sich ein Pfeiff- und Buh-Konzert. Der Herr wurde blaß und versuchte noch einige Male, etwas zu sagen. Das wurde aber konsequent verhindert.

Diese Aktion war ein gelungener Anfang. Sie hat gezeigt, daß wir Entlassungen nicht kampflos hinnehmen werden.

Um aber erfolgreich sein zu können, müssen Betriebsrat und Vertrauenskörper eine entschlossenere Haltung als bisher zeigen: schnellere und gründlichere Informierung der Belegschaft, Bereichs- und Abteilungsversammlungen, Steigerung der Aktionen vors Betriebstor und in die Stadt mit Informationen für die Bevölkerung sowie Verbindung mit dem Kampf der anderen Hamburger Betriebe, die von Entlassungen bedroht sind.

Hoffentlich wird die Betriebsversammlung in dieser Woche ein Schritt in die richtige Richtung.

Blohm-und-Voss-Zelle der KPD

### Schwarze Reaktion an den Schalthebeln in Bonn

# Das Kabinett des Doktor Kohl

**Ein Kabinett der „unverbrauchten Kräfte" hat Helmut Kohl seine Regierung genannt. Das wollte ihm jedoch nicht einmal die sympathisierende bürgerliche Presse abnehmen — sie beklagte das Fehlen solcher CDU-Politiker wie Rommel, Wallmann oder Weizsäcker auf Kohls Ministerliste. Sehr werbewirksam — etwa im Hinblick auf künftige Wahlen — ist diese neue Regierung tatsächlich nicht geraten. Was sich künftig im Bonner Kanzleramt um den Kabinettstisch versammeln wird, sind altbekannte Scharfmacher aus der ultrareaktionären Ecke, notorische Skandalfiguren und natürlich jede Menge Lobbyisten des Kapitals.**

Da ist etwa der Mann mit dem „Jagdschein": **Friedrich Zimmermann** (CSU), Nachfolger des von Strauß zum „Sicherheitsrisiko" erklärten FDP-Politikers Baum als Innenminister. Zimmermann, bis 1945 NSDAP-Mitglied, machte nach dem Krieg unter den Fittichen von Strauß Blitzkarriere in der CSU. Eine seiner herausragenden Leistungen für die Strauß-Partei war die Zerschlagung der konkurrierenden Bayernpartei (BP) in den fünfziger Jahren. Und das lief so: Zimmermann stiftete den Spielbankkaufmann und Glücksspieler Freisehner mit dem Versprechen, ihm eine Beteiligung an einer geplanten Spielbank zu verschaffen, dazu an, zwei führende BP-Politiker der Bestechung zu beschuldigen. Der Coup war überaus erfolgreich: Die beiden Herren von der Konkurrenz wurden zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt, die Bayernpartei fiel auseinander und der Aufstieg der CSU zur Staatspartei war gesichert.

Für Friedrich Zimmermann selbst schien die von ihm eingefädelte Affäre allerdings zunächst ins Auge zu gehen. Er hatte nämlich in der Spielbankaffäre einen Meineid geschworen, was ihm eine viermonatige Haftstrafe einbrachte. Ein halbes Jahr später jedoch wurde er von einem anderen Gericht freigesprochen — es billigte dem damaligen CSU-Generalsekretär den sogenannten Jagdschein zu ( § 51, Abs. 2: „verminderte Zurechnungsfähigkeit"). Aber Zimmermann war nicht nur in Sachen CSU für F.J. Strauß der Mann für schmutzige Geschäfte. Er verstand es auch, für seine eigenen Interessen zu sorgen. So nutzte er beispielsweise seine spätere Funktion als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Bundestag für seine privaten Geschäfte als Teilhaber der „Bayrischen Union", die unter anderem Grundstücke an die Bundeswehr verkaufte.

Zimmermanns Devise: „Mal muß man sich auch die Hände schmutzig machen, aber dann muß man sie sich eben wieder sauber machen." Es wirft ein bezeichnendes Licht auf Kohls Kabinett, daß eine solche Figur wie der Strauß-Spezi Zimmermann nun das wichtige Innenressort verwaltet. Die ersten Maßnahmen des neuen Ministers sollen — nach eigenem Bekunden — sein: Verschärfung des Tatbestands des Landfriedensbruchs, Vermummungsverbot bei Demonstrationen, „bessere Ausrüstung" für die Polizei, Verschärfung der Berufsverbote.



Zimmermann beim Amtseid.

Neben Zimmermann, dem wichtigsten Statthalter von Strauß in der neuen Regierung, stellt die CSU noch drei weitere Minister. Da ist beispielsweise **Oscar Schneider**, ein Lobbyist der Haus- und Grundstückseigentümer, der sich als Bundesbauminister für eine weitere „Liberalisierung" auf dem Wohnungsmarkt einsetzen will, was im wesentlichen heißt: freie Bahn für hemmungslose Mieterhöhungen. Als Fossil aus der Adenauer-Zeit wurde der Ziegeleibesitzer und Funktionär verschiedener Wirtschaftsverbände **Werner Dollinger** reaktiviert, der in den sechziger Jahren schon Minister in Bonn gewesen ist. Jetzt hat Dollinger des Verkehrsressort übernommen. Und es ist sicher kein Zufall, daß die CSU ihre Hand gerade auf dieses Ministerium gelegt hat. Denn eine seiner wichtigsten Aufgaben wird es sein, eines der Lieblingsprojekte von F.J. Strauß, den von der früheren Regierungskoalition einhellig als „ökonomisch unsinnig" abgelehnten Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals voranzutreiben.

Der vierte im Bunde der CSU-Minister ist **Jürgen Warnke**, Hauptgeschäftsführer des Verbands der keramischen Industrie und langjähriger Vorsitzender des bayrischen Verbands der chemischen Industrie. Warnke leitet jetzt das Entwicklungshilfeministerium und wird sich hauptsächlich darum kümmern, daß der Kapitalexport in die Dritte Welt künftig mit noch größeren Steuererleichterungen begünstigt wird. Als Staatssekretär hat Strauß den Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, **Siegfried Lengl**, ins Entwicklungshilfeministerium gesetzt. Diese CSU-Stiftung organisiert unter anderem die außenpolitischen Beziehungen der Strauß-Partei, hält die Kontakte zu faschistischen Parteien im Ausland, finanziert rassistische Gruppierungen wie die „Turnhallen-Allianz" in Namibia usw.

Aufpasser von Strauß sitzen auch noch in zwei anderen Ministerien: **Friedrich Voss**, bis 1976 Persönlicher Referent und Leiter des Bonner Büros von Strauß, im Finanzministerium und **Hans Hugo Klein** als Parlamentarischer Staatssekretär beim FDP-Justizminister Engelhard. Klein ist Mitglied des ultrarechten Brüsewitz-Zentrums und hat sich unter anderem dadurch einen Namen gemacht, daß er sich aktiv für die Nazi-Lehrer am Grotefend-Gymnasium in Hannoversch-Münden (siehe RM 36/82) einsetzte.

Neuer Kriegsminister ist **Manfred Wörner** (CDU), ein Mann, der nahtlos auf der Linie von Reagan liegt und beispielsweise schon seit langem die Ausweitung des Zuständigkeitsgebiets der NATO fordert. Bei der Übernahme seines neuen Amts rief Wörner denn auch nach „Stärke und Geschlossenheit der NATO", kündigte die Verstärkung der konventionellen Kampfkraft der Bundeswehr an, sprach von der Notwendigkeit, die Verteidigungsbereitschaft der Bürger wachzuhalten und der Friedensbewegung offensiv zu begegnen. Die erste Maßnahme Wörners war die Streichung des von seinem Vorgänger Apel noch in den letzten Tagen seiner Amtszeit verfügten Traditionserlasses: Es wird also auch künftig wieder öffentliche Rekrutengelöbnisse mit Zapfenstreich geben.

Zudem ist es für den Oberstleutnant der Reserve Wörner überhaupt keine Frage, daß sich die Bundeswehr in die ungebrochene Tradition der faschistischen Wehrmacht zu stellen hat. Bezeichnend dafür war seine Haltung in der sogenannten Rudel-Affäre. 1976 hatte der damalige Kriegsminister Leber unter dem massiven Druck der Öffentlichkeit zwei Luftwaffengenerale gefeuert, die mit dem aktiven Faschisten Rudel, einem ehemaligen Kampfflieger der Hitler-Wehrmacht, einen Kameradschaftsabend organisiert hatten. Wörner lief damals Amok gegen diese Entscheidung und bekundete seinen „hohen Respekt vor der herausragenden Tapferkeit und der vorbildlichen soldatischen Haltung des Obersten Rudel". Auf der gleichen Linie liegt die Tatsache, daß der neue Kriegsminister auch bei einem Treffen von ehemaligen Angehörigen der 9. SS-Panzer-Division „Hohenstaufen" ein gerngesehener Gast war.

Wörners Staatssekretär ist Oberstleutnant **Würzbach**, der vor Jahren durch originelle Methoden beim Bau seines Eigenheims auffiel. Er bestellte sich nämlich keine Maurerkolonne, sondern kommandierte einfach Bundeswehrsoldaten für die Bauarbeiten ab, was ihm dann auch eine Maßregelung durch ein Truppendienstgericht einbrachte.

In Helmut Kohls Kabinett sitzt die obligate Vorzeigedame nicht wie früher üblich im Familienministerium. Das wird jetzt von **Heiner Geißler** verwaltet, der früher so beredt das Lob der faschistischen Diktatur in El Salvador zu singen wußte und der in seinem neuen Amt erst einmal den Ersatzdienst drastisch verlängern will. Frau **Dorothee Wilms** wurde mit der Leitung des Bildungsministeriums betraut. Mit ihrem Chef und vielen anderen Mitgliedern der neuen Regierung hat sie eines gemeinsam: So wie Kohl selbst seine Karriere als Referent der chemischen Industrie begann oder etwa Finanzminister Stoltenberg aus dem Krupp-Vorstand in sein erstes Ministeramt wechselte, hat sich Frau Wilms die Qualifikation für das neue Amt als Leiterin des Führungsstabs Bildung im Institut der Deutschen Wirtschaft erworben.

Ähnliches gilt auch für **Heinz Riesenhuber**, den neuen Forschungsminister, vor seiner Vereidigung Geschäftsführer der Synthomer Chemie GmbH, früher Boß bei der Frankfurter Metallgesellschaft und wie eine ganze Reihe seiner jetzigen Ministerkollegen Vorstandsmitglied des CSU-Wirtschaftsrats. Als früherer Leiter des Bundesfachausschusses „Energie und Umwelt" der CDU ist er vor allem ein Mann der Atomindustrie und will sich — nach seinen ersten Bekundungen als Minister — vorrangig für die zügige Abwicklung des Atomprogramms einsetzen.

Neben Riesenhuber wird es in erster Linie der neue Postminister sein, der dafür sorgt, daß bei Siemens die Kassen klingeln. **Christian Schwarz-Schilling**, Mitinhaber der Accumulatorenfabrik Sonnenschein GmbH, war jahrelang medienpolitischer Sprecher seiner Partei. Er kann es kaum abwarten, die endgültige Verkabelung der BRD durchzuziehen und Raum für Privatfunk und Privatfernsehen zu schaffen. Ein weiterer Programmpunkt ist die Abschaffung des staatlichen Postmonopols, das heißt, die Privatisierung der profitträchtigsten Bereiche der Post wie des Fernmeldewesens.



Kohls Kabinett bei seiner ersten Sitzung.

### Rede des Abgeordneten Karl-Heinz Hansen im Bundestag

## *„Weil es Kapitalinteressen gibt, wird diese Regierung gestürzt"*

**Als einziger Abgeordneter bei der Debatte um das konstruktive Mißtrauensvotum ging der fraktionslose Abgeordnete Hansen auf die wahren Ursachen des Regierungswechsels ein. Im folgenden dokumentieren wir seine Rede, die von den bürgerlichen Medien weitgehend verschwiegen wurde.**

Kollege Coppik und ich werden heute gegen den Antrag der CDU/CSU und der FDP stimmen. Wir werden dies schon deshalb tun, weil — so unterschiedlich die Beweggründe der Wähler 1980 gewesen sein mögen — jedenfalls kein Wähler der SPD oder auch der FDP einem Abgeordneten, der für die SPD oder FDP kandidiert hat, ein Mandat gegeben hat, zwei Jahre nach der Wahl eine CDU/FDP-Regierung mit einem Kanzler Kohl zu installieren.

Weil für uns wichtiger als die Fahndung nach Sündenböcken die Frage ist, welche konkreten Interessen dahinterstecken, dazu noch einige Anmerkungen:

Kollege Coppik und ich haben über viele Jahre dieser Koalition angehört, haben an ihr gelitten und in ihr gefochten, weil wir gehofft haben, daß dabei vielleicht doch die Arbeits- und Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten gebessert werden könnten, daß der Vormarsch der Reaktion, die in Franz Josef Strauß ja nur personalisiert ist — aufzuhalten sei.

Diese Hoffnung haben wir in den letzten Jahren aufgegeben. Wir haben gesehen, wie die FDP in der sich seit 1973/74 verschärfenden Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Sozialdemokraten mit immer neuen Forderungen nach Abwälzung der sozialen Kosten zur Erhaltung des gleichen Profits erpreßte.

Wir haben gesehen, wie die Sozialdemokraten sich immer mehr erpressen ließen, bis schließlich der Punkt erreicht war, wo die Gewerkschaften nicht mehr in der Lage waren, den Unmut ihrer Mitglieder zu bremsen und die unsozialen Operationen der Bundesregierung zu rechtfertigen. An diesem Punkt erklärten FDP-Vertreter mit brutaler Offenheit, daß eine SPD, die nicht mehr fähig sei, die Gewerkschaften friedlich zu halten, keinen Regierungswert mehr habe.

In der Tat, für die Kräfte des Großkapitals und der Großindustrie hat sie dann keinen Regierungswert mehr. Und deshalb — persönlicher Verrat ist dabei nur eine der Begleiterscheinungen —, deshalb, weil es wirtschaftliche Machtgruppen gibt, weil es Kapitalinteressen gibt, die in der ökonomischen Krise eine Regierung von reinen Kapitalparteien wollen, deshalb wird diese Regierung gestürzt.

Die Betroffenen werden die abhängigen Arbeitnehmer sein, die mehr denn je um Arbeit und Lohn bangen müssen, werden alle sein, die auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind: Arbeitslose, Rentner, Kranke, Alte, Schüler und Studenten.

Wir sind weit davon entfernt, das Ende dieser Regierung mit Häme und Schadenfreude zu belgeiten. Es wäre einfach, klarzulegen, daß der Versuch, Reformpolitik in der Umarmung mit den Hilfskräften des Kapitals durchzusetzen, scheitern mußte. Und sicher ist die Erpressungspolitik der FDP dadurch erleichtert worden, daß der Bundeskanzler Schmidt nicht selten den konservativen FDP-Positionen näher stand als den Beschlüssen seiner eigenen Partei.

Aber darum geht es heute nicht. Nicht mehr.

Wir haben die große Sorge, daß von jetzt an die Politik der Aufrüstung mit immer schnelleren Schritten vorangetrieben und daß als Folge davon die Friedensbewegung zum Staatsfeind Nummer 1 wird, daß das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten eingefroren wird.

Wir haben die Sorge, daß die wirtschaftliche Krise ausgenutzt wird, um den sozialen Abbau zu verstärken, daß eine massive Umverteilungspolitik zugunsten der Besitzenden eingeleitet wird, daß aus gewissenlosem Opportunismus die Ausländerfeindlichkeit für parteipolitische Zwecke gefördert wird.

Wir haben die Sorge, daß demokratische Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden, daß die berufliche Existenz politisch Andersdenkender noch mehr als bisher gefährdet wird, daß die Verachtung der ökologischen Bewegung, die schon die bisherige Regierung auszeichnete, bald offen in die Kriminalisierung des ökologischen Widerstandes einmündet.

Weil wir diese Sorgen haben, frei von allen parteipolitischen Bindungen, sagen wir als unabhängige Abgeordnete zu dem Antrag der Fraktion von CDU/CSU und FDP, Herrn Kohl zum Bundeskanzler zu wählen, klar und eindeutig nein.

**Gemeinsam gegen die Wunschregierung des Großkapitals!**

# Für ein linkes Wahlbündnis!

**Unmittelbar im Anschluß an den Regierungswechsel in Bonn hat das Zentralkomitee unserer Partei im Hinblick auf die angekündigten Neuwahlen zum Bundestag im März nächsten Jahres beschlossen, daß unsere Partei sich für das Zustandekommen eines breiten linken Wahlbündnisses einsetzt. Inzwischen haben sich verschiedene Organisationen zu dieser Frage geäußert (nach unserer Kenntnis u. a.: Die Grünen, die DKP, die Initiative für eine Alternative Liste in Hessen, die GIM und die „Revier"-Gruppe). Im folgenden möchten wir einige Überlegungen und Positionen unserer Partei in diese Diskussion einbringen. Wir halten es dabei für sinnvoll, von einer Einschätzung des politischen Hintergrundes des Bonner Regierungswechsels auszugehen, weil daraus sich die besondere politische Bedeutung etwaiger Neuwahlen im März ergibt und die Notwendigkeit, sich um eine Zusammenfassung der Linkskräfte in einem Wahlbündnis zu bemühen.**

Nein zur Wunschregierung des Großkapitals

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

KPD Auf zur DGB-Demonstration gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn am 23. Oktober in Dortmund KJD

Drei Plakate auf einen Streich...

I

Der Bruch der sozialliberalen Koalition und die Bildung der Regierung aus CDU/CSU und FDP droht tatsächlich zum Beginn einer konsequenzenreichen Wende in der politischen Entwicklung der Bundesrepublik und Westberlins zu werden. Keineswegs geht es einfach nur darum, daß eine verschlissene bürgerliche Regierung durch eine „unverbrauchte" abgelöst wird. Vielmehr ist offenkundig, daß die organisierte Unternehmerschaft, besonders aggressiv der BDI, zielstrebig auf den Sturz der Regierung Schmidt hingearbeitet hat.

In welche Richtung die vielbeschrieene Wende gehen soll, ist mehr als deutlich:

- Soziale Demontage. Dabei geht es nicht nur um einzelne Kürzungen von Sozialleistungen, die ja auch die Regierung Schmidt nicht zu knapp durchgeführt hat, sondern im Prinzip um eine Abkehr von der Konzeption des „Sozialstaats", mit der die Bourgeoisie die weitgehende Integration der Gewerkschaften in das bürgerliche System und eine entsprechende ideologische Bindung breitester Teile der Arbeiter- und Angestelltenschaft an das kapitalistische System (als soziale Marktwirtschaft vielbesungen) bewerkstelligt hat, wobei die SPD an dieser „historischen Leistung" entscheidenden Anteil hat. Nun aber erscheint den ausschlaggebenden Kapitalskreisen die Beseitigung dieses „Sozialklimbims" (Strauß) als Voraussetzung für eine Bewältigung der Krise.
- Verstärkter Aufrüstungskurs, beschleunigte Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, Schulterschluß mit den USA, Stärkung und Ausweitung der NATO, Steigerung der politischen und militärischen Rolle der BRD in der NATO, schrittweise Wiederbelebung der Politik der Konfrontation gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes.
- Rücksichtslose Durchpeitschung des Atomprogramms.

Es ist offenkundig, daß diese Politik die verschärfte Konfrontation mit der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften, mit der Friedens- und Umweltschutzbewegung bewußt einkalkuliert und Maßnahmen ins Auge faßt, diesen Widerstand zu brechen. Das bedeutet:

- Weiterer Abbau demokratischer Rechte, besonders vorrangig die weitere Einschränkung des Demonstrationsrechtes.
- Verstärkte Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegstruppe und ihr verstärkter und rücksichtsloserer Einsatz.
- Angriffe auf die Freiheit fortschrittlicher Organisationen.

II

Die sozialdemokratisch geführte Regierung hat ohne Zweifel versucht, den Forderungen der Unternehmerverbände so weit wie möglich gerecht zu werden. Aber schon die Wahlen in Berlin, Niedersachsen und Hamburg haben gezeigt, daß die SPD dabei Gefahr läuft, ihren angestammten Einfluß auf große Teile der Arbeiter und Angestellten zu verlieren. Die Tatsache, daß schon vor dem Bruch der Bonner Koalition Demonstrationen und Kundgebungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit anberaumt worden waren,




...zum Thema „Regierungswechsel"...

signalisierte, daß es für die im wesentlichen sozialdemokratisch kontrollierten Führungsgremien der Gewerkschaften immer schwieriger wurde, den durch diese Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung zugunsten der Reichen hervorgerufenen Drang nach gewerkschaftlichem Widerstand abzublocken, zumal relevante sozialdemokratische Kreise in den Gewerkschaften sich ebenfalls für Widerstandsaktionen gegen die Regierungspolitik ihrer Partei aussprachen, weil sie eine Änderung des Kurses der SPD erzwingen wollten.

Die SPD hat für ausschlaggebende Teile des Kapitals so ihre Tauglichkeit als Regierungspartei zunächst einmal weitgehend verloren. Nicht deshalb, weil Helmut Schmidt und seine Ministerriege nicht voller Verständnis für Unternehmerinteressen wären, sondern deshalb, weil die SPD im Unterschied zur CDU/CSU als Partei viel mehr Rücksicht auf die Stimmungen in der Arbeiterklasse und auf die Gewerkschaften nehmen muß, wenn sie nicht ihren Masseneinfluß und damit ihre politische Funktion verlieren will.

III

Insofern markiert der Bonner Regierungswechsel eine Offensive des Kapitals und der politischen Reaktion gegen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften, gegen die Arbeitslosen und die ärmeren Bevölkerungsschichten im allgemeinen, gegen die Friedensbewegung und die Umweltschutzbewegung, gegen die Jugendprotestbewegung in ihren verschiedenen Äußerungen. Ob die Kohl, Strauß, Genscher und Lambsdorff und die hinter ihnen stehenden Wirtschaftskreise mit dieser von ihnen anvisierten Wende durchkommen oder nicht, hängt nicht nur und auch nicht in erster Linie von parlamentarischen Wahlen und ihrem Ausgang ab, sondern davon, inwieweit es gelingt, Massenwiderstand dagegen zu entfalten. Offenkundig ist insbesondere, daß ohne breiten Widerstand der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften der Vorstoß von Kapital und Reaktion nicht zurückgeschlagen werden kann.

IV

Wir weisen auf die ausschlaggebende Bedeutung des außerparlamentarischen Kampfes, insbesondere des Klassenkampfes der Arbeiter und Angestellten, nicht deshalb hin, um die politische Bedeutung der wahrscheinlichen Neuwahlen im März gering zu veranschlagen. Ganz im Gegenteil sind wir überzeugt, daß diesen Wahlen eine überragende politische Bedeutung zukommt.

Wir meinen aber, daß die Überlegungen zu einem linken Wahlbündnis sich nicht in der Fragestellung erschöpfen dürfen, ob und wie die 5-Prozent-Hürde genommen werden kann, sondern sich an der grundlegenderen Aufgabe orientieren müssen, breit den Widerstand gegen Kapital und Reaktion zu entwickeln.

Darum kann unserer Auffassung nach ein anzustrebendes linkes Wahlbündnis sich nicht darauf beschränken, auf die Friedens- und Umweltschutzbewegung Bezug zu nehmen, sondern muß in besonderer Weise durch das Bemühen geprägt sein, klassenbewußten Arbeitern eine politische Alternative und Perspektive aufzuzeigen. Das wird nur möglich sein, wenn

1. Fragen der Arbeitsplatzvernichtung, des Sozialabbaus, der Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse im allgemeinen ein entsprechender Stellenwert in der Programmatik eines solchen Wahlbündnisses eingeräumt wird und nicht umgekehrt Positionen aufgebaut werden, die auf eine Verurteilung von Arbeiterinteressen hinauslaufen, inhaltlich wurde unserer Ansicht nach diesbezüglich im Rahmen der Initiative Soziale Sicherheit vieles erarbeitet, auf das zurückgegriffen werden könnte;

2. jede Möglichkeit genutzt wird, Gruppen und einzelne Kolleginnen und Kollegen, die sich in Betrieben und Gewerkschaften um die Entfaltung des Klassenkampfes der Arbeiter und Angestellten bemühen, aktiv in ein solches Wahlbündnis einzubeziehen;

3. wenn die Notwendigkeit erkannt wird, an der Enttäuschung der im unterschiedlichen Grad sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiterschaft über die sozialdemokratische Regierungspolitik anzuknüpfen, aber auch jene Stimmungen und politischen Überlegungen in Rechnung zu stellen und zum Anknüpfungspunkt zu machen, die der Sturz der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung durch die Koalition des großen Geldes in eben dieser sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiterschaft ausgelöst hat. Das hat zur Voraussetzung, daß die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie geführt wird im Rahmen eines hauptsächlichen Kampfes gegen die Gefahr der Einflußsteigerung der CDU/CSU.

V

Alle Kräfte, die einen Beitrag zum Widerstand gegen Kapital und Reaktion leisten, müssen nach Auffassung unserer Partei in die Bemühungen um das Zustandekommen eines linken Wahlbündnisses einbezogen werden. Vorweg vorgenommene Ausgrenzungen halten wir wegen ihrer offensichtlich die Kräfte zersplitternden Wirkung für schädlich und für eine Sache, die sich die Linke in der gegenwärtigen politischen Situation keinesfalls leisten kann.

VI

Alle Frage der Organisierung eines solchen Wahlbündnisses erscheinen uns demgegenüber zweitrangig. Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit scheint es uns sinnvoll, sich auf jene Formen zu einigen, die sich in der Vergangenheit noch am ehesten als sinnvoll erwiesen haben. Was die Frage der Initiierung eines solchen Wahlbündnisses betrifft, scheint uns der Vorschlag der „Revier"-Gruppe sinnvoll zu sein, die Initiative Demokratischer Sozialisten möge dazu die Initiative ergreifen. Falls das nicht möglich sein sollte, erinnern wir an die Möglichkeit, ein Personenkomitee zu bilden, was in der Bildung der Initiative Soziale Sicherheit durchaus dazu beigetragen hat, unsinnige Eifersüchteleien zwischen beteiligten Organisationen zu vermeiden.

Mit dieser Stellungnahme wanden wir uns unter anderem an: AL-Westberlin, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, BBU, BWK, Falken, GAL-Hamburg, GIM, Die Grünen, DKP, Initiative Demokratische Sozialisten, Initiative Soziale Sicherheit, Jungdemokraten, KB, KBW, MLPD, Revier.




...hat die KPD herausgegeben.

**Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30**

# Berufsverbot, oder was?

**Volkskorrespondenz**

Diese Frage tauchte für meine Kolleginnen schon recht schnell auf. Denn als ich vor fünfeinhalb Monaten meine neue Stelle antrat, mich dann einigermaßen eingearbeitet hatte und die Probezeit fast rum war, traf es uns alle wie ein Schlag. Bald sollte auch der Nachtdienst mich mit betreffen, aber vorher kam die Kündigung ins Haus. Mit „Voranmeldung" über die Krankenkasse, denn die wußte vor mir von meinem Glück und wollte nun wissen, wie sie weiterhin ihr Geld kriegt.

Eines war jedenfalls allen klar, an der fachlichen Qualifizierung kann es nicht liegen. Zumal drei Wochen vorher unsere Chefinnen ein positives Urteil abgegeben hatten und sich für Übernahme nach der Probezeit ausgesprochen hatten.

Natürlich wurden keine Gründe angegeben und nun begannen die Diskussion und die Laufereien zu den verschiedenen Chefs, um doch rauszufinden, warum die Kündigung ausgesprochen wurde. Der eine schob dem anderen die Schuld in die Schuhe und meine Nachfrage zu einem „dunklen Punkt" in meiner Vergangenheit, den der Fachvorgesetzte erwähnt hatte, wurde wie folgt beantwortet: „Wenn es so etwas gäbe, könne man sich vorstellen, daß ich es gerne wissen wolle, aber mein Recht wäre es nicht, es dann zu erfahren". Nun denn, meine Kolleginnen konnten das absolut nicht verstehen und aus den Äußerungen war zu ersehen, daß sie es, mit welcher Begründung auch immer, nicht akzeptiert hätten. Der Personalrat hatte natürlich seine Einspruchsfrist längst verpennt (vermutlich sogar beabsichtigt) und tat ganz überrascht, als ihm mitgeteilt wurde, was wir vermuteten, nämlich politische Gründe und keine fachlichen.

Durch die Möglichkeit in einem Arbeitsvertrag, innerhalb der Probezeit ohne Angabe von Gründen unter Einhaltung einer bestimmten Frist kündbar zu sein, gibt es auch keine Möglichkeit, dagegen anzugehen. Weder über die Gewerkschaft, die mich eh schon vor zwei Jahren ausgeschlossen hat, noch über ein Arbeitsgerichtsverfahren.

Tja, und nun zu den vermuteten Gründen, dem „dunklen Punkt" oder wie ein Genosse passender meinte, dem „roten Faden": Diese meine Arbeit ist im öffentlichen Dienst und dort wird ja bekanntlich verfassungsschutzmäßige Überprüfung angeordnet und findet wohl auch meistens statt. Und dabei werden die Herrschaften wohl über die Aktivitäten der *Volksfront* und in dem Zusammenhang über meinen Namen gestolpert sein. Wer hat auch schon gerne jemanden „unter sich", der gegen seine besten Freunde (in diesem Fall das Land Schleswig-Holstein mit Herrn Stoltenberg und seinem Freund F. J. Strauß) antritt im Rahmen der Bundestagswahl 1980.

Nun meinte eine der Kolleginnen, das sei ja nur ein Berufsverobt im öffentlichen Dienst, wobei da erstens die Frage ist, welchen anderen Arbeitgeber gibt es im Krankenhausbereich und zweitens, Berufsverbot ist und bleibt ein „schwarzer Punkt" in „unserem" Staat, ob nun bei Lehrern, Eisenbahnern, Chemielaboranten oder sonstwem!

Das Positive an der ganzen Sache ist, daß den Kolleginnen einiges klar geworden ist und sie während der ganzen Zeit und auch jetzt voll solidarisch hinter mir stehen, mit einigen Ausnahmen, die wohl überall da sind. Jedenfalls ist das kein Grund, sich unterkriegen zu lassen, eher eine noch größere Wut auf diesen Staat und seine Machenschaften zu kriegen und dagegen anzugehen.

Mit antifaschistischen Grüßen
Karola

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Le

## Antizionismus oder Antisemitismus?

Zu dem Leserbrief „Gegen Antisemitismus" möchte ich doch einige Worte verlieren. Denn ich glaube, einige Ansichten, die dort vertreten werden, schaffen eher Verwirrung, als daß sie die Dinge politisch erklären.

In zwei Sachen muß ich den Autoren zustimmen: Erstens gibt es in der BRD (und z.B. auch in Frankreich) einen gefährlichen Antisemitismus, also eine rassistische, gegen die Juden als Volk gerichtete Ideologie, der ja auch blutige Taten folgen und die praktisch von allen Neonazis ausgeht. Gegen den Antisemitismus müssen deshalb alle Antifaschisten genauso vorgehen, wie gegen jede andere rassistische Ideologie und Praxis auch. Zum zweiten ist es natürlich richtig, daß wir als Antifaschisten und als Deutsche eine besondere Verantwortung tragen, wenn es um das jüdische Volk geht. Und in der Tat sind die Attentate auf jüdische Mitbürger bzw. auf einfache israelische Juden von der Linken nicht deutlich genug verurteilt worden.

Ansonsten aber geht m.E. der Leserbrief der Redakteure von „Alarm" politisch in eine falsche Richtung. Ich meine, daß es sehr wohl nötig, sogar bitter nötig ist, immer wieder zu betonen, daß es einen Zionismus gibt, eine rassistische Ideologie und Praxis, die von einigen Juden vertreten wird, obwohl dieses Volk ja wie kaum ein anderes selber unter dem Rassismus zu leiden hatte. Der Zionismus ist es aber, der im Staat Israel an der Macht ist und unter Begin seinen bisher blutigsten Höhepunkt erreicht hat. Darum ist es auch völlig richtig, daß auf den Libanon-Demos nicht nur gesagt wurde, „Stoppt den Krieg im Libanon", sondern daß auf dessen Charakter als Ausrottungskrieg hingewiesen wurde und immer wieder der Ruf erscholl: „Begin ist ein Mörder und Faschist".

Was im Libanon ablief und abläuft, ist tatsächlich der Versuch der „Endlösung der Palästinenser-Frage", die mit genauso einer Systematik und jahrelangen Planungen durchgeführt wird, wie seinerzeit die „Endlösung der Juden-Frage". Natürlich, Begin benutzt keine Öfen, sondern Raketen und Splitterbomben, und es sind bisher auch nicht sechs Millionen Menschen ermordet worden, sondern „erst" einige Zehntausende. Auch wurden die wehrlosen palästinensischen Frauen, Kinder und Greise in den beiden Flüchtlingslagern nicht von Israel direkt, sondern nur unter dessen Aufsicht und von dessen Marionetten abgeschlachtet. Aber daß diese Aktionen blanker Faschismus und eben auch Rassismus sind, daran werden die Genossen von „Alarm" doch nicht ernsthaft zweifeln! Für Begin existieren die Palästinenser als Volk doch gar nicht — was anderes ist das als Rassismus? Und dieser Rassismus nennt sich nun einmal Zionismus.

Immer wieder hat die BRD-Regierung Israel als das arme verfolgte Land der Juden dargestellt, die nichts wollen als ihr Recht auf Heimat und die ständig von ihren Nachbarn überfallen werden. Jeder, der auch nur die leiseste Kritik an dieser Version übte, wurde doch sogleich in die Ecke des Antisemitismus und damit des Faschismus gedrängt. Jetzt endlich, wo die israelische Armee und Regierung ihr wahres Gesicht zeigen, wo die Menschen allmählich den Unterschied zwischen Verantwortung vor den Juden und blinder Unterstützung israelischer Aggressionen zu begreifen beginnen, da kommen die Genossen von „Alarm" und rufen: „Halt! Bitte keinen Antisemitismus in neuem Gewand!"

Gerade damit aber werden wichtige Einsichten abgeblockt, wird erneut verkleistert, daß der israelische Staat nicht einfach das bloße Heimatland der Juden ist, wie 1947 von der UNO wohl geplant, sondern seit seiner Entstehung ein aggressiver Vorposten des Imperialismus mit durch und durch rassistischem Gepräge, ähnlich wie Südafrika. Und die herrschende Ideologie dort ist der Zionismus, die Lehre von der Auserwählung des jüdischen Volkes, die Lehre von der Expansion des jüdischen Staates bis zu den weitesten Grenzen des biblischen Altertums. Nicht umsonst tönte Ephraim Kishon nach dem 6-Tage-Krieg in seinem überall in der BRD erhältlichen Buch „Pardon, wir haben gewonnen", endlich sei Israel groß genug, daß nicht nur „IS." auf der Landkarte steht, sondern der volle Name, und nicht umsonst hatten die israelischen Soldaten eine Landkarte mit israelischen Grenzen mitten im Libanon in ihrem Gepäck, als sie in Westbeirut einmarschierten.

Etwas ganz anderes ist es, wenn Urlaubsreisende aus Israel, wenn Besucher eines jüdischen Restaurants Opfer antisemitischer Anschläge werden. Solche Taten sind faschistisch und verbrecherisch, wie jede Gewalt gegen das Volk. Aber der Kampf gegen das israelische Regime — dazu können militante Aktionen gegen verantwortliche Repräsentanten des Regimes ebenso gehören wie der Boykott israelischer Früchte — der ist sehr wohl gerechtfertigt und absolut notwendig.

Antizionismus und Antisemitismus sind nicht dasselbe, sondern schließen einander aus. Das sollte man nicht verwischen und verkleistern, denn sonst tut man keinesfalls unseren jüdischen Mitbürgern, dem israelischen Widerstand und den Palästinensern einen Gefallen, sondern höchstens der bundesdeutschen Pro-Israel-Propaganda und damit der Politik Israels selbst.

Ein Genosse aus
Westberlin



**Die PLO kämpft gegen den Zionismus, für einen demokratischen Staat Palästina, in dem Völker und Religionen gleichberechtigt miteinander leben können**

## Eine Lektion

Lieber Genosse,

wir haben uns sehr gefreut, daß du im RM Nr. 37 das Flugblatt abgedruckt hast, das die **Genossen** der KPD bei Siemens/Witten gemacht haben. Wir haben nämlich unsere Personalleitung gefragt, warum bei uns im Betrieb die besseren Stellen immer nur für Männer ausgeschrieben werden. Es wurde uns geantwortet: Die männliche Form sei in diesem Fall die allgemeine, neutrale, und schlösse die weibliche in sich ein. Für deine weitere Lektion in dieser Frage bedanken sich herzlich

die **Genossinnen** der KPD bei Siemens/Witten

## Demokratischer Linksblock

Hallo Freunde!

Als ständiger Leser eurer Zeitung möchte ich euch meine Meinung zum Thema Neuwahlen Anfang März '83 mitteilen:

Die KPD sollte sich bemühen, am Zustandekommen eines breiten demokratischen Linksblocks mitzuwirken. So wie es sie auch vor einiger Zeit in Hamburg versucht hat. Dazu wäre es gut, mit den Demokratischen Sozialisten in Kontakt zu treten, die jetzt die Pflicht haben, ihr Versprechen wahr zu machen, bei der nächsten Bundestagswahl alles für einen alternativen Linksblock zu tun. Es wäre wirklich schade, wenn die verschiedenen außerparlamentarischen Bewegungen und fortschrittlichen Kräfte unseres Landes die Chance vergeben würden, das erste Mal seit 30 Jahren im Bundestag eine nützliche Opposition zu haben. Schlecht wäre es, wenn allein die Grünen unter Flagge der „Alternative" antreten würden. Ein demokratischer Linksblock hat alle Chancen, da es das Problem des „kleineren Übels dieses Mal nicht gibt und er — sich auf die verschiedenen sozialen und demokratischen Bewegungen stützend — mit Sicherheit die 5-Prozent-Hürde überspringen würde.

Und zum Schluß noch ein Leserwunsch: Im Mittelpunkt der kommenden Wahl steht neben der Friedenspolitik vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dies wird das zentrale Thema sein. Ich fände es daher gut, wenn eure Zeitung konkret und aktuell auf die Behauptungen und die Demagogie der Reaktion eingehen würde, wie z.B. daß Sozialabbau „unsere Wirtschaft" wieder in Schwung bringe und Arbeitsplätze schaffe.

Überhaupt fände ich es gut, wenn ihr im „Roter Morgen" zur Wahl eine Seite einrichten würdet, auf der ihr richtige und wichtige Forderungen begründet und die demagogischen Behauptungen der Reaktion widerlegt und in ihren Folgen erläutert.

Mit solidarischen Grüßen
Ein Leser aus Münster

## Nie wieder Krieg!

Liebe Genossen,

zum Antikriegstag meine herzlichsten Solidaritätsgrüße.

Vor einigen Tagen las ich Feldpostbriefe aus der Zeit des zweiten Weltkrieges (Buchbinder, Sterz, Das andere Gesicht des Krieges). Der politisch überwiegende Inhalt der Briefe, die innerlich erzwungene Zustimmung, ja Idealisierung der Nazi-Ideologie und des faschistischen Raubkrieges, haben mich zuerst sehr erschreckt. Hätte ich damals auch so geschrieben, auf dieselbe Weise den natürlichen, persönlichen Widerwillen gegen Unrecht zum Schweigen gebracht? Oder hätte ich einfach geschwiegen? Oder gar trotz der Gefahr der Verfolgung protestiert, rebelliert? Das ist das Schicksal eines Einzelnen. Aber woher sollte die ideologisch verführte große Masse der Bevölkerung wissen, für welch niederträchtige Ziele sie ins Feuer geschickt und zu Millionen grausam getötet wurde? Eine Kommunistische Partei Deutschlands gab es nicht, einen „Roten Morgen", der den Menschen die Ursachen und Hintergründe dieses furchtbaren Krieges klar und verständlich aufgezeigt hätte, ebensowenig. Das ist für mich das Entscheidende.

Um so erschrockener war ich, daß jetzt einem Mann wie Ernst Jünger, psychologisch ein Wegbereiter des Hitler-Faschismus, der Goethe-Preise verliehen wurde. Das ist nicht nur eine große Geschmacklosigkeit, sondern vor allem eine ganz bewußt kalkulierte Propaganda im Dienst der reaktionären Krise der BRD. Sind wir denn schon wieder so weit? Nein, das deutsche Volk wollte und will keinen Faschismus, keinen Krieg. Es will in Frieden mit sich und anderen Völkern leben. Doch dazu bedarf es unbedingt der Einsicht in die volle Wahrheit des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus-Leninismus, und in die Notwendigkeit einer prinzipienfesten Anwendung unter der Leitung der kommunistischen Partei. Hoch lebe die KPD!

Rot Front!
P.K., München

## Spendenliste

**I. Spendenkampagne zum 5. Parteitag der KPD**

**1. Nachtrag:** vom 10.3.82 OG Reutlingen 500,—; **2. Seit der letzten Veröffentlichung gingen ein:** LBV Westfalen-Lippe 862,50; Th.R., Hamburg 30,—; KPD Schleswig 570,—; Mathilde und Franz Collet, Dürener Str. 424 5180 Eschweiler-Weissweiler 200,—; I.H., Hamburg 500,—; KPD Hessen 54,26; Zelle Hamburg-Langenhorn 20,—; T.T., Bielefeld 200,—; LBV Hamburg-Unterelbe 62,—; P.M., Tübingen 200,—; N.R., Düsseldorf 450,—; B.G., Kiel 2136,—; M.W., Köln 100,—; J.V., Frankenthal 60,—; P.K., München 2000,—; M.W., Köln 100,—; Zelle Charlottenburg, Westberlin 400,—; I.T., Westberlin 300,—; Zelle Möller, Bielefeld 200,—; O.H., Duisburg 2000,—; Zelle Dortmund-Nord 500,—; Bayer-Zelle, Leverkusen 257,—; Wechselgeldsammlung, Köln 36,60; Zelle Metall, Stuttgart 300,—; Zelle Bremen-Walle 250,—; LBV Baden-Württemberg 67,—; W.A., Westberlin 500,—; M., Wolfsburg 100,—; J.E., Peine 50,—; D.D., Mannheim 300,—; KJD Düren 24,30; W. u. E.A., Müden 200,—; R.P., Hamburg 1150,—; Chr. Str., Bochum 50,—; **Insgesamt 14729,66 DM**

Damit gingen für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD bisher 93306,48 DM bei uns ein.

**II. Spenden für unsere verfolgten Genossen in der DDR**

LBV Hamburg-Unterelbe 73,—; L.E., Taunusstein 50,—; Erlös aus Töpfersachen/LBV Weser-Ems 310,—; Reinerlös Tombola/Pressefest RM 2771,—; Sammlung auf dem RM-Pressefest 363,24; **Insgesamt 3567,24 DM.**

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

## Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

**Unser Ziel:**

### 200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

**Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:**

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

# „Türken raus“ — bald offizielle Regierungspolitik?

## Zur Ausländerpolitik von CDU/CSU und neuer Bundesregierung

**Kaum hat die CDU/CSU das Ruder des Bonner Regierungsschiffes in der Hand — mit ihrem gekauften Partner FDP im Schlepptau —, da wird in Sachen Ausländerpolitik ein Kurs eingeschlagen, auf dem sie selbst die extrem ausländerfeindlichen Maßnahmen der früheren Bundesregierung bald überholt haben wird. Die ersten Signale dafür setzten die Regierungsparteien in ihren Koalitionsvereinbarungen, noch weiter ging der neue Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Fernsehinterview Ende letzter Woche. Da wird eine Sprache gesprochen, wie man sie auch in den Pamphleten der Neonazis oder den Veröffentlichen profaschistischer Wissenschaftler (wie etwa im Heidelberger Manifest) vorfindet. Es ist ein Kurs, der unter rücksichtsloser Ausnutzung der reaktionärsten und primitivsten Vorurteile im Volke auf die Mobilisierung der rechtesten Kräfte und vor allem auf eine wirkungsvolle Spaltung der Arbeiterklasse abzielt. Er muß deshalb auf den entschiedenen Widerstand vor allem der organisierten Arbeiterbewegung stoßen.**

Welche entscheidende Bedeutung die „Ausländerfrage“ in der Innen- und Rechtspolitik für die neue Regierung hat, welches Gewicht ihr bei der angeblich angestrebten Lösung der Probleme in diesem Bereich beigemessen wird, kann man schon daran sehen, daß die diesbezüglichen Vereinbarungen nur in zwei Punkte untergliedert sind: „A. Ausländerpolitik“ und „B. Sonstiges“, wobei „A.“ dreiviertel des diesem Thema gewidmeten Raumes einnimmt.

In den beiden ersten Absätzen der Erklärung wurden viele wohlklingende Formulierungen zu Papier gebracht, um die guten und menschlichen Absichten der Regierung glaubhaft zu machen. Wie wenig davon zu halten ist, zeigt eine Betrachtung der CDU/CSU-Politik auf Länderebene sowie der bisher im Bundestag unternommenen Vorstöße. Von beidem wird im folgenden noch die Rede sein.

Vorweg nur eine Anmerkung zur Integration, die angeblich eine „wichtige Aufgabe bleibt“ (als ob ihr bisher nachgekommen worden wäre!), bei der sogar „die kulturelle Eigenständigkeit zu respektieren“ sei.

Im Januar dieses Jahres brachte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag einen Antrag zum Thema Ausländerpolitik ein, in dem unter anderem auch die „Verantwortung für die Ausländer, die als Arbeitskräfte angeworben wurden, und für ihre Familien, die hier seßhaft geworden sind“, angesprochen wird. Gleich anschließend heißt es aber doch recht deutlich: „Die Eingliederung **aller** in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer unter Wahrung ihrer vollen nationalen und kulturellen Eigenständigkeit ist jedoch weder möglich noch in beiderseitigem Interesse (auch das noch! RM) **wünschenswert.**“ (Bundesdrucksache 9/1288 vom 21.1.82) Hieraus ergibt sich schon, daß es den Unions-Parteien nicht nur um einen Zuzugsstopp mit allen Mitteln, sondern um eine **Reduzierung** der Zahl unserer Mitbürger aus dem Ausland geht.

Wie soll das nun vonstatten gehen?

Im Koalitionspapier ist zunächst von „Anreizen für die Rückkehrbereitschaft“ die Rede. Anreiz ist ein schönes Wort, Erpressung wäre in diesem Fall sicher angebrachter. Erpressung und staatlich organisierter Diebstahl.

Den Ausländern, die sich zur Rückkehr entschließen, werden bestimmte Geldbeträge angeboten. Kein Pfennig davon ist ein Geschenk des Staates, keinen Pfennig davon haben etwa deutsche Steuerzahler zu tragen. Es handelt sich um Leistungen, die die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland selbst bezahlt haben. Ginge es der Regierung wirklich um Humanität und Rechtsstaatlichkeit, wie in der Erklärung wiederholt beteuert wird, dann müßte sie die Rückerstattung dieser Leistungen an Menschen, die unser Land für immer verlassen, als selbstverständlich betrachten. Tatsächlich hat dieser Staat bereits riesige Summen dadurch eingestrichen, daß ausländische Arbeiter nach wenigen Jahren des Aufenthaltes in der Bundesrepublik und des billigen Verkaufs ihrer Arbeitskraft wieder ausgereist sind, ohne jemals die Leistungen irgendwelcher Versicherungen, für die sie regelmäßig gezahlt haben, in Anspruch genommen zu haben.

Die besondere Gemeinheit der beabsichtigten Regierungspolitik besteht darin, daß diese Leistungen — um, wie es heißt, die „Anreizwirkung“ zu sichern, um also tatsächlichen Druck ausüben zu können — nur innerhalb eines befristeten Zeitraumes gewährt werden sollen. Wer also nicht rechtzeitig verschwindet, der soll ganz darauf verzichten müssen; und es ist eben keineswegs so, daß die so zustandekommende Quote der „freiwillig“ Ausgereisten der Bundesregierung genügen wird und die anderen in Frieden hier weiterleben können. Die Zeit der „Anreize“ wird abgelöst werden durch eine Zeit noch direkteren Zwangs, noch direkterer Angriffe. Daß dies keine unbewiesene Vermutung ist, wird bereits durch das eingangs angeführte Zitat deutlich; hier ist ja keine Rede von einer *Freiwilligkeit*, sondern von einer *Notwendigkeit* der gewünschten Entwicklung.

Bei dieser Sachlage ist es klar, daß die Regierung alles daransetzt, jeden Ausländerzuzug „zu unterbinden“. Dabei wird die bisherige diskriminierende Unterscheidung in EG-Ausländer und Nicht-EG-Ausländer noch dadurch verschärft, daß auch den Bewohnern von Staaten, die neu in die EG aufgenommen werden sollen — und hier geht es besonders um die Türkei — die innerhalb der EG jedenfalls theoretisch bestehende Freizügigkeit nicht mehr zugestanden werden soll. So wird eines der Propagandaargumente, mit dem einst dem Bürger die EG schmackhaft gemacht werden sollte, ausgestrichen, wobei man ganz bewußt die durch materiellen Druck und systematische Verhetzung zustandegekommene verstärkt ausländerfeindliche Einstellung bestimmter Teile der Öffentlichkeit — die sich besonders gegen Bewohner eines fremden Kulturkreises richtet — und entsprechende Vorbehalte in noch breiteren Kreisen einrechnet. Klarer zutage tritt das mit der EG verfolgte Ziel der besseren Kontrolle von Wirtschaft und Politik schwächerer Staaten durch die großen Imperialisten.

Ein besonders menschenfeindlicher Bestandteil der Zuzugs-Stopp-Politik der Unions-Parteien ist die beabsichtigte drastische Herabsetzung der Altersgrenze für den Nachzug von Familienangehörigen, der auf die direkte Zerstörung vieler Familien zielt.

Zwar ist davon in dem Papier nicht die Rede, aber hier wird ja alles offengelassen, was die darin genannten Maßnahmen ergänzen soll. Die hessische CDU beispielsweise, forderte im März eindeutig: „Im Rahmen der Familienzusammenführung dürfen **nur noch Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr** einreisen.“ (Entschließungsantrag der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Drucksache 9/6236 vom 24.3.82) Hier war der jetzige Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dregger am Werk. Genau diese Marschrichtung wurde dieser Tage vom neuen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) unterstrichen. In einem Interview mit der „Welt“ erklärte er, er denke daran, von der Zuzugsbegrenzung nur Kinder „bis etwa sechs Jahren“ auszunehmen.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ Der Hintergrund dieser Behauptung ist mehrschichtig.

Die Bundesrepublik, der Staat, in dem sich so viele Menschen unterschiedlicher Nationalität niedergelassen haben, die man zunächst mit allen möglichen Versprechungen ins Land lockte, die hier zum großen Teil seit sehr vielen Jahren arbeiten, und selbstverständlich auch Familien gründen oder gründen wollen, die durch ihre Arbeit und durch ihren Konsum zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen einen großen Beitrag leisteten — kein Einwanderungsland?

Nun, es kommt wie so oft auf den Standpunkt an, von dem aus man die Sache betrachtet.

Die Unions-Parteien sind rücksichtslose Interessenvertreter des großen Geldes. Deshalb haben sie die Kapitalisten ja auch jetzt an die Regierung geholt, wo eine hemmungslose Politik des Sozialabbaus und der Krisenbewältigung auf Kosten der Werktätigen und kleinen Leute angesagt ist. Und für die Kapitalisten sind die ausländischen Arbeiter nun mal, ebenso wie die deutschen, nur zu einem gut: daß man aus der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft Profit ziehen kann.

Um den Standpunkt der Wirtschaft kurz und eindeutig darzulegen, sei hier einmal die extrem kapitalistenfreundliche Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ (WW) zitiert.

„Vor 20 Jahren war (...) der typische Gastarbeiter 20 bis 35 Jahre alt, ungeheuer fleißig und extrem anspruchslos. Einmal im Jahr fuhr er nach Hause — und beantragte neun Monate später Kindergeld. Wurzeln schlug er in Deutschland nur selten. Als 1966/67 der erste Konjunktureinbruch der Nachkriegszeit eintrat, packte eine halbe Million Gastarbeiter ihre Koffer. **Der Arbeitsmarkt schien sich in der Tat wie erhofft zu regeln. Stand Deutschlands Wirtschaft unter Volldampf, dann wartete ein Millionenheer von Arbeitswilligen gleichsam telefonisch abrufbereit hinter Alpen, Bosporus und Pyrenäen. In schlechten Zeiten packten sie ihr Bündel und gingen.**

Schon bei der nächsten Krise 1974 mußten jedoch Politiker und Arbeitsmarktstrategen erkennen, daß das Rotationsverfahren nicht mehr funktioniert.“ („Der Report: Ausländer — Gefahr für den Frieden“, in: WW 6/82 vom 5.2.82)

In dieser Situation befand der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, der bekannte ehemalige nationalso-

Fortsetzung auf Seite 10




---

Dokumentation

### Auszug aus den Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und FDP

## Innen- und Rechtspolitik

### A. Ausländerpolitik

Innen- und Rechtspolitik sichert in unserer Demokratie den Erhalt und den Ausbau der Freiheit aller Bürger. In der Bundesrepublik Deutschland leben seit vielen Jahren Ausländer und ihre Familien unter uns. Ihre Integration bleibt eine wichtige Aufgabe der Innenpolitik. Dabei ist die kulturelle Eigenständigkeit zu respektieren.

Bund, Länder und Gemeinden sind aufgerufen, der sozialen Isolation und der Ghettobildung in den Städten entgegenzuwirken. Die deutschen Schulen sollen verstärkt Deutschunterricht, aber auch muttersprachlichen Unterricht erteilen. Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung sind fortzuentwickeln.

Die Bundesregierung wird sofort eine Reihe von Maßnahmen beschließen, die Anreize bieten für die Rückkehrbereitschaft von Ausländern. Die Rückkehrbereitschaft von Ausländern sollte durch ein befristetes Angebot von Leistungen gefördert werden. Hierfür kommen insbesondere in Frage:

— Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes;

— vereinfachte Beitragserstattung in der gesetzlichen Rentenversicherung für rückkehrwillige Ausländer;

— sonstige Förderungsmaßnahmen zur Familienzusammenführung in der Heimat, unter Einbeziehung einer Kapitalisierung des Kindergeldanspruchs für einen begrenzten Zeitraum.

Für diese Leistungen soll eine Ausschlußfrist gelten, um die Anreizwirkung zu sichern.

Von besonderem Gewicht sind Wirtschaftshilfemaßnahmen, die vor allem im Rahmen der Entwicklungshilfepolitik gezielt eingesetzt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es sind daher alle humanitär vertretbaren Maßnahmen zu ergreifen, um den Zuzug von Ausländern zu unterbinden.

a) Der Anwerbestopp ist beizubehalten.

b) Illegale Einreisen und Beschäftigungen sind zu unterbinden.

c) Ein Aufenthalt zur Ausbildung und zum Studium darf grundsätzlich nicht zur Dauerniederlassung führen.

c) Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ist darauf hinzuwirken, daß durch Assoziierungsabkommen kein zusätzlicher Zuzug eröffnet wird. Die Verhandlungen mit der Türkei über die Einschränkung des Assoziierungsabkommens sind zügig fortzusetzen.

Um dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam zu begegnen, sind weitere Maßnahmen erforderlich, insbesondere:

— Die Asylbewerber erhalten für die Dauer des Asylverfahrens grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis. Für Asylbewerber aus osteuropäischen Ländern sind besondere Regelungen zu schaffen.

— Sozialhilfe ist in Form von Sachleistungen zu gewähren.

Die Bundesregierung setzt eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden zu Fragen der Ausländerpolitik ein, die ihre Empfehlungen und Vorschläge bis zum 1. März 1983 vorlegt.

Die Kommission soll prüfen, wie in der Bundesrepublik Deutschland unter Wahrung der freiheitlichen Grundordnung die gesellschaftspolitischen Probleme abgebaut werden können, die durch die große Zahl von Ausländern entstehen, die bei uns leben.

Die Kommission soll vor allem die Erfahrungen von „klassischen“ Einwanderungsländern bei der Regelung des Ausländerzuzugs auswerten und insbesondere die Fragen klären,

— wie gemeinsam rechtsstaatliche Wege gefunden werden können, um wirksamer zu verhindern, daß Ausländer ihre politischen Auseinandersetzungen im Inland gewalttätig austragen;

— wie der Aufenthaltsstatus nach längerfristigem Aufenthalt verfestigt und gleichzeitig der Familiennachzug gebremst werden kann;

— wie dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam begegnet werden kann;

— wie das Instrumentarium verbessert werden kann, um straffällig gewordene Ausländer abzuschieben.

Die Kommission soll dabei die Erfahrungen aus anderen europäischen Demokratien einbeziehen. (...)




### Versammlungen in München und Bonn

# Es klagen an ...

## Opfer der von Strauß zu verantwortenden Politik in Bayern bzw. deren Angehörige, Zeugen und Sachverständige

MÜNCHEN/BONN. — Die Münchener Behörden hatten kürzlich verboten, am 26. September, dem zweiten Jahrestag des Oktoberfest-Massakers, eine Versammlung auf dem Königsplatz durchzuführen, auf der der Opfer gedacht und die Verantwortlichen beim Namen genannt werden sollten. (Der RM berichtete.) In der Verbotsverfügung waren unter anderem die Neonazis vom Vorwurf der Täterschaft freigesprochen worden und insbesondere jede Kritik an Franz Josef Strauß untersagt worden. Dabei stützte sich das Kreisverwaltungsreferat München auf zu erwartende Aussagen bei der Versammlung bzw. auf die Interpretation noch gar nicht gemachter Aussagen berufen; eine Begründung, mit der tatsächlich jedem, dessen bekannte oder vermutete Ansichten nach Auffassung der CSU-gesteuerten Behörden für Strauß abträglich sind, das Versammlungsrecht abgesprochen werden kann.

Die gleiche Veranstaltung sollte nun am 9. Oktober stattfinden. Nach erneutem Verbot war Bonn als Austragungsort ausersehen worden. Kurz vor dem Termin wurde die Versammlung vom Oberverwaltungsgericht doch noch in München zugelassen, wenn auch unter bestimmten Auflagen. Die Folge: Es fanden zwei Versammlungen statt, wobei die in Bonn natürlich kleiner ausfiel. Die gerichtlichen Auflagen bestanden in folgendem: Es sollte nicht behauptet werden dürfen, daß Strauß die Grauen Wölfe unterstütze bzw. überhaupt Kontakt zu ihnen habe. Das ist aber doch klar hervorgehoben worden. Zum Beispiel von Klaus Thüsing in Bonn; Thüsing nahm sogar ganz ausdrücklich wegen des Verbots darauf Bezug. Zum anderen sollte nicht behauptet werden dürfen, daß in Bayern Lehramtsbewerber trotz gewonnener Prozesse nicht eingestellt werden. Auch das wurde natürlich dennoch behauptet und bewiesen. Bekannt ist der Fall Häberlein, Vorstandsmitglied der DFG/VK, der jahrelang einen Prozeß nach dem anderen gewann, dem aber trotzdem die Einstellung verweigert wurde, bis sie ihm vor kurzem doch zugestanden werden mußte.

Etwa 800 Menschen kamen in München auf den Königsplatz, eine Zahl, die sicher nicht befriedigen kann, die zeigt, daß der Staat mit seinen Bemühungen, das Verbrechen in Vergessenheit geraten zu lassen und die Hintergründe zu verheimlichen, gewisse Erfolge erzielt hat, was den Antifaschisten wiederum die Notwendigkeit vor Augen führt, ihre Anstrengungen zu verstärken.

Zu den Trägern der Versammlung gehörte auch Ignaz Platzer, der Vater zweier ermordeter Kinder, der natürlich durch das lange geltende Verbot besonders getroffen war. Er brachte seine Empörung darüber zum Ausdruck. Bereits in einer Erklärung vom 19.9. hatte er bekräftigt: "Die Stadt München befürchtet offensichtlich, daß vor der Landtagswahl nochmal an den Anschlag der Neonazis am 26.9.80 erinnert wird. Sie will nicht, wie im Bescheid des Kreisverwaltungsreferates steht, verhindern, daß die Unwahrheit gesagt wird, sondern verhindern, daß die Wahrheit ans Tageslicht kommt." In einer ganzen Reihe von Grußadressen erklärten sich verschiedene Organisationen, Organisationsverbände und Einzelpersonen solidarisch mit den Veranstaltern. Natürlich hatten auch die Münchener Genossen der KPD die Aktion nach Kräften unterstützt.

Bemerkenswert die Grußadressen aus dem Ausland. „Wir bekräftigen euch unsere Solidarität für eure unablässige Suche nach den Auftraggebern, den Vollstreckern und den Unterstützern des Oktoberfest-Attentats", heißt es in einem Telegramm der Vereinigung der Opfer des Attentats von Bologna. Im Namen der Gemeinde von Marzabotto in Italien begrüßte der Bürgermeister Dante Cruichi die Versammlungsteilnehmer. Die Bevölkerung des Dorfes Marzabotto war von den Hitler-Faschisten ausgerottet worden.

Bemerkenswert die vielen Erklärungen von westdeutschen Gewerkschaften, Gewerkschaftsfunktionären und Gewerkschaftsgruppen. In einer Stellungnahme Bremer Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute heißt es beispielsweise: „Möge eure Anklage also in die ganze Republik klingen, damit keiner mehr sagen kann ‚Das habe ich nicht gewußt'. Wir werden dazu alles in unseren Kräften stehende tun. Stoppt den Gewerkschaftsfeind Strauß jetzt!" Die Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei Garbe-Lahmeyer in Aachen hebt hervor: „Das Verbot dieser Veranstaltung zeigt eindringlich, wie notwendig gerade jetzt nach dem Regierungswechsel die Aktivität der Arbeitnehmer gegen Strauß und seinen Weg zur Macht ist. Gegenmacht ist jetzt notwendig. Dazu ist eure Veranstaltung ein erster und wichtiger Schritt. Leider können wir wegen der Kürze der Zeit keine große Delegation mehr zusammenstellen, die dem Tribunal beiwohnt. Aber wenn wir auch heute weniger sind, so sprechen wir doch für viele unserer Kollegen, wenn wir sagen: **Strauß muß mit allen Mitteln gestoppt werden.** In diesem Sinne wünschen wir dem Tribunal einen erfolgreichen Verlauf und hoffen, daß das Echo den Kampf gegen Strauß belebt."

Das geht genau in die richtige Richtung. Diese Erkenntnis muß sich im gesamten DGB durchsetzen und zu den entsprechenden Konsequenzen führen.

# GdP auf CSU-Kurs

**NÜRNBERG. — Wo gibt es das schon, daß durch den Druck großer Kreise der Basis eine Gewerkschaftsführung gezwungen wird, einen noch rechteren Kurs einzuschlagen, als sie es ohnehin schon vorhat? — Bei der Gewerkschaft der Polizei! So kam es, daß seit Anfang Oktober die Forderung nach einem „vorbeugenden Vermummungsverbot" und nach dem Verbot der „passiven Bewaffnung" Grundlage der Politik der GdP ist.**

Im Namen von vier Landesbezirken wurde die Forderung auf dem dieser Tage beendeten GdP-Kongreß vorgebracht. Die besonders rechten Delegierten, vor allem aus unionsregierten Ländern, verliehen ihrer Forderung auch mit Spaltungsdrohungen Nachdruck, ein Übertritt zur Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund oder zum Bund deutscher Kriminalbeamter durch viele GdP-Mitglieder wurde in die Diskussion geworfen.

Auf diese Weise gerieten diejenigen Funktionäre, die meinten, man könne Demonstrationen und Demonstranten auf die bisher praktizierte Weise besser in den Griff bekommen, ins Hintertreffen. Ein „Kompromißentwurf" wurde verabschiedet; der Kompromiß besteht allein darin, daß die Polizei im Vorfeld von Demonstrationen gegen „Störer" vorgehen kann, muß es aber nicht unbedingt.

Die rechtesten Kräfte fühlen sich seit dem Bonner Regierungswechsel besonders stark. Sie ziehen voll an einem Strang mit der CSU, deren Mitglied, der Parlamentarische Staatssekretär Carl-Dieter Spranger, auf dem GdP-Kongreß sprach. Er kündigte Gesetzesverschärfungen im Bereich der „inneren Sicherheit" an und erklärte, zur Bekämpfung „gewaltsamer Ausschreitungen" und „steigender Kriminalität" sei eine „grundsätzliche geistige und politische Neuorientierung" notwendig.

Die DGB-Führung hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie etwas gegen diesen Kurs ihrer Mitgliedsgewerkschaft hätte. Um so stärker muß der Widerstand der Gewerkschafter sein!

# Protest wird teuer

TÜBINGEN. — Ziviler Ungehorsam wird teuer. Jedenfalls, wenn es nach dem Willen der baden-württembergischen CDU geht.

„Großengstingen hat das Faß zum Überlaufen gebracht", verkündete kürzlich der Landtagsabgeordnete Gerd Wang, bei Erscheinen dieser Ausgabe vermutlich neuer Parlamentspräsident in Stuttgart. Großengstingen — hier befindet sich ein militärisches Depot, in dem Atomsprengköpfe gelagert werden. Bundesweit bekannt wurde diese kleine Gemeinde in der Schwäbischen Alb durch die gewaltfreie Blockade, die die Atomwaffengegner Anfang August dort eine Woche lang durchführten.

Dabei kam auch Polizei zum Einsatz, allerdings gab es keinerlei Auseinandersetzungen. Ihre Aktivität bestand darin, mehrmals pro Tag die auf der Straße sitzenden Menschen wegzutragen und in einem Bus mehrere Kilometer weit wegzubringen.

Eine ganz harmlose Sache, sollte man meinen. Aber nicht für die CDU. Offenbar stört sie durch solche Aktionen erreichte öffentliche Aufmerksamkeit für Angelegenheiten, die man aus der Sicht des Staates lieber nicht so bekanntmachen möchte, derart, daß sie jetzt hart durchgreifen will.

Das geschah dadurch, daß inzwischen 380 der an der Blockade Beteiligten eine Strafanzeige der Polizei zugestellt bekamen — wegen „Nötigung"!

Diese Maßnahme soll Signalcharakter haben. Das geht aus Äußerungen des CDU-Innenministers Roman Herzog hervor. Künftig sollen grundsätzlich alle „Störer" zum „Kostenersatz" herangezogen werden. Der Polizeieinsatz auf der Alb habe 100000 Mark zusätzlich gekostet, vor allem durch die Überstunden der Beamten, und das sei „dem steuerzahlenden Bürger auf Dauer nicht zuzumuten". Eine Kostensenkung dadurch, daß man nicht mehr die Polizei gegen steuerzahlende Bürger vorschickt, die sich im Gegensatz zu Roman Herzog dem Rüstungswahnsinn entgegenstellen, kommt diesem Herrn natürlich nicht in den Sinn. Eine seinen Plänen entsprechende Vorschrift will er bis zum Jahresende erlassen haben.

Fortsetzung von Seite 9

# „Türken raus" — bald offizielle Regierungspolitik?

zialistische Marinerichter Filbinger (CDU): „Mit zunehmendem Nachzug von Familienangehörigen und wachsender Aufenthaltsdauer wird der gesamtwirtschaftliche Nutzen immer zweifelhafter."

Die menschliche Seite der Ausländerbeschäftigung interessierte nicht. Auf Familienprobleme hatte man sich nicht eingerichtet, für Angehörige, Ehegatten — besonders Frauen — und Kinder, hatte man kaum etwas getan und hat das auch bis heute nicht bzw. in vollkommen unzureichendem Maße. Mit Vertiefung der Krise setzte die Propaganda ein, die die Ausländer für Arbeitsplatzmangel und leere Staatskassen verantwortlich macht.

Den deutschen Bürger, besonders die deutschen Arbeiter, will man auch durch Prognosen über die zahlenmäßige Entwicklung des Ausländeranteils an der Bevölkerung schrecken. Die angeblich notwendigen Konsequenzen werden gleich mitangeboten. Dazu noch einmal die „Wirtschaftswoche":

„Wenn die Hochrechnungen von DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, RM) und dem Bundesinnenministerium nicht Realität werden sollen (sieben Millionen Ausländer im Jahr 2000, davon drei Millionen Türken, RM), dann werden die deutschen Behörden früher oder später bereits hier lebende Ausländer überreden **oder gar zwingen müssen**, in ihre Heimatländer zurückzukehren." Die Zeitung fährt fort, indem sie einen interessanten Zeugen bemüht: „Der Berliner Bundessenator und Vorsitzende der CDA-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, machte unlängst einen von den CDU-regierten Ländern unterstützten Vorschlag, wie **arbeitslos gewordene** Ausländer freiwillig zum Verlassen des Landes angeregt werden könnten. Die betroffene Gruppe zählt immerhin mehr als 200000 Personen, mit Angehörigen wahrscheinlich eine halbe Million.

Blüms Plan sieht vor, daß diesen Ausländern die Ansprüche auf Arbeitslosengeld sofort ausbezahlt werden sollen, wenn sie sich zum Verlassen der Bundesrepublik bereit erklären (...).

Solche Abfindungen waren schon wiederholt im Gespräch. Sie scheitern derzeit jedoch an der knappen Haushaltslage in Bund und Ländern."

Die Haushaltslage ist nicht besser geworden, dennoch gehört das Angebot zum Wortlaut der Koalitionsvereinbarungen, allerdings in der erpresserischen befristeten Form; damit wäre offenbar auch die Kostenfrage befriedigend (für Kapitalisten und Staat) gelöst. — Soweit also der jetzige Arbeits- und Sozialminister, hören wir nun den neuen Bundeskanzler:

Auf die „menschliche Anständigkeit" eines Helmut Kohl kann man pfeifen.

**Mit Kohls öffentlicher Erklärung wird die volksverhetzende "Türken-raus!"-Parole in bestimmten Grenzen zu einer Leitlinie der Regierungspolitik gemacht. Der große Sündenbock ist öffentlich an den Pranger gestellt worden.**




**Die Nazi-Losung „Türken raus" hat der Bundeskanzler, ein bißchen vornehm abgeschwächt, übernommen**

„Als besonders wichtige rechtspolitische Frage bezeichnete Kohl in dem Fernsehinterview (ZDF, 3.10.82, RM) das Ausländerproblem. (Das für ihn erklärtermaßen eigentlich ein „Türkenproblem" ist, RM).

Die Zahl der **türkischen** Mitbürger in der Bundesrepublik sei **‚Zu groß'** und müsse auf eine ‚menschlich anständige Weise' **verringert** werden. Es dürfe nicht heißen, der Mohr habe seine Schuldigkeit getan, der Mohr könne gehen. ‚Aber es ist auch wahr, **daß wir die jetzige Zahl der Türken in der Bundesrepublik nicht halten können**, daß unser Sozialsystem, die allgemeine Arbeitsmarktlage, nicht hergibt'." („Westdeutsche Allgemeine", 4.10.82)

Damit geht Kohl noch weiter, als er es in die Koalitionsvereinbarungen hat hineinschreiben lassen. Diese offene Attacke gegen „die Türken", von denen zumindest ein Teil „raus muß", ist dennoch nur die konsequente Fortsetzung und Konkretisierung des bereits vor dem Regierungswechsel verkündeten Kurses. Besonders drastisch wurde er von Dreggers hessischer Parteiorganisation in dem bereits zitierten Entschließungsantrag gewiesen: **„In den kommenden fünf Jahren soll erreicht werden, daß sich die Zahl der in der Bundesrepublik dauernd lebenden Ausländer um möglichst eine Million Personen verringert."**

Wer gedacht hat, daß solche Art der Volksverhetzung allein den Neonazis eigen sei, der sieht sich getäuscht. Die neue Bundesregierung geht in die Vollen. Die Neonazis werden sich freuen, das politische Klima, das hier geschaffen wird, ist für sie günstiger denn je. Franz Josef Strauß, die „graue Eminenz" hinter der Bonner Regierung, hat sie ja schon vor langer Zeit als „Hilfstruppen" bezeichnet.

Der verschärfte Angriff auf unsere ausländischen Kollegen und Mitbürger kommt nicht von ungefähr.

Die neue Bundesregierung wird die kapitalistische Wirtschaftskrise nicht so einfach beseitigen können. Sie wurde an die Macht gebracht, um ohne Rücksicht die Lasten dieser Krise der Arbeiterklasse und den sozial Schwächsten in unserem Land aufzubürden. Zu ihrem Auftrag gehört auch, den zu erwartenden Widerstand zu unterdrücken und die dafür notwendigen gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen. Sie setzt aber nicht nur auf den brutalen Einsatz der Staatsgewalt gegen alle von dieser Politik Betroffenen. Das reicht auch nicht. Damit allein würde sie sich viel zu schnell bloßstellen, und das hat sie (noch) nicht nötig.

**Fortsetzung im nächsten RM**



Die Putschisten vom Februar 81 spannen ihre Fäden unbehindert weiter

### Erneuter Putschversuch aufgedeckt

# Faschistische Gefahr über Spanien

### Obristen unter Boschs Kommando

**Zwei Obristen und ein Oberstleutnant — das sind die drei einzigen, die bisher im Zusammenhang mit dem aufgedeckten neuen Putschversuch in Spanien verhaftet wurden. Bei ihnen waren die Pläne für die Aktion, mit der am 27. Oktober, einen Tag vor der Wahl, eine erneute faschistische Diktatur errichtet werden sollte, gefunden worden. Dieser neue Zwischenfall weist nochmals mit aller Deutlichkeit darauf hin, wie stark heute die faschistische Gefahr über Spanien ist.**

Die Verbindungen der jetzt aufgeflogenen Putschisten sind eindeutig. Sie haben regelmäßig die Putschisten vom 23. Februar letzten Jahres in deren Luxuszellen besucht, die inzwischen schon öffentlich als Schaltstellen der faschistischen Militärs gelten. Der verurteilte frühere Kommandeur der Region Valenci, Jaime Milans del Bosch, gilt dann auch als der eigentliche Organisator dieses neuen Putschversuchs. Daß ein verurteilter Putschist in aller Ruhe einen neuen Putsch in seiner Zelle planen kann, das zeigt schon, wie groß die Unterstützung ist, die die Faschisten vom Militär im allgemeinen und von der Militärjustiz im besonderen erhalten.

Einen Tag vor dem Auffliegen der Pläne konferierte einer der drei jetzt verhafteten Obristen mit dem Führer der faschistischen Partei „Fuerza Nueva" Blas Pinar, der öffentlich seine Unterstützung für jedweden Putschversuch bekundete.

Klar ist aber auch, daß die Madrider Elitedivision Brunete, die schon im Februar letzten Jahres ihre Panzerkolonnen hatte anrollen lassen, erneut in diese Pläne einbezogen war. Die vorgesehene militärische Totalabriegelung Madrids wäre ohne diese Einheiten, die die mit Abstand stärksten der Region sind, gar nicht denkbar.

Und deutlich gesagt wurde auch jetzt schon, daß auch Zivilisten in die konkreten Pläne eingeweiht waren, wobei vor allem die Spekulation um einen der größten Bankiers des Landes geht. Ebenfalls klar sind zwei Dinge: die Putschisten wollten dieses Mal vom ersten Augenblick an mit voller Brutalität zuschlagen. Der Zögern zu schießen wird von ihnen als die größte Schwäche des im Februar letzten Jahres gescheiterten Putschversuchs angesehen. Alle Offiziere, die sich widersetzen würden, sollten beispielsweise sofort erschossen werden, das steht ausdrücklich in den Plänen. Und: die Zahl der Beteiligten und ganz oder teilweise Eingeweihten muß nach den ganzen Dimensionen des Plans und der darin vorgesehenen rund eintausend militärischen Kampftrupps allein in Madrid ungeheuer groß gewesen sein. Die Organisation der Putschisten muß über tausend Menschen umfaßt haben — bisher aber wurde nicht ein einziger Schritt unternommen, diese Organisation aufzurollen, geschweige denn, zur Verantwortung zu ziehen. Wie schon bei der bevorzugten Behandlung der Februar-Putschisten im letzten Jahr, von denen nur eine Minderheit verfolgt, ein Bruchteil vor Gericht gestellt, alle milde beurteilt und alle in Vorzugshaft begeben wurden, so zeigt sich auch dieses Mal schon in den ersten Tagen nach dem Putsch das auffällig geringe Interesse der Behörden, die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen und die Putschisten zu strafen. Noch Tage vor dem aufgeflogenen Putsch hatte die sich in Auflösung befindliche konservative spanische Regierung energisch abgestritten, daß es die in Presseberichten immer wieder erwähnte „Union Militar Espanola" (Spanische Militärunion), den Zusammenschluß aller faschistischen Armeeangehörigen, überhaupt gäbe. Bei den Putschisten aber fand man jetzt jede Menge Propaganda und Organisationsmaterial der geheimen UME. Die spanische herrschende Klasse strebt offensichtlich mit aller Gewalt — und dies im wahrsten Sinne des Wortes — danach, ihre Macht zu stabilisieren. Nachdem die UCD als Partei des Großbürgertums gescheitert und zerstritten ist, sich gegenseitig bei Ämterjagd und Einflußvergabe bekämpft, erscheint ein Wahlsieg der Sozialistischen Partei Spaniens bei den Oktoberwahlen als wahrscheinlich. Dies hatte sich schon als wahrscheinlich erwiesen nach den verschiedenen Regionalwahlen der letzten Zeit.

Und obwohl der Vorsitzende der PSOE, Felipe Gonzalez, von der SPD-Friedrich-Ebert-Stiftung ausgebildet und aufgebaut, alles tut, um seine Treue zur Verfassung, zu König, Kapital und Kirche zu beweisen, glaubt man ihm — oder eher seinen Anhängern — wohl nicht. Gonzalez, der selbst ein Aktionsbündnis mit der revisionistischen PCE, der eurokommunistischen Partei Santiago Carrillos, die sich ebenfalls zum König bekennt, ablehnt, trägt einfach zu viele Änderungswünsche an die Oberfläche: soziale Reformen, mehr Demokratie, eine endgültige Beseitigung des Francismus.

Schon der Februar-Putsch letzten Jahres — von dem viele Kenner damals sagten, er sei eh nur ein Propagandatrick zum doppelten Zweck der Einschüchterung der Öffentlichkeit und des Überdeckens anderer, weitergehender Putschversuche — war in dieser Hinsicht gestartet worden. Der Zerfall der UCD hatte all jene zum Handeln getrieben, denen die vom damaligen UCD-Führer Suarez, einst Francos Mann, betriebene „begrenzte Demokratisierung von oben" schon zu weit ging oder zu gefährlich war. Mit dem weiteren Zerfall der UCD bis zum heutigen Zeitpunkt, da keiner glaubt,sie — oder ein ihr entsprechendes Parteienbündnis — könne die Regierung weiterhin bilden, sind die Gründe und Motive für einen erneuten Putsch noch viel stärker geworden.

Immer offener fordern die Vertreter des einheimischen — und ausländischen Kapitals energische Maßnahmen zur Beseitigung der Wirtschaftskrise, wobei die mit den Gewerkschaften ausgehandelten Pakte ihnen offensichtlich nicht mehr reichen. So daß sie jetzt auf diktatorische Art Klärung schaffen möchten.

Auffallend ist in dieser Situation, daß niemand etwas unternimmt: außer daß ständig neue Greuelpläne der Putschisten ans Tageslicht gebracht werden. Offensichtlich versucht man so zumindest noch das Beste daraus zu machen, die Bevölkerung so weit als möglich einzuschüchtern, mit der Gefahr eines Bürgerkrieges Stimmen für die Rechte zu sammeln. Die Linksparteien, die zumindest in den Augen der Arbeiter und der Werktätigen Linksparteien sind, unternehmen jedenfalls nichts, um gegen die drohende Putschgefahr Massen zu mobilisieren.

Einmal mehr muß man außerdem berücksichtigen, daß auch hinter diesem Putschversuch noch weitere Kräfte stehen: nicht nur die bisher Beteiligten, die ohne Zweifel entweder schon einen neuen Putschplan haben oder dabei sind, ihn auszuarbeiten, sondern auch die NATO. Schon im Februar letzten Jahres gab es — anschließend schnell verstummte — Berichte über Beziehungen der Putschisten zur amerikanischen Botschaft. Die Tatsache, daß die Sozialistische Partei eine Volksabstimmung über die NATO-Mitgliedschaft versprochen hat, hat hier bestimmt nicht zu einer größeren Zurückhaltung geführt.

Die Gefahr, vor der Spanien steht, braucht eine große gemeinsame Kampfaktion aller demokratischen Kräfte, aller Anti-Franco-Richtungen zur weiteren Demokratisierung zugunsten des Volkes. Ohne dies wird irgendeiner der zahllosen Putschisten früher oder später erfolgreich sein.

# Libanon — Israels Satellit?

**Immer deutlicher werden die Vorstellungen, die die israelische Regierung unter dem Begriff „Neuordnung des Libanon" versteht.**

Schon jetzt zeigt es sich in aller Deutlichkeit, daß Israel unter keinen Umständen daran denkt, seine Besatzungstruppen aus dem Nachbarstaat einfach wieder abzuziehen.

Zuerst müßten die syrischen Truppen abziehen, dann die israelischen, so hieß es zunächst. Was so einfach als Machtfrage gestellt wird, ist nebenbei auch noch ein eklatanter Bruch geltenden Rechts: Denn während Israels Soldaten das Land überfielen, befinden sich die syrischen Truppen zumindest formal rechtmäßig dort: gemäß einem Beschluß der Arabischen Liga, deren Mitglied der Libanon ist und dessen Regierung vorher zustimmte. Das soll nicht eine Stellungnahme für die syrische Politik sein, sondern soll nur zeigen, wie erpresserisch sich Begins Armeen über internationale Konventionen einmal mehr hinwegsetzen. Jetzt aber hat man noch etwas gefunden: PLO-Kämpfer im Norden und Osten des Landes. Die müßten zuallererst weg, heißt jetzt die neueste Forderung Begins.

Also: erst sollen noch mehr Palästinenser raus (vielleicht damit man in einer anderen Region des Libanon auch noch ein Massaker organisieren kann?), dann die syrischen Truppen,und dann kann man mal über einen teilweisen Abzug der Israelis reden. Über einen totalen Abzug wollen sie auch in Zukunft nicht mit sich reden lassen — mindestens 40 Kilometer weit über den jetzt schon von Major Haddad kontrollierten Streifen im Südlibanon hinaus soll eine sogenannte Sicherheitszone geschaffen werden, in der israelische Offiziere das Kommando haben wollen. Also mindestens soweit will man den Libanon auch öffentlich faktisch annektieren — vielleicht warten auch hier schon jüdische Siedler?

Und die USA, die schon mit Habibs Friedensplan den Weg zur Massakrierung der Palästinenser in Beirut öffneten, sie erklären sich auch diesmal wieder sehr schnell bereit, als „Vermittler" tätig zu werden. Was um so logischer ist, als man jetzt, 24 Jahre nachdem Millionenmassen von Menschen den Abzug der amerikanischen Überfalltruppe aus dem Libanon erkämpft hatten, wieder US-Soldaten in diesem Lande stationiert hat.

Eine internationale Truppe (mit anderen Worten die amerikanischen Soldaten) sollen den Abzug von Syrern und Israelis überwachen. So lautet dieser neueste durchsichtige amerikanische Vorschlag, mit dem man sich nur kurz nach der Landung eine Schlüsselposition auch in militärischer Hinsicht selbst gesichert hätte und die Möglichkeit,eigene Vorstellungen in die von Israel geplante Neuordnung einfließen zu lassen.

Die Forderung nach einem sofortigen Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon und zwar ohne jegliche Bedingung, bleibt der einzige Weg, wie diesem Staat der Weg zu einem Satellitendasein oder zu fortgesetzten Kriegshandlungen erspart bleiben kann.

### Appell Arafats

# „Setzt dieser Hölle ein Ende"

**Der Terror in Beirut rast — die Opfer sind die Palästinenser. Immer neue Truppenteile der „libanesischen Armee", die längst vor allem aus den Mördermilizen Gemayels besteht, durchkämmen die Stadt, morden, foltern und brennen.**

Der Appell Jasir Arafats an die arabischen Regierungen, wie er in einigen westeuropäischen Zeitungen widergegeben wurde, ist ein Ergebnis der Leiden dieser dritten palästinensischen Vertreibung, nach der aus dem eigenen Land und aus Jordanien im Jahre 1970.

Nach dem Abzug der bewaffneten PLO-Einheiten und dem von Israel inszenierten Amtsantritt der Gemayel-Sippe, wobei diese ihre privaten Mordbanden längst in die Führung der libanesischen Armee eingeschleust hat, sollten eigentlich die vom amerikanischen Unterhändler Habib ausgearbeiteten Garantien die Sicherheit der Palästinenser festigen. Davon aber ist nichts zu sehen.

Offensichtlich soll der maßlose Terror im Sinne Israels tatsächlich dazu führen, daß die Palästinenser, sei es aus Furcht oder Resignation, den Libanon verlassen. Die Palästinenser nicht nur aus Palästina selbst, sondern auch aus allen angrenzenden Staaten zu vertreiben, das war schon lange ein Plan, den die zionistischen Zentralen verfolgt haben. Nach dem Separatfrieden mit Ägypten und der Liquidierung der Palästinenser durch den reaktionären Haschemiten-König Hussein in Jordanien wäre mit einer Vertreibung aus dem Libanon „das meiste geschafft". Das aber kann nur zeigen, daß ein Nachgeben der Palästinenser ihr Ende bedeuten würde, daß sie mehr denn je ein Recht auf einen eigenen Staat haben müssen, den ihre PLO, der Zusammenschluß aller palästinensischen Organisationen und Gremien, bilden muß.

### Neues Gesetz in Polen

# Jaruzelski verbietet Gewerkschaften

**Der polnische Sejm hat am letzten Freitag das neue Gewerkschaftsgesetz, vom Militärdiktator Jaruzelski eingebracht, beraten und auch beschlossen. Mit diesem Akt hoffen die polnischen Militärs die Gewerkschaft Solidarność zu zerstören, sie endgültig als verbotene, verbrecherische Organisation darstellen zu können und vielleicht etwas an Boden zu gewinnen.**

Daß die polnischen Revisionisten nur in ihrer eigenen Propaganda eine Partei der Arbeiter sind (und in der der DKP), das gibt auch ein Mann wie Rakowski zu, der sich kürzlich über jeden freute, der wenigstens nicht gegen die Regierung sei.

Schon einmal hatte man versucht, der Bewegung der polnischen Arbeiter eine Grenze aufzuzwingen, als man die führende Rolle der Partei, die niemand mehr anerkannte, per Gericht einklagen wollte. Ein ähnlich politisch hilfloser selbstentlarvender Akt ist auch dieses neue Gesetz. Man hat es trotz dreiviertel Jahr Militärdiktatur nicht geschafft, die Solidarność zu zerschlagen, jetzt verbietet man sie. Der Trick, daß dabei auch die sogenannten Branchengewerkschaften verboten wurden, die nach dem Zerfall der alten staatseigenen Gewerkschaften — ein Zerfall per Fußabstimmung — als Auffangbekken geschaffen worden waren, zieht bei kaum welchen, weil zu durchsichtig und weil diese Gewerkschaften unwichtig blieben und die Partei auch nicht retten konnten, sondern das mußte das Militär tun.

Die Solidarność-Funktionäre haben erklärt, daß sie sich an dieses neue Gesetz nicht halten werden — und das ist in der Tat auch die einzig richtige Haltung dazu. Denn hier soll mit Zuckerbrot und Versprechungen — für die fernere Zukunft — und Peitsche die Arbeiterbewegung wieder unter die Herrschaft der neuen kapitalistischen Herren gezwungen werden. Ob die herrschenden Pseudokommunisten mit den nun geplanten Betriebsgewerkschaften viel Freude haben werden, das erweist sich in dieser Lage als sehr fraglich.

## Untersuchung des Terrafinanz-Skandals

# Das 150-Millionen-Geschäft der Neue-Heimat-Bosse

Hans Jochen Vogel, früherer Oberbürgermeister von München und heutiger SPD-Chef in Westberlin, führt gegenwärtig einen Rechtsstreit mit seinem Nachfolger als OB der bayerischen Landeshauptstadt, Erich Kiesl (CSU). Ursache des Streits: Der CSU-Mann hatte seinen Vorgänger beschuldigt, die Skandalfirma Terrafinanz beim Bau der Münchner Trabantenstadt Neu-Perlach ins Geschäft gebracht zu haben.

Diese Beschuldigung möchte Vogel nun gerichtlich verbieten lassen. Verständlicherweise kommt ihm ein Hochkochen der Terrafinanz-Affäre gerade jetzt höchst ungelegen, wo in der SPD Neubesetzungen der Führungspositionen anstehen und Vogel wieder einmal als Kanzlerkandidat im Gespräch ist. Nach den Ergebnissen jedoch, die eine von Kiesl angeordnete Untersuchung der Affäre bislang zutage gefördert hat, sieht die Sache für Vogel nicht sehr rosig aus.

Im September 1961 war die Terrafinanz in München gegründet worden; die Namen ihrer Gesellschafter waren nahezu identisch mit der damaligen Spitze des Gewerkschaftskonzerns Neue Heimat: Heinrich Plett, der damalige Boß des Unternehmens, war ebenso dabei wie sei späterer Nachfolger Vietor oder Ludwig Geigenberger, der Chef der NH Bayern. Die Herren vom DGB-Konzern hielten sich allerdings diskret im Hintergrund; nach außen wurde die Terrafinanz durch den berühmt-berüchtigten Strohmann Wölbern, einen Bankier aus Hamburg, vertreten.

Nur wenige Monate nach ihrer Gründung kam die neue Firma schon ganz groß ins Geschäft. Es ging dabei um Erschließung, Planung und Bau der Trabantensiedlung Neu-Perlach, des größten Städtebauprojekts in der deutschen Geschichte. Eine Besonderheit bei diesem Projekt war die Tatsache, daß der Boden, auf dem Wohnungen für 80000 Menschen entstehen sollten, nicht der Stadt gehörte, sondern zumeist im Besitz von Bauern war.

Das Land für die Siedlung mußte also zunächst einmal zusammengekauft werden. Und damit beauftragte man ausgerechnet eine gerade erst gegründete kleine Firma mit einem Eigenkapital von lumpigen 60000 Mark — eben die Terrafinanz. Ein äußerst merkwürdiger Vorgang. Oberbürgermeister Kiesl behauptet nun, es sei Vogel persönlich gewesen, der die Strohfirma der NH-Bosse ins Gespräch gebracht hätte. So stützt es sich allein auf ein Protokoll über eine Dienstbesprechung des damaligen OBs Vogel mit seinen Referenten vom 21.2.1962. Nach einem anderen Protokoll derselben Besprechung allerdings soll es der Stadtrat Fischer vom Tiefbaureferat gewesen sein, der dafür sorgte, daß die Terrafinanz beim Neu-Perlach-Projekt mit von der Partie war.

Wie dem auch sei — der von Kiesl in Auftrag gegebene Prüfungsbericht hat in der Tat haarsträubende Dinge zutage gefördert und die Münchner Stadtverwaltung insgesamt schwer belastet. So wurde etwa der Stadtrat, der über Fragen der Baulandbeschaffung zu entscheiden hat, beim Projekt Neu-Perlach vollständig ausgeschaltet. "Ohne erkennbar zwingenden Grund", wie die Prüfer feststellten, betraute die Stadtverwaltung die Terrafinanz und später auch die Neue Heimat mit dem Grundstückskauf für die Trabantensiedlung. Und schließlich wurde den beiden Aufkäufern in einem Anfang 1963 abgeschlossenen „Maßnahmeträger-Vertrag" auch noch gestattet, die erworbenen Grundstücke zum Verkehrswert an andere Bauträger weiterzuverkaufen.

Was dieser Vertrag für die NH-Bosse bedeutete, kann man an den folgenden Zahlen ermessen: Als die Plett, Vietor und Co. daran gingen, von den Bauern in Perlach die Grundstücke aufzukaufen, wußte außer ihnen und den Spitzenbeamten in der Stadtverwaltung noch niemand etwas von der geplanten Großsiedlung; entsprechend niedrig waren denn auch die Grundstückspreise — sie lagen um zehn bis zwanzig Mark pro Quadratmeter. Wenige Jahre später aber lagen die entsprechenden Preise schon bei 100 Mark; heute werden Spitzenpreise bis zu tausend Mark gezahlt.

So konnten die NH-Bosse Riesengewinne aus ihrer Grundstücksspekulation ziehen. Nach den neuesten Erkenntnissen lag der Gewinn für die Neue Heimat bei 119 Millionen, für die Terrafinanz bei 29 Millionen Mark — wobei man bedenken muß, daß diese 29 Millionen, abzüglich geringer Kosten, auf die Privatkonten der Plett, Vietor und Co. flossen. Diese Riesenbeträge, die bei der Spekulation abgezweigt wurden, mußte die Sadt dann später bei der Förderung der Sozialwohnungen in Neu-Perlach wieder ausgleichen — bezahlt haben also letzten Endes die werktätigen Steuerzahler.

Als im Mai dieses Jahres der Terrafinanz-Skandal an die Öffentlichkeit kam, stellten sich die dafür verantwortlichen Figuren in der Münchner Stadtverwaltung dumm und behaupteten, sie hätten die wahren Dimensionen dieses Skandals nicht überschauen können. In der vergangenen Woche aber veröffentlichte die „Süddeutsche Zeitung" Teile aus einem Brief, den der frühere Münchner Stadtrat Ludwig Schmid, damals Verwaltungsbeirat für städtischen Grundstücksverkehr, am 30. Juli 1962 an das Kommunalreferat der Stadt geschrieben hatte. Darin wies Schmid auf die Verfilzung der Terrafinanz mit der Neuen Heimat hin; er fragte, warum zum Kauf der Grundstücke in Neu-Perlach nicht städtische Wohnbaugesellschaften herangezogen worden wären; er kritisierte die Ausschaltung des Stadtrats in dieser Angelegenheit und wies darauf hin, daß in Sachen Grundstückskauf ein Beschluß des Kommunalausschusses wie auch der Vollversammlung des Stadtrats erforderlich sei.

Zumindest im Kommunalausschuß sollten Schmids Brief und die darin enthaltenen massiven Vorwürfe damals behandelt werden — so stand es jedenfalls als Punkt 15 auf der Tagesordnung für den 30.10.62. Als dann aber die Sitzung des Kommunalausschusses an diesem Tag begann, war Punkt 15 von der Tageordnung gestrichen worden.

Für OB Kiesl und seine CSU ist der Terrafinanz-Skandal natürlich gerade jetzt willkommene Wahlkampfmunition — zumal er ja auch prächtig dazu geeignet ist, von den vielfältigen Skandalen des F.J. Strauß und seiner Spezies abzulenken. Vogel und seine Spitzenbeamten, Vietor und die übrige geldgierige Neue-Heimat-Mafia haben so der äußersten Reaktion wieder einmal einen Vorwand für deren Hetze gegen den „korrupten Sozialismus" oder den „Gewerkschaftsstaat" frei Haus geliefert.



Grundsteinlegung in Neu-Perlach.



Neu-Perlach heute.



Atombombenopfer in Hiroshima.

## Kirchenbroschüre zur Katastrophenmedizin:

# „Wer bedeutsam ist, muß bevorzugt behandelt werden"

Vor Gott sind alle Menschen gleich. So wird es jedenfalls den Kindern im Religionsunterricht eingetrichtert. Für die Kirche dagegen gibt es Menschen, die „gleicher" sind als andere.

Das brachte kürzlich wieder eine Broschüre des Bischöflichen Ordinariats in Mainz zum Ausdruck, die sich mit einem brennend aktuellen Thema beschäftigt — der Katastrophenmedizin. Der Moraltheologe Professor Scholz beantwortet in einem Aufsatz unter dem Titel „Das doppelte Gesicht der Euthanasie" die „bedrängende Frage", in welcher Reihenfolge ein Arzt im Katastrophenfall den Schwerverletzten helfen soll.

Die gleiche Frage ist ja in der letzten Zeit auch von ganz anderer Seite aufgeworfen worden, nämlich vom Bonner Staat im Rahmen der Vorbereitung für ein sogenanntes Gesundheitssicherstellungsgesetz. Dabei geht es unter anderem darum, wie sich Ärzte im Fall eines Atomkriegs gegenüber der dann zu erwartenden Zahl von Schwerverletzten verhalten sollen. Die Antwort der Bonner Planer darauf ist deutlich: Die Ärzte haben eine Selektion vorzunehmen, das Leben derjenigen zu retten, deren „Kampfkraft" beispielsweise noch zu gebrauchen ist — der Rest der Verletzten kann dann ohne medizinische Hilfe verrecken.

Der Moraltheologe Scholz und seine Auftraggeber haben nun offenbar messerscharf erkannt, daß eine solche Form der Vernichtungsmedizin für einen gut katholischen Arzt durchaus Probleme aufwerfen kann. Geistliche Hilfestellung ist also notwendig. Und der Professor beantwortet die „bedrängende Frage" so: „Dabei dürfen Verletzte, deren Leben für das gesellschaftliche Wohl besonders bedeutsam ist, bevorzugt behandelt werden." Wie man sieht, deckt sich die Haltung der Kirche auch hier mit den Atomkriegsplänen der Herrschenden. Den Ärzten sollen schon von vornherein die Skrupel genommen werden. Wenn sie einmal den Befehl bekommen, „kampffähige Soldaten, Offiziere, staatliche Funktionsträger oder andere „für das gesellschaftliche Wohl bedeutsame" Menschen bevorzugt zu behandeln, dann sollen sie wissen, daß ein solcher Befehl moraltheologisch völlig in Ordnung ist.

Auf eine Anfrage der „Frankfurter Rundschau" hat Scholz zwar abschwächend gesagt, er habe bei seinem Aufsatz einen Atomkrieg „nicht besonders" im Auge gehabt, sondern eher an Bombenangriffe wie im zweiten Weltkrieg gedacht — was ja von der Sache her auf das gleiche hinausläuft. Aber immerhin bestätigte er, daß es der Zweck seiner Ausführungen gewesen sei, in einer Situation von „apokalyptischen Dimensionen" für den Arzt eine Richtung anzugeben. Der Professor bekräftigte gegenüber der FR auch noch einmal seine Ansichten. Der Mensch sei gehalten, so Scholz, vernunftgemäß zu handeln. Und da sei es doch „unvernünftig", demjenigen zuerst zu helfen, dem eine besondere Aufgabe zufalle.

Darüber hinaus kündigte er an, daß sein noch recht allgemeines theologisches Urteil durch „Fallstudien medizinischer Art" noch „ausspezialisiert" würde. Er will offenbar den Ärzten noch einen Katalog von Fallstudien an die Hand geben, in dem sie dann im konkreten Fall nachschlagen können, wen sie zu selektieren und wen sie als „bedeutsam" zu retten haben. Also etwa so: Rentner — absolut unbedeutend, zu nichts mehr zu gebrauchen, Behandlung gar nicht erst aufnehmen. Oder so: katholischer Bischof — besonders bedeutsam, wird dringend zur Stärkung des Kampfwillens der Truppe gebraucht, unter allen Umständen retten.

# Triumphzug ohne Krüppel

Zu einem richtigen Sieg gehört auch eine richtige Militärparade. Margaret Thatcher und die Royal Navy haben es unten im Südatlantik den Argies so richtig gezeigt; und am 12. Oktober ging nun der fällige Triumphzug in London über die Bühne. Man mußte ja schließlich auch etwas dazu tun, um die mittlerweile schon wieder abgeschlafften „patriotischen" Gefühle im Volk erneut aufzupäppeln.

Gerade darum aber mußten für die Siegesparade auch einige kleine Einschränkungen vorgenommen werden. Diejenigen Falkland-Soldaten nämlich, die sich im „Dienst des Vaterlandes" von den Argies haben zu Krüppeln schießen lassen, wurden vom Triumphzug ausgeschlossen. Und das ist schließlich nur verständlich. Man stelle sich nur vor: Eine Parade mit Arm- oder Beinamputierten — wie sollte da patriotische Stimmung aufkommen?

Nachdem sich die britische Massenpresse für all die vom Triumph ausgeschlossenen Krüppel eingesetzt hatte, wurden diese Bedauernswerten doch noch vom Dank des Vaterlandes ereilt. Nach der Parade, unter Ausschluß der Öffentlichkeit hat man ihnen eine nette, kleine Feier bei Kaffee und Kuchen arrangiert.

## *Radikalauer*

**Von Winfried Thomsen**

Die FDP ist so nichtssagend geworden. Sie hat wohl Schweigegeld bekommen.

•

Nach einer Wende kommt Ihnen auf der rechten Fahrbahn eine FDP entgegen. Bitte halten Sie an und warten, bis dieser normale demokratische Vorgang vorbei ist.

•

Die ehemaligen Sozialliberalen sind stolz auf das Erreichte: Sie befreiten zwei Millionen Menschen von der Arbeit.

•

Helmut Kohl hat den Kanzlerhut. Jetzt fehlt ihm nur noch der Kopf.

•

Friedrich Zimmermann ist die Spitzel-Besetzung für das Innenministerium.

•

Die SPD bietet den Grünen die Entwicklung alternativer Atomkraftwerke an: da werden die Kerne noch von Hand gespalten.



## *„Total unfähig"*

„Und ich sage auch jetzt hier eines verbindlich: a) ich will nicht und werde nie Kanzler werden, b) ich halte Herrn Kohl, den ich trotz meines Wissens um seine Unzulänglichkeit um des Friedens willen als Kanzlerkandidat unterstützt habe, wird nie Kanzler werden. Er ist total unfähig, ihm fehlen die charakterlichen, die geistigen und die politischen Voraussetzungen. Ihm fehlt alles dafür. (...) Und glauben Sie mir eines, der Helmut Kohl wird nie Kanzler werden, der wird mit 90 Jahren die Memoiren schreiben: ‚Ich war 40 Jahre Kanzlerkandidat, Lehren und Erfahrungen aus einer bitteren Epoche.' Vielleicht ist das letzte Kapitel in Sibirien geschrieben oder wo."

*F.J. Strauß vor Parteifreunden, November 1976 in der Zentrale des „Wienerwald"-Konzerns.*

## *Diäten rauf*

Es vergeht gegenwärtig kaum ein Tag, an dem nicht einer der neuen Bonner Minister im Fernsehen dezent darauf hinweist, daß sich das Kabinett Kohl eine Kürzung der Gehälter um fünf Prozent verordnet hat. (Wie groß das „Opfer" ist, das da gebracht wird, zeigt ein Blick auf die Bonner Gehaltslisten: Kohl bezieht 19000 Mark im Monat, ein Minister seines Kabinetts immerhin noch 16000 Mark.)

Draußen im Land allerdings hält man offenbar nichts von solchen werbewirksamen „Opfern". Die Abgeordneten im Kieler Landtag beispielsweise, die (ohne Reisekosten, Sitzungsgelder und Übernachtungspauschale) auch „nur" 5100 Mark pro Monat an Diäten beziehen, werden im nächsten Jahr wieder kräftig zulangen.

Während Blüm in Bonn die Parole vom halbjährigen Lohnstopp ausgibt, machen in Kiel die „Volksvertreter" alles klar für eine Aufstockung der Diäten um — 13,3 Prozent.

# „Auf die Formierung der Reaktion mit der Formierung der antifaschistischen Kräfte antworten"

**Aus Anlaß des Regierungswechsels in Bonn, der eine breite Front des Widerstandes gegen die beabsichtigte Politik der neuen Regierung erfordert, sprach ein Redakteur des „Roten Morgen" mit den Vorstandsmitgliedern der *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg — Harry Dubinsky und Ulrich Leicht.**

**Roter Morgen: Regierungswechsel in Bonn. CDU und CSU, gegen deren Machtantritt sich vor zwei Jahren die Wähler ausdrücklich ausgesprochen hatten, bilden zusammen mit der FDP die neue Regierung. Wie beurteilt ihr die entstandene Situation, was steckt eurer Ansicht nach hinter den Vorgängen in Bonn?**

**Harry:** Ich glaube, daß dieser Wechsel von langer Hand vorbereitet wurde. Was damals bei der Kandidatur von Strauß 1980 nicht klappte, weil die Wähler nicht mitspielten und Strauß stoppten — dazu trug auch die Stoppt-Strauß-Bewegung bei, die damals kräftig auch von uns unterstützt wurde, die eben verhinderten, daß die Reaktion in der Form, die schwarze Reaktion damals an die Macht kam — das geschieht heute auf mehr oder weniger kaltem Wege, durch die Hintertür, indem man eben einen Mißtrauensantrag stellte, der vorher schon abgesprochen wurde in den Kreisen, die den Wechsel vollziehen wollten. Wenn man die Presse in der letzten Zeit verfolgt hat, konnte man bemerken, daß die Unternehmergruppen, die Herren der Industrie usw. immer offener forderten, einen Wechsel, einen anderen Kurs in Bonn durchzuführen. Die FDP, besonders der Graf Lambsdorff mit seinem Papier drückte diese klaren Forderungen ja aus.

**Uli:** In diesem Papier steht schwarz auf weiß, was die Unternehmer, was die Geld- und Machtelite in diesem Lande an Maßnahmen zur Bewältigung der Krise, durchgesetzt haben will, hier geht es wirklich ans Eingemachte —, Kappung der Lohnfortzahlung, weniger Arbeitslosengeld und andere scharfe Eingriffe das ganze soziale Versicherungssystem, und das sind Forderungen, die natürlich mit der SPD an der Regierung nicht mehr so durchzusetzen waren, denn die SPD hat ja gerade in den Bevölkerungskreisen ihre Anhängerschaft, die im wesentlichen von diesen Sachen betroffen werden, und in den Gewerkschaften. Deswegen kann man und muß man richtiger Weise sagen, daß hier die Kräfte aus den Chefetagen der Industrie und der Banken auch auf den Sturz dieser SPD-Regierung hingearbeitet, sie abserviert haben, um mit anderen politischen Kräften, den Unionsparteien und rechten Liberalen die Wende auch herbeizuführen.

**Harry:** Gerade wenn man auf die Umstände schaut, ist es sicher wichtig zu sehen, daß eben auch gegen den Willen von Wählern das reaktionäre Lager diese seine Ziele durchsetzt. Der Wählerwille war anders, die Wahlversprechen von Lambsdorff und Genscher, hier wird der Wähler in der Tat betrogen, um so eine Politik zu machen; die Hessenwahl hat's noch mal deutlich gemacht: der Wähler ist mit diesem kalten Machtwechsel nicht einverstanden, und das zeigt, daß diese Herren der Reaktion bereit sind, heute gegen den Wählerwillen, morgen vielleicht unter Umgehung der Spielregeln des Parlamentarismus ihre Interessen durchzusetzen, wie damals am Ende der Weimarer Republik. Dies ist in kurzen Worten das Ergebnis der Beratungen unserer Vorstandssitzung, zu der wir uns angesichts der aktuellen Ereignisse getroffen haben. Dazu haben wir auch eine Erklärung des Zentralen Vorstandes herausgegeben.

**RM: „Stoppt Strauß" hieß es auf den Wahlplakaten der *Volksfront* vor zwei Jahren, und „Verhindert ein neues '33". Wie seht ihr die Bedeutung dieser Losung heute?**

**Uli:** Wir haben damals mit vielen anderen zusammen mit der Losung „Stoppt Strauß" gekämpft, weil die Anwartschaft von Strauß auf die Macht in Bonn ein deutliches Signal war, daß die reaktionärsten Kreise in diesem Lande, in der Wirtschaft, in der Politik und in anderen Bereichen angetreten waren mit einer schärferen Gangart in der Innen- und Außenpolitik, für die ja Strauß wie kein anderer in diesem Lande zu Recht steht und auch beurteilt wird, deutlich gemacht, in welchem Sinne die reaktionären Kreise die 80er Krisenjahre bewältigen wollen.

In der Weimarer Republik die Weltwirtschaftskrise, die ja auch hier in Deutschland damals in den Millionen Arbeitslosen und in anderen Dingen deutlich wurde, das war ja auch damals der Hintergrund, auf dem es schließlich zur Errichtung einer faschistischen Herrschaft in Deutschland kam, und deswegen war es richtig, wenn man das im Auge hat, welches eigentlich die Hintergründe und Ursachen damals waren, daß man davor heute warnen muß und daß man vor zwei Jahren die Strauß-Kandidatur als eine Kampfansage an die Werktätigen, als ein Signal, daß die politische Entwicklung sehr leicht in diese Richtung gehen kann, beantwortet hat.

Strauß kam nicht durch, aber die Entwicklung ist weitergegangen, die Krise hat sich verschärft, und, wie jetzt unserer Meinung nach deutlich wird, in diesem Aufstellen einer neuen rechteren Koalition zeigt sich, daß diese Wende jetzt auf anderem Wege gestellt werden soll, daß eine Krisenbewältigungspolitik hier eingeschlagen wird, die bedeutet: nach innen noch schärfere Ausplünderung —, nach außen schärfere Konfrontationskurs, Kampf um wichtige Märkte, Rohstoffe usw., wenn nötig, auch mit einer „Reagan-Politik", wie wir die miterleben in den USA. Das heißt also, daß mit diesem Wechsel jetzt in Bonn, mit dieser sogenannten neuen rechten Mehrheit, durchaus neue Weichenstellungen in die Richtung gehen, vor der wir damals gewarnt haben. Der Faschismus steht nicht vor der Tür, aber die Weg dorthin sind für alle Fälle geebnet. Und diese Gefahr muß man sehen und ihr entgegentreten.

Diese Gefahr besteht, weil sich die wirtschaftliche und politische Krise weltweit und in diesem Lande noch zuspitzen wird und mit einer solchen Entwicklung hin zu einem neuen '33 zu rechnen ist. Und es ist in der Tat so, wenn man sich die neue Mannschaft in Bonn anschaut, daß dort wichtige politische Vertreter der Richtung Strauß, wirklich reaktionärste Politiker in wichtigen Positionen sitzen.

Sinnbildlich für einen scharfen Kurs nach innen, von Entrechtung, weiterem Abbau der Demokratie in diesem Lande steht der neue Innenminister Zimmermann mit seiner Mannschaft, zu der auch andere CSU-Politiker wie Spranger usw. gehören, die sich in der Vergangenheit besonders als Scharfmacher gegen Widerstandsbewegungen profiliert haben, die schon immer Gesetzesverschärfungen in Sachen Demonstrationsrecht gefordert haben, die wie ihre Freunde in den Ländern, Tandler oder Lummer, unbedingt die Polizei weiter aufrüsten wollen, die jetzt Chefs der Geheimdienste sind, und es gibt doch viele Beispiele, wie die mit dem Verfassungsschutz umspringen, wie die den handhaben wollen, und wir wissen auch, wie gerade ihre politischen Freunde in Bayern beispielsweise den Nazi-Umtrieben praktisch durch ihre Politik der Leugnung bis hin zur Zusammenarbeit mit Nazis und rechtsextremen Kreisen auch immer wieder neuen Auftrieb geben. Das alles sind wichtige Signale, wo man vorgehen muß. Oder wenn man sich anguckt, daß der neue Verteidigungsminister Wörner gleich bei seiner Amtsübernahme das praktiziert, was er wieder einführen will, nämlich das ja zu Recht von weiten Teilen der Bevölkerung und der Friedensbewegung abgelehnte öffentliche Rekrutengelöbnis, auch in Fabriken usw., genau das, hat er gleich als erstes wieder gesagt, wird eingeführt. Wir wissen von Wörner, und er hat es auch schon offen ausgesprochen, daß er ein Befürworter der harten Politik und der Stärke der NATO ist, daß er offen eintritt dafür, das Operationsfeld der NATO auszuweiten, und er steht hier also mit Sicherheit für einen Kurs der weiteren Aufrüstung, der Militarisierung, der Förderung des Soldatentums in diesem Lande. Das sind an den Personen schon festzumachende Gefahren, die hier auf uns zukommen.

Auch wenn wir heute noch keine Regierungserklärung oder so etwas vorliegen haben — zum Beispiel, was wir ja gerade als eine sehr gefährliche Entwicklung hier im Lande ansehen, die wachsende Ausländerfeindlichkeit, die auch durch ausländerfeindliche Maßnahmen seitens der offiziellen Politik gefördert würde, da sind also ganz neue Dimensionen zu erwarten. Im Klartext hat Kohl verkündet in seiner ersten Pressekonferenz — erstmal hat er das „Ausländerproblem", wie es auch die Faschisten tun, zum „Türkenproblem" gemacht — wir haben zuviel Türken in diesem Lande, was nichts anderes heißt, als daß doch jetzt offensichtlich die faschistische Kampagne „Ausländerstopp", „Ausländer raus" zur offiziellen Regierungspolitik wird, und das sind handfeste Signale, die hier einen ganz gefährlichen Kurs erwarten lassen.

Das sind einige Repräsentanten; die ganze Mannschaft, die dran ist, das sind Leute, die tätig sind im Wirtschaftsrat der CDU, Leute wie Stoltenberg oder Riesenhuber, die wichtige Funktionen in der Industrie, in Großunternehmen hatten und haben.

Um auf die konkrete Frage der Bedeutung der Losung einzugehen, „Verhindert ein neues '33", können wir heute in dem Sine sie verstehen, daß der Kampf gegen diesen neuen Vorstoß der Reaktion, der deutlich wird in dieser rechteren Koalition, sehr entschieden geführt werden muß, weil ja eine weitergehende Weichenstellung wie bisher dahin erfolgt ist, wenn nötig, auch mit dem Mittel eines neuen '33 oder so hier die Krise zu meistern.

**RM: Die Idee einer breiten Front des Volkes gegen den Kurs der „einschneidenden Wende" auch in Hinsicht auf das politische Klima, die Rechte und Freiheiten der Werktätigen und der fortschrittlichen Bewegungen, hat neue Aktualität gewonnen, und sicher auch neue Sympathien. Wie seht ihr in der gegenwärtigen Lage die Rolle, die grundsätzliche Aufgabe der *Volksfront*, so wie sie heute existiert?**

**Uli:** Nicht nur die Idee einer solchen breiten Front, die weitere Stärkung so einer Front ist aktuell. Wir hatten, denke ich, damals recht, daß wir uns rangemacht haben angesichts der Strauß-Kandidatur die *Volksfront* aufzubauen, sie zu schaffen, daß wir den Wahlkampf genutzt haben, die Idee und die Politik, daß man eine antifaschistische Front machen muß, tatsächlich zu verankern und bekanntzumachen. Die Entwicklung, denke ich, hat uns recht gegeben. Und wir müssen heute, angesichts der politischen Vorgänge, der Gefahren, die damit verbunden sind, deutlich machen: Demokraten aller Couleur müssen sich zu einer antifaschistischen Front zusammenschließen, die antifaschistische Mobilisierung verstärken.

Daran fehlt es mit Sicherheit. Wir haben eine starke Friedensbewegung, haben da einen Zusammenschluß von Kräften, wie man sie vielleicht so an vielen anderen Kampffronten noch nicht gesehen hat, aber mit Sicherheit fehlt es noch daran, auf so eine Formierung der Reaktion, wie wir sie jetzt erleben, auch mit einer Formierung der antifaschistischen Kräfte zu antworten. Da ist viel zu tun. Da kommen auch auf uns wichtige Aufgaben zu. Wir denken, es ist jetzt nochmal Sache der *Volksfront*, so, wie wir besondere Anstrengungen unternommen haben angesichts der Strauß-Kandidatur und zur Bundestagswahl, daß wir jetzt auch besondere Anstrengungen unternehmen, indem wir in der Öffentlichkeit mithelfen, bewußtzumachen, was da eigentlich geschieht, welcher gefährliche politische Vorstoß hier vorbereitet wird, und auch über unsere Reihen hinaus mit anderen Kräften, mit Liberalen, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Christen jetzt diese Front weiter zu stärken und aufzubauen.

**Harry:** Das halte ich für ganz dringend, mit anderen Kräften, Kontakte aufnehmen, mit ihnen über die Gefahr, die auf uns zukommt, sprechen, ihnen unsere Politik verständlich zu machen. Wir müssen davon wegkommen, irgendwelche Schwierigkeiten immer in den Vordergrund zu stellen. Man muß versuchen, sie im sachlichen Gespräch über die Gefahr eines neuen Faschismus, der ohne weiteres möglich ist, im Vorfeld schon zu bereinigen und zu versuchen, dagegen eine Front aufzubauen.

Die Kräfte, an die wir uns wenden, das sind die, mit denen wir zum Teil vor Ort schon zusammenarbeiten, mit denen wir auch in Initiativen gegen die Kriegsgefahr, gegen die Nachrüstung, in Initiativen gegen die Ausländerfeindlichkeit und gegen andere reaktionäre Maßnahmen kämpfen, daß wir die auch aufrufen, daß wir zusammenstehen, um den Versuch der Reaktion, hier wichtiges Terrain zu erobern und weiter voranzumarschieren, entgegentreten.

Auch gerade in den Gewerkschaften. Auch in sozialdemokratischen Kreisen. Wir haben immer gesagt, daß überhaupt die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften eine wichtige Aufgabe haben, um so eine reaktionäre Entwicklung abzuwehren. Bei den Kräften, die wir ansprechen, darf es praktisch kein Tabu geben; sagen wir mal ganz grob: Alle Kräfte links von diesen Unionsparteien, in denen sich im Grunde die Reaktion repräsentiert und zu Recht repräsentiert fühlt, mobil machen. Also es geht darum, daß wir gemeinsam diesen Vorstoß der Reaktion, der heute im wesentlichen über die Unionskräfte läuft, bekämpfen, daß wir uns dazu zusammentun.

**RM: Welche aktuellen Schritte habt ihr vom *Volksfront*-Vorstand nach dem Regierungswechsel unternommen, was steht jetzt an?**

**Harry:** Als erstes werden wir ein Flugblatt herausgeben über die Hauptgründe des Regierungswechsels, und in dem wir eben auch anhand der Personen in der neuen Regierung enthüllen wollen, was für ein Kurs hier zu erwarten ist. Wir regen für die gesamte *Volksfront* an, daß sie Versammlungen und Stammtische durchführt, wo über den Regierungswechsel gesprochen wird und über die Aufgaben, die jetzt für uns und die demokratisch-antifaschistische Bewegung anstehen und daß sie eben auch den Kontakt, von dem wir eben sprachen, zu anderen Kräften aufnehmen sollte, und mit ihnen gemeinsam beraten und klären, wie wir noch kraftvoller gegen den Kurs dieser erzreaktionären Koalition in Bonn vorgehen können. Das heißt, wir werden auch noch mit anderen Publikationen usw. eingreifen.

**RM: Was sagt die *Volksfront* zur Frage der Neuwahlen? Die KPD hat ein breites linkes Bündnis vorgeschlagen...**

**Uli:** Wenn wir sagen, und das meinen wir ja ernst, daß wir wirklich in breiter Front alle Demokraten, Kriegsgegner, Antifaschisten zusammenschließen müssen, da wäre ein Wahlbündnis natürlich sehr zu begrüßen, das ist keine Frage. So ein Wahlbündnis, das mobil macht gegen die Reaktion, gegen die neue Regierung, hätte unsere volle Sympathie.

Das Wichtigste wird aber sein, das zeigt ja auch gerade die Erfahrung der vergangenen zwei Jahre, wir haben das damals gesagt: Strauß stoppen heißt nicht Schmidt wählen, daß man das mit den Wahlstimmen eben nicht schafft. Was not tut, ist eben, daß die Arbeiter, die Gewerkschaften — so, wie jetzt am 23., das müssen machtvolle Aktionen, ein machtvoller Auftakt werden gegen den neuen Rechtskurs — daß in Aktionen, Demonstrationen, mit Streiks, mit Abwehrkämpfen gegen die Pläne, die da jetzt auf uns zukommen, reagieren, das wird das Entscheidende sein, und da schließt man auch konkret die Kampffront.

**RM: Die *Volksfront* hat für Januar zu einem Kongreß gegen Reaktion und Faschismus aufgerufen. Könnt ihr kurz erläutern, welche Aufgabe dieser Kongreß haben soll, welche Erwartungen ihr damit verbindet? Welche Reaktionen gibt es bisher auf den Aufruf zum Kongreß?**

**Harry:** Der Kongreß, zu dem die *Volksfront* die Initiative ergriffen hat, war schon vor dem Wechsel in Bonn geplant. Wir haben in dem Aufruf, den wir dazu verabschiedet haben, gerade auch versucht, klarzumachen, daß diese Wende ansteht, und deswegen fanden wir es auch angesichts des 50. Jahrestages der Machtergreifung des Faschismus in Deutschland so wichtig, solch einen Kongreß durchzuführen. Er steht eigentlich genau in der Linie der Aufgaben, die wir eben für die *Volksfront* benannt haben, daß wir dort zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften im Friedenskampf, im antifaschistischen Kampf, im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit zusammenkommen. Dieser Kongreß soll ein Forum sein, wo wir uns auch gemeinsam — aus den Lehren der Geschichte, auf dem Hintergrund der aktuellen Situation — klar darüber werden, um welche wichtigen politischen Forderungen wir uns im antifaschistischen und Friedenskampf heute zusammenschließen müssen, wie die Gefahren und die Hintergründe dieser Gefahren einzuschätzen sind. Es sollen die Fragen: Kampf der Ausländerfeindlichkeit, Verbot der faschistischen „Organisationen, Verhinderung der Stationierung der neuen Raketen beraten, und ein Stück mehr Einheit für den Kampf erreicht werden.

Wir werden alles daran setzen, daß dieser Kongreß eine breite Wirkung haben wird, daß nicht nur unsere Meinung als *Volksfront*, sondern allgemein deutlich wird, daß man sich im gemeinsamen Gespräch durchringt zum gemeinsamen Handeln aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Wir haben erste Reaktionen, Begrüßungen wie von einigen Persönlichkeiten wie Heinrich Schirmbeck oder Peter O. Chotjewitz.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

# KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 41, 15 Eikm 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

# DGB yürüyüşlerini güçlü kılmak için ileri!

**Ekim ayı sonunda ve kasım ayı başında Alman Sendikalar Birliği DGB Federal Almanya çapında eylemler düzenliyor. Başlangıçta Schmidt/Genscher Hükümeti'nin tasarruf ve sosyal hakları biçme politikasına karşı yapılmak istenen bu eylemler şimdi büyük sermayenin arzu ettiği hükümeti başa getirmesiyle birlikte çok daha da zorunlu ve kaçınılmaz bir hal almıştır. Çünkü şimdiye değin Bonn'da alınan anti-sosyal önlemlerin kapsamı şimdi iki üç kat artırılmak isteniyor. Öyleyse bunu önlemek için mücadelenin başlangıcını oluşturacak DGB eylemlerini güçlü kılmalıyız.**

Yeni Federal Başbakan Kohl'un "taptaze güçler" olarak lanstettiği kabinesi ne yeni ne de tazedir. BASF tekeli Denetleme Kurulu üyesi Kohl'dan tut eski Krupp müdürü Stoltenberg'e, eski Siemens adamı Dollinger'e ve elektrik fabrikatörü Schwarz-Schilling'e ve tekel memuru Riesenhuber'e kadar olan bakanların hepsi ya CDU/-CSU'nun (Hiristiyan Demokrat Birliği/Hiristiyan Sosyal Birliği) '60'lı yıllardaki veya '70'li yılların başındaki tanınmış adamları ya da büyük işverenlerin yetiştirdiği yeni nesildir.

Ve bu hükümetin merkezinde, kilit mevzilerinde son Federal Parlamento seçimlerinde seçmenlerin oyunu vermediği takım, yani Strauss takımı bulunuyor. İçişleri Bakanı Zimmermann, Posta Bakanı Dollinger, İmar Bakanı Schneider; bunların hepsi 20 yılı aşkın bir süredir Bonn'da kendilerine yer etmiş gericilerdir. Sadece Bavyera'dan gelmediğinden CSU üyesi olmayan CDU'lu Savunma Bakanı Wörner ile birlikte Strauss ve takımı şu an en önemli bakanlıkları ellerinde bulundurmaktalar. Ancak bunu yeterli görmeyen Strauss ve şürekası Bavyera'da seçimlerin yapıldığı akşam kendilerinin yeni bakanlıklar istedikleri tehdini savurdular.

İşveren birlikleri buna sevinç çığlıkları atıyorlar. Çünkü onlar bu hükümeti satın aldıkları FDP Başkanı Genscher'le birlikte kurdular. Ancak onlar Kohl'un hükümet açıklamasında yer alan önlemlerinden daha fazla şeyler istiyorlar. Belçikalı meslektaşları gibi uzun zaman talep ettikleri sınıflar arası işbirliği siyasetinin son bulduğunu açıktan açığa ilan ediyorlar.

Bu da son 13 yıl içinde işçilerin çetin mücadeleleri sonunda vermek zorunda kaldıkları tüm hakların tekrardan geri alınmasından, her türlü sosyal hakkın tamamen biçilmesinden, kısacası mümkün olduğunca '50'li yıllara geriye dönüşten başka hiç bir anlam taşımamaktadır.

İşçiler, dargelirli memurlar, sıradan devlet memurları, emekliler, gençler, kadınlar, çocuklar ve yabancılar için bu, direnişin çok acilen gerekli olduğu demektir. Öte yandan sendika hareketi için ise bu kendisini gericiliğin oyuncağı durumuna koydurmayacağını, onun saldırılarına karşı sessiz kalmayacağını daha başında açıkca ortaya koyması anlamını taşır. CDU'nun sosyal hakları tamamen yok etme saldırısı durdurulmalı!

Bu anlamda DGB yürüyüşleri yerli ve yabancılardan oluşan işçilerin ve emekçilerin Bonn'a karşı direniş isteğinin ilanı ve mücadele birliğinin simgesi olmalıdırlar!

# Yok edilen işyerlerinin sayısı giderek artıyor

**Federal Almanya'da işsiz sayıları giderek artmaktadır. Artık Bonn'da sürekli işsizliğin önlenmesi için derhal adım atılacağı sözlerinin ne denli boş bir vaat olduğu her geçen gün daha da açığa çıkmaktadır. Son gelişmeler kapitalist ekonominin bir ürünü olan işsizliğin hiç bir işveren programıyla çözümlenemeyeceğini, sadece ve sadece işçi hareketinden öneriler ve taleplerle işsizliğin hafifletilebileceğini göstermektedir.**

Çünkü artık derinleşen kriz sadece tek tek işletmeleri değil, aynı şekilde tüm iş kollarını sarmıştır. Geçen yıla oranla tüm iş kollarında yoğun bir şekilde işyerleri yok edildi. Binlerce işçinin ve ailelerinin biricik geçim kaynakları ellerinden alındı. Çalışma Bakanlığı'nın ekim ayında yaptığı açıklama bunu berrak bir tarzda ortaya koymaktadır.

Buna göre yıl ortasına kadar inşaat dalında geçen yılın aynı dönemine göre 106 bin, Ticaret ve Sigorta dalında 45 bin ve maden ocaklarında ise yuvarlak 2000 işyerinin yok edildiği belirtilmektedir.

Uzun zamandan beri krizden etkilenen inşaat dalında yok edilen işyerlerinin sayılarında sürekli bir artış kaydedilirken, buna oranla şimdiye değin krizden hafif bir şekilde etkilenen diğer iş kollarında da görüldüğü gibi şu an aynı durum baş göstermeye başlamıştır. Ayrıca buna bir de kısa çalışma yapan işçilerin sayısını yarım milyonun üzerine çıkaran kimya ve otomobil sanayisindeki yeni önlemleri de sayacak olursak, böylece ekonomik krizin yaygın bir hal aldığını görürüz.

Bunun için sendika hareketi krizin yüklerinin bir bölümünün kapitalistlerin sırtına yıkılması demek olan tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftasının gerçekleştirilmesi uğruna mücadeleyi kızıştırmalıdır. Çünkü bu talebin gerçekleşmesiyle bir yandan işyerlerinin sayıları artarken, diğer yandan ise kapitalistler şimdiye değin 40 saatlik iş haftası için ödedikleri ücreti 35 saatlik iş haftası için de ödemek zorunda kalacaklardır.

(„Arbeitslosigkeit nimmt zu")

Büyük Ağabey sizi izliyor!

## Bonn'daki yeni durum.

**CSU Başkanı Strauss ve şürekası Kohl Hükümeti'nin kilit mevzilerinin başına geçmek istiyorlar. Bavyera seçimlerini kazanan Strauss ve takımı bu yöndeki taleplerini daha seçimin yapıldığı akşam yinelediler. Onlar Kohl kabinesinde aşırı sağda bir yer almakla kendilerini sınırlamak istemiyorlar ve temsilciliğini yaptıkları Siemens tekelinin arzu ettiği şekilde siyasi isteklerini gerçekleştirmeyi amaçlıyorlar.**

### FKÖ katliamı sert bir şekilde mahkum etti

# Roma katliamı siyonizme hizmet ediyor!

**Geçen hafta sonunda İtalya'nın başkenti Roma'da bir sinagogtan çıkan Yahudilerin üzerine el bombaları atıldı ve makinalı tüfeklerle ateş edildi. Bu saldırının sonucunda 1 çocuk öldü, bazıları ağır olan 30'u aşkın Yahudi yaralandı. Bombalı saldırının ardından hemen Filistin Halk Kurtuluş Örgütü (FKÖ) sorumlu tutulmaya çalışıldı.**

Girişilen bu vahşice saldırının ardından hemen tüm basın harekete geçerek katillerin Orta Doğu'dan geldiğini ileri sürdüler. Tabi ki Orta Doğu ile kast ettikleri ilk planda FKÖ idi. Ancak FKÖ bu terör eylemini hemen kararlı bir biçimde mahkum etti. FKÖ'nün izlediği politikayı tanıyan birisi için bu asla bir süpriz değildir. Çünkü vatanları için mücadele eden FKÖ içinde birleşmiş Filistinli halk yığınları bu taktiği çoktan terk etti ve mücadelelerine zararlı olarak değerlendirdiler.

Peki öyleyse bu katliam kime hizmet ediyor? İşte bu da katliamın tezgahlanmasının ardında yatan nedenlerin açığı çıkarılmasıyla açıklanabilir. Bunun için kitle katili Begin'in katliamın hemen ardından tüm sorumluluğunu FKÖ'ye ve onun önderi Yasir Arafat'a yüklenmeye çalıştığı siyonist propagandaya bakmak yeterlidir.

O halde bu katliamla ne amaçlanıyordu? Bilindiği gibi FKÖ Başkanı katliamdan kısa bir süre önce Roma'da Vatikan'la görüşmüştü. Yakın geçmişte Paris'te girişilen katliamda olduğu gibi bu da tam da Avrupa kamuoyunda İsrail siyonistlerinin başlattıkları savaşa karşı tepkilerinin giderek büyüdüğü bir ortamda yapıldı ve bununla Filistin halkının itibarı zedelenmek isteniyordu. Bunun için de katillerin Orta Doğu'dan geldikleri önsürüsü hiç bir şekilde katliamın gerçekten de FKÖ tarafından düzenlenmiş olabileceği sonucunu beraberinde getirmiyor.

Böylece İsrail Gizli İstihbarat örgütünün kendi adamalarını da öldürmüş olması gerçeğinden dolayı katillerin onların olabileceği ihtimali daha artıyor. Tabi ki satın alınmış Arap provakatörleri, hatta İtalyan terörist örgütleri de katliamı tezgahlayanlar arasında yer alabilirler. Katillerin kimler olabilecekleri üzerine bir dizi ihtimal var. Ancak bu katliamdan acı çekenler ve sonucunda etkilenler ise sadece katledilenler, FKÖ ve Filistinlilerdir.

### Solidarność'un feshedilmesi üzerine

# Polonya tersane işçileri greve gittiler

**Polonya Parlamentosu general Jaruzelski'nin talebi üzerine geçen hafta sonunda "Dayanışma Sendikası" feshetti. Bunun üzerine pazartesi günü Gdansk'taki Lenin tersanesi işçileri greve gittiler. Gdansk ve Szczecin şehirleri büyük olaylara sahne oldu. Bu şehirlerin dışarıyla olan tüm bağlantıları kesildi. Tersane işçilerinin büyük mitinginin bitiminden sonra polisle işçiler arasında çatışma çıktı.**

Geçen hafta sonunda Dayanışma Sendikası'nın Polonya generaller çetesinin emriyle feshedilmesinin ardından işçi sınıfı harekete geçti. Dayanışma Sendikası "Solidarnosc"un yönetimi 10 Kasım için ülke çapında dört saat süren bir protesto grevine çağrı yaptılar ve "Solidarnosc"un çalışmalarını sürdüreceğini vurguladılar. İşçileri sosyal-faşist Jaruzelski diktatörlüğünün yeniden kurmak istediği sözüm ona işyeri sendikalarını boykot etmeye çağırdılar.

Görüldüğü kadarıyla Polonya hakim sınıfları işçi düşmanı bu yeni girişimlerinde küçük bir hesap yaptılar. Onlar on aylık bir sıkıyönetiminden sonra hemen hemen hepsinin Dayanışma Sendikası'nın üyesi bulunduğu Polonya işçi sınıfının yılgınlığa kapıldığını sanarak sendikayı feshetme kararını işçilere kabul ettirebileceklerini hesaplamışlardı.

Ancak onlar bunda büyük bir yanılgıya düştüler. Çünkü bu örgütün kurulmasına yol açan nedenler dün olduğu gibi bugün de mevcut. İşte bunun içindir ki Polonya sendika hareketi varlığını sürdürüyor. Artık Polonya işçileri bu sahte komünistlerin boş sözlerini dinlemeyi ve onlar tarafından sömürülmeyi, açlık ve sefaletle kol kola yaşamı kabul etmiyor.

Bu nedenle batılı devletlerin hükümetlerinin baş vurdukları alçakca propaganda, örneğin Dayanışma Sendikası'nın fesh edilmesine ve siyasi grevlerin yasaklanmasına sözüm ona karşı çıkarak — ki siyasi grevler Federal Almanya'da da yasak — Polonya işçilerini destekler gibi görünmeleri, bizim, kendisi için, durumunun ve yaşam koşullarının düzeltilmesi için mücadele eden Polonya işçileri ile dayanışmaya girmemizin önünde hiç bir engel teşkil etmemelidir.

(„Polnische Werftarbeiter im Streik")




*Polonya işçileri yeniden direnişe geçtiler.*

## HAFTANIN YORUMU

*İşsizler ordusunun, açlık ve sefaletle başbaşa bırakılan yığınların sayısı her geçen gün kabarıyor. Federal Çalışma Dairesi'nin yeni yaptığı açıklamada Eylül ayında 1 820 030 işsizin olduğu belirtilmektedir. Ağustos ayında 1 797 100 işsiz bulunurken, eylül ayında yüzde 1 artış kaydedilmektedir. Federal Almanya'da şu an mevcut işsiz sayısı 1948 yılından bu yana ulaşılan en yüksek düzeyi teşkil etmektedir. Boş iş yerlerinde ise geçen yıla oranla 16500 azalma vardır. Kısa çalışma yapan firmaların sayısında yüzde 79'un üzerinde bir artış kaydedilmektedir. İşsizler ordusunun sayısının bu ay içinde daha da kabaracağı bugün açıkca ortadadır. Örneğin Bluhm ve Voss, Vulkan tersanesi, Arbed Saarstahl GmbH vs. toplam olarak 10 bine yakın işçinin çıkışını vermek istiyorlar.*

## İŞSİZLİK VE YABANCI İŞÇİLERİN DURUMU

*Yeni istatistikte 20 yaşından genç işsizlerin sayılarında da artış kaydedilmektedir. Şu an resmi olarak kayıtlı 187 200 işsiz genç var. Tabi ki işsiz gençler arasında da yabancı gençler başı çekiyor. Gençlerin yanı sıra kadın işsizler, özellikle de genç kızlar işsizlikten ağır bir şekilde etkilenmekteler.*

*Öte yandan artan işsizlikten en ağır bir şekilde etkilenen kesimi biz yabancı işçiler oluşturmaktayız. Resmi istatistiklere göre genel işsiz sayısında hafif bir artış olurkan, yabancı işsizlerin sayısı yüzde 5 artarak 243 700'e ulaştı. Derinleşen bunalımla, işyerlerinin yoğun bir şekilde rasyonalleştirilmesi ile birlikte—karşı önlemler alınmazsa—yabancı işsizler ordusunun sayısının çok hızlı bir artış göstereceği tartışma götürmez gerçektir.*

*CDU/CSU-FDP koalisyon hükümetinin başa gelmesiyle birlikte kapitalistler işçi sınıfına yönelik saldırılarını daha da yoğunlaştırdılar. Aşırı kâr çıkarları için ard arda işyerlerini yok etmeyi, toptan çıkışlara gitmeyi daha da hızlandırdılar.*

*Derinleşen kapitalist bunalımın, artan işsizliğin ilk kurbanları olan biz yabancı işçilerin durumu, Alman sınıf kardeşlerimizinkinden çok daha çekilmez bir aşamadadır. Biz sadece kapitalistlerin aşırı kâr isteklerinden ötürü işyerlerini rasyonalleştirerek çıkış vermelerinin ilk kurbanları olmakla kalmayıp, aynı şekilde işsiz kaldığımız süre zarfında da durumumuz Alman sınıf kardeşlerimizinkinden daha da ağırdır. Örneğin dün çalıştığımız dönemde aldığımız ücretle ödediğimiz fahiş ev kiralarını, yüksek yakıt paralarını, genellikle kalabalık olan ailemizin geçim masraflarını bugün üç beş kuruşluk işsizlik parası ile sürdürmek zorundayız. Sadece bununla da Batı Alman büyük sermayesinin ve onun Bonn'daki temsilcilerinin saldırısı sınırlı kalmamakta. Şu anki işsizlik sayısı karşısında bir yabancı işçi, özellikle de Ortak Pazar dışı ülkeden gelen işçi yeni bir işyeri bulsa dahi bu işyerinde işbaşı yapamamaktadır. Çünkü Federal Çalışma Teşvik Kanunu'nun 19. maddesi gereğince yabancı işçilere iş piyasasındaki duruma göre çalışma izinleri verilmekte, böylece Batı Almanya ve Batı Berlin işçi sınıfı kendi içinde bölünerek önce yerli işçilere, sonra Ortak Pazar üyesi ülke işçilerine, en son sırada ise Türkiye gibi Ortak Pazar dışı ülkelerden gelen göçmen işçilere çalışma hakkı tanınmaktadır. Böylece bir yandan işçi sınıfı bölünürken, diğer yandan ise çalıştığımız dönömde Alman sınıf kardeşlerimizle aynı primleri, vergileri ödeyen biz yabancı işçiler işsiz kaldığımız dönemde ise ayırımcı bir uygulamaya tabi kılınmakta ve ikincil bir muamele görmekteyiz.*

*Kapitalist konjünktürün yükseliş dönemlerinde yedek sanayi ordusu olarak getirilen, ağır ve kötü işlerde çalıştırılan, Alman sınıf kardeşlerimize göre daha az ücret alan ve sosyal haklarımız sınırlı olan biz göçmen işçiler bunalımın derinleştiği, işsizliğin görülmemiş boyutlara ulaştığı dönemde ise geri dönmeye zorlanmaktayız. Hiç şüphesiz hepimiz değil, özellikle işsiz olan kesimimiz. Çünkü yabancı ucuz işgücü kapitalist ekonominin vaz geçilmez bir unsurudur. Zira, kapitalistler biz yabancı işçilerin sırtından muazzam kârlar sağladıkları gibi, aynı şekilde bizleri yerli işçilerin ücretlerine baskı yapmak için yedek sanayi ordusu olarakta kullanmaya çalışıyorlar. Ayrıca biz yabancı işçiler üzerinde katmerli bir sömürüyü gerçekleştiriyorlar. Örneğin bugün işsiz kalma durumunda işsizlik parası süresinin sona ermesiyle elimizde hiç bir geçim kaynağımız kalmamakta, sosyal yardım alamamakta ve sınırdışı edilmekteyiz.*

*Bugün bunalımın giderek derinleştiği bir ortamda Batı Alman büyük sermayesi ve onların iktidara getirdikleri CDU/CSU—FDP koalisyon hükümeti bunalımın tüm yükünü işçi sınıfının ve emekçi halkın sırtına yıkmaya çalışmaktalar. Daha şimdiden bile Kohl'un bakanları ücretlerin dondurulması çığlıklarını atıyorlar. Ancak büyük sermayenin bunalımın faturasını işçi sınıfına ödetebilmesi için karşısında bölünmüş, kendi içinde birbirini yiyen işçi sınıfının olması gerekli. İşte bunun içindir ki şimdi CDU/CSU-FDP koalisyon hükümeti çok açık bir şekilde işsizliğin olmasının nedeni olarak biz yabancı işçileri göstermekte, bizim gitmemizle işsizliğin yok olacağını ileri sürmekte, ırkçı ve yabancı düşmanı görüşleri körükleyerek yerli ve yabancı işçileri birbirine karşı ince taktiklerle kışkırtmaktalar.*

*Büyük sermayenin bu saldırısını boşa çıkarmanın, yabancı düşmanlığına karşı başarılı bir mücadele sürdürmenin yolu yerli ve yabancı işçilerin ortak mücadelesinden ve aynı zamanda biz yabancı işçilerin hem çalıştığımız hem de işsiz kaldığımız dönemde yerli işçiler gibi aynı eşit haklara sahip olmamızı sağlamaktan geçer. Çünkü sınıfın bir bölümünü oluşturan yabancı işçilerin aynı sosyal ve siyasi haklara sahip olmaması siyasi geriliğe hizmet eder. Hiç kuşkusuz eşit hakları elde etmenin koşulu gene yerli ve yabancı işçilerin ortak mücadelesidir.*

*(„Arbeitslosigkeit und Lage der ausländischen Arbeitslosen")*

### Faşist Cuntanın Türkiyeli işçilere yeni bir tuzağı

# "Fazla döviz gönderen işçiler ödüllendirilecek!"

**Daha önce bankaların başlattığı "Tarım Kredisi" kampanyalarında işçilerin dövizinin sürekli kılınması konusunda bir başarı kaydedilemeyince, şimdi faşist cunta bir adım daha atmaya çalışıyor. Yurt dışında, özellikle de Federal Almanya'da çalışan Türkiyeli işçilerin dövizlerinin üzerine konmak için faşist cuntanın Çalışma Bakanlığı 7 maddeden oluşan bir öneri paketi hazırladı.**

Türkiyeli işçilerin daha fazla döviz göndermelerini teşvik etmek amacıyla hazırlanan öneri paketi başbakanlığa ve ilgili bakanlıklara sunuldu. Öneride fazla döviz gönderen işçilerin "ödüllendirileceği" de belirtilmektedir. Ancak bu tür sahtekârlıklara başvurularak beşli çete işçilerin dövizini garanti altına almak istiyor.

Faşist cunta bir yandan yurt dışında, özellikle de Federal Almanya'da oldukça ağır şartlar altında ve zor işlerde çalışan biz Türkiyeli işçi ve emekçilerin yıllardır biriken sorunlarının çözümü için, örneğin burada sadece bir kaçını sayacak olursak, biz işçilerin emeklilik ve işsizlik sigortası primlerinin garanti altına alınması için, çocuklarımızın buradaki eğitim sorununun çözümlenmesi için bir adım atmazken, şimdide Kohl Hükümeti "Türkler gitmeli" derken buna karşı göstermelik "protesto" yaparken, diğer yandan ise kollarını sıvazlayarak ard arda bizim dövizlerimizin üzerine konmak için yeni tuzaklar hazırlamaktadır.

Çalışma Bakanlığı'nın bu 7 maddelik öneri paketi, biz Türkiyeli işçilerin yurt dışında bulunduğumuz bölgelerde doğrudan dövizlerimizin üzerine konulabilmesi için banka şubelerinin açılmasından tut ta ki dövizle satış yapan mağazaların yaygınlaştırılmasını, yurt içinde eğitim gören çocuklarımızın masraflarının dövizle ödenmesini, yakınlarımıza karşılığı dövizle ödenmesini şart koşan kredi açılmasın vs. öngörmektedir. Tabi ki ayrıca işçilerin sanayi yatırımlarına ortak edilmesini önermektedir. Şimdiye kadar kurulan "işçi şirketlerinin" akibetinin ne olduğu ortada. Bu anlamda cuntanın Çalışma Bakanlığı'nın biz Türkiyeli işçilerin zor bela dişimizden tırnağımıza sıkarak biriktirdiğimiz üç beş kuruşluk dövizin üzerine konmak ve bunu sürekli kılmak için hazırladığı öneri paketi yeni bir tuzaktan başka bir şey değildir. Zaten başka türlü olması düşünülemez.

Beşli generaller çetesi bugüne dek biz Türkiyeli işçilerin hangi sorununu çözdü. Hiç birini. Çünkü Türkiyeli işçilerin sorunları yıllar önce bizi ucuz işgücü olarak Batılı emperyalist ülkelere satan hakim sınıfları zerre kadar ilgilendirmiyordu ve bugün de ilgilendirmemektedir. Bunun için de bugün onun temsilciliğini yapan faşist cuntayı da bizim sorunlarımız ilgilendirmemektedir. Onlar daha bizi Batı Avrupa'nın kapitalist devletlerine sattıklarında "eti size kemiği bize", diğer bir deyişle "işgücü size, dövizi bize" mantığından hareket etmiştiler. İşte dün olduğu gibi bugünde onları ve daha önce temsilciliğini yapan hükümetleri, şimdi ise faşist cuntayı ilgilendiren bizim burada yurt dışında, özellikle de Federal Almanya'da yoğun baskılara, haksızlıklara, ayrıcalıklara uğramamız değil, aksine sadece ve sadece bizim dövizimiz. Biz "döviz makinası" olduğumuz sürece onlar için önemliyiz.

Faşist cuntanın yeni hazırlattığı bu öneri paketi, onun "Anayasa Taslağı'nda "yurt dışındaki işçilerin ve ailelerin sorunları ile de ilgilenilecektir" maddesinin ne anlama geldiğini daha da gün ışığına çıkarıyor: Dövizimizin sürekli kılınmasını sağlamak! Biz daha o zaman cuntayı ilgilendiren tek noktanın bizim dövizimiz olduğunu söylemiştik. İşte bugün atılmak istenen adım bu gerçeği bir kez daha doğruluyor.




*Çıkışlara karşı mücadele yaygınlaşıyor.*

### *Hamburg'tan işçi yazışması*

# *3000 Blohm ve Voss işçisi uyarı grevinde*

**30. 9. Perşembe günü Hamburg Blohm ve Voss tersanesinde 3000'i aşkın işçi arkadaş uyarı grevine gitti. Onlar 500 işçinin toptan çıkışının verilmesi planını protesto ettiler.**

İlkin saat 9'da işyeri işçi temsilcilik bürosunun önünde bir kaç yüz arkadaş toplandı ve sonra bir saat boyunca tersane alanında yürüdüler. Bu esnada bir dizi arkadaş eyleme katıldı. Makina ve panzer yapımı bölümlerindeki arkadaşların hemen hemen hepsi eyleme katılırken, gemi yapımı bölümünden az bir katılım olmasına karşılık, oradan da arkadaşlar yer alıyorlardı.

Atmosfer çok iyildi. Katılımın bu kadar fazla olacağı önceden tam olarak açık değildi.

İdare binasının önünde yapılan mitingte İşyeri İşçi Temsilcilik Başkanı K. Schreyer ve Sendika Temsilcilik Kurulu Yöneticisi G. Taschenberger konuştular ve planlanmış çıkışları mahkum ettiler. Melzen arkadaş bu kendiliğindenci eylemi IGM Yerel Yönetimi'nin destekleyeceği üzerine teminat verdi. Burada İşletme Yönetim Kurulu'na gönderilmesi için bir protesto kararı alındı.

Yönetim Kurulu Sözcüsü Dr. Budczies konuşmak isteyince ıslık tufanına tutuldu ve yuha çekildi. Bey basbayağı sarardı ve bir kaç kez daha bir şeyler söylemeye çalıştı, ama kararlı bir şekilde engellendi.

Bu eylem başarılı bir başlangıçtı. O bizim çıkışları mücalesiz kabul etmeyeceğimizi gösterdi.

Ancak ne varki başarılı olabilmek için İşyeri İşçi Temsilciliği ve sendika temsilcileri kurulu şimdiye değin takınılandan daha da kararlı bir tutum almalılar: personeli hızlı ve ayrıntılı olarak bilgilendirmeli, iş bölümleri ve kısım toplantıları yapmalı, işletme kapısı önündeki eylemleri artırmalı, şehirdeki eylemleri artırarak halka bilgi vermeli ve çıkışlardan etkilenen diğer Hamburg işletmelerinin mücadelesiyle bağ kurmalıdırlar.

Umarız ki bu hafta yapılacak işyeri toplantısı doğru yönde bir adım olur.

KPD Blohm ve Voss Hücresi

### Yabancı işçiler

# Kapitalist iş piyasası için yedek sanayii ordusu

**LEVERKUSEN'DEN İŞÇİ YAZIŞMASI**—Ben size hakim sistemin insanlık düşmanlığını, özellikle de yabancı düşmanlığını ispatlayan örnekleri anlatmak istiyorum.

Bayer-Leverkusen'de müteahhit firmasının görevi üzerine çalışan işçi arkadaşlar bir meta gibi muamele görmekteler: Yük yükleyen işçi grubundan "temizlik" grubuna.

Artık "temizlik" grubunda da yapılacak yeterince pis iş olmayınca yük yükleme işçi grubundan da işçi arkadaşların çıkışı verildi. (Ben bunu bir Kürt işçi arkadaştan öğrendim ve gerekli belgeleri de aldım)

Kürt işçi arkadaş bir kaç ay sonra tekrar işe alındı ve daha sonra ise sipariş yetersizliğinden dolayı yeniden çıkışı verildi.

Kadınlar gibi yabancı işçi arkadaşlar da kapitalist is piyasası için yedek sanayii ordusunu oluşturuyorlar. İnsan hesaplamada bir derece aşağıya düşürülüyor.

Diğer bir Kürt işçi arkadaş ise bir Leverkusen İnşaat Firmasında iş buluyor. Ancak orada iş başı yapamıyor, çünkü İş ve İşçi Bulma Kurumu ona çalışma izni vermeyi reddediyor.

İş ve İşçi Bulma Kurumu'nun gerekçesi açıklamayı gerektirmeyecek kadar açık. (bak aşağıdaki İş ve İşçi Bulma Kurumu'nun yazısına)!

Sevgili okuyucular, ben sizi KPD ile birlikte Alman Sosyalist Cumhuriyeti için mücadele etmeye çağırmak istiyorum. Bu tür bir sistemde biz kâr çıkarlarını ve kapitalistlerin her şeyin yapılmasının zorunlu olduğu mantığını değil, insanları toplumun merkezine koyacağız!

*İş ve İşçi Bulma Kurumu'nun çalışma izninin verilmemesi için gösterdiği neden şu:*

*Bana verilen talimatlara göre çalışma izninin iş piyasasındaki duruma ve gelişmelere uygun olarak verilmesi gerekir. Bu bir yandan yabancı işçilerin çalıştırılması iç ekonominin ihtiyaçlarına ve iç piyasasındaki duruma göre gerekli olduğu demek olurken, diğer yandan ise Alman ve kendileriyle aynı hakka sahip olan yabancı işçilerin (örneğin Ortak Pazar-AET-ülkesi yurttaşlarının) çalışma imkânlarını ve iş koşullarını etkilememesi anlamına gelir.*

*Önümüzdeki durumda bu ön şartlar mevcut değil, çünkü sizden önce çalışma izni almak hakkı olan ve şu an söz konusu iş için hazır bulunan uygun Alman ve yabancı işsiz şahıslar var. Nitekim Haziran 1982 sonunda benim görev bölgemde aralarında 2799, yüzde 17 oranında yabancının da yer aldığı toplam 16511 kayıtlı işsiz vardı. (Size, KŞ) Çalışma izninin verilmesi durumunda adı geçen çevrenin çalışma imkânları olumsuz yönde etkilenmektedir."*

## Sosyal hakların kısıtlanmasına ve işyerlerinin yok edilmesine karşı DGB'nin düzenlediği eylemlere katılalım!

**23 Ekim'de Dortmund'da.** *DGB Kuzey Ren Vestfalye Eyalet Birliği'nin düzenlediği bu yürüyüş saat 9.30'a doğru Westfalenhalle'de başlayacak. Daha sonra şehir merkezinden geçerek Alte Markt'ta saat 11'de başlayacak mitingle sona erecek.*

**23 Ekim'de Frankfurt'ta.** *Burada yapılacak mitingi DGB Hessen ve Rheinland-Pfalz Eyalet Birlikleri düzenliyor.*

**23 Ekim'de Nürnberg'te.** *DGB Bavyera Eyalet Birliği'nin çağrı yaptığı yürüyüş Nürnberg Hauptmarkt'ta yapılacak bir mitingle son bulacak.*

**30 Ekim'de Stuttgart'ta.** *DGB Baden Württemberg Eyalet Birliği'nin düzenlediği bu yürüyüş üç koldan hareket edecek. Saat 11'de Liederhalle'de, Schillerplatz'ta ve Güterbahnhof'ta harekete geçecek yürüyüş kolları saat 12.30'da mitingin yapılacağı Schlossplatz'a doğru ilerleyecekler.*

**30 Ekim'de Hannover'de.** *Burada DGB Aşağı Saksonya Eyalet Birliği bir protesto toplantısı yapacak.*

**29 Ekim'de Kiel'de.** *DGB burada bir yürüyüş ve miting düzenliyor.*

**4 Kasım'da Bremen'de.** *Burada yapılacak yürüyüşü DGB Bremen Kaza Birliği düzenliyor.*

**6 Kasım'da Hamburg'ta.** *Bu eylemi DGB Nordmark Eyalet Birliği düzenliyor.*

**6 Kasım'da Saarbrücken'de.** *Bu eylemi DGB Saar Eyalet Birliği düzenliyor.*

*Ayrıca "Kızıl Şafak"ın 38. sayısında da belirttiğimiz gibi 23 Ekim'de düzenlenen DGB yürüyüş ve mitinglerine Sosyal Güvenlik İnsiyatifi de (ISS) ayrı bir blok oluşturarak "Sosyal hakların kısıtlanmasına, işyerlerinin yok edilmesine ve yabancı düşmanlığına birlikte karşı duralım!" şiarı altında katılıyor.*

*CDU/CSU'nun ve yeni Federal Hükümet'in yabancılar politikası üzerine*

**1. Bölüm**

# "Yabancılar dışarı!"–resmi hükümet politikası mı olacak?

**CDU/CSU-FDP koalisyon hükümeti kurulur kurulmaz eski Federal Hükümet'in yabancı düşmanı önlem ve kararlarını geride bırakan bir rota izlemeye başladı. Yabancılara karşı ilk sinyalleri koalisyon ortakları arasında yapılan anlaşmalar verdi. Ne varki CDU'lu Federal Başbakan Kohl geçen hafta sonunda televizyonda yaptığı bir konuşmada, varılan koalisyon anlaşmalarının çok daha ilerisine gitti. Onun bu konuşmasında yabancılara karşı söyledikleri şeylerin izine faşistlerin ve "Heidelberger Manifestosu"nu yazan faşist ve ırkçı profesörlerinin açıklamalarında, yayınlarında rastlanabilmektedir. Büyük sermayenin hükümeti olan CDU/CSU-FDP koalisyonun izlediği bu rota ile bir yandan halkta olan gerici ve ilkel ön yargılar kullanılarak aşırı sağcı güçlerin seferber edilmesi amaçlanırken, diğer yandan ise özellikle de işçi sınıfının bölünmesi emeli beslenmektedir. Bunun için büyük sermaye hükümetinin yabancılara yönelik bu kararlarına anti-faşistler, özellikle de örgütlü işçi hareketi kararlı direnişle karşı durmalıdırlar.**

İç ve hukuk politikası kapsamında, "yabancılar sorununa", bu sorunun sözüm ona çözümüne yeni hükümetin hangi ağırlığı verdiğini koalisyon ortaklarının aldıkları kararlara baktığımızda çok açık bir şekilde görebilmekteyiz.

Büyük sermayenin hükümeti yabancılara karşı aldığı kararların ardında sözüm ona "insancıl emellerin beslendiği" imajını uyandırabilmek için şirin sözlerle bir giriş yapmaktadır. Ancak bu alçaklığın ardında hangi gerçeklerin yattığını hem alınan kararları ayrıntılı olarak incelediğimizde hem de CDU/CSU'nun şimdiye değin eyaletler çapında uyguladığı kararlara ve Federal Almanya çapında uygulanmasını sağlamak amacıyla parlamentoda attığı adımlara baktığımızda net bir şekilde görebilmekteyiz.

Henüz hükümetin diğer kararlarını ele almadan, sanki şimdiye değin bir adım atılmışmış gibi, gelecektede sözde "önemli bir görev olarak duracağı" belirtilen entegrasyon sorununa ilişkin açıklamaya, özellikle de entegrasyonun yabancıların "kültürel benliklerine saygı gösterileceği" temelinde gerçekleştirileceğine değinelim.

Bu yılın ocak ayında CDU/-CSU Fraksiyonu parlamentoya yabancılar politikası üzerine bir önerge verdi. "İş gücü olarak getirilen yabancılar ve buraya yerleşen aileleri için sorumluluk duyulmalıdır" konusuna değinilen bu önergede şöyle denmekte: *"Federal Almanya'da yaşayan* **tüm** *yabancıların onların milli ve kültürel benliklerini tam olarak koruma temelinde* ***uyumunun sağlanması ne mümkün ne de her iki tarafın çıkarları için arzu edilir."*** (Bundesdrucksache 9/1288, 21.1.82) Buradan da görülebileceği gibi birincisi CDU/CSU yabancıların uyumunun sağlanmasına, yani entegrasyona karşıdır, hele hele yabancıların "kültürel benliklerini koruma" temelinde bir entegrasyondan ise hiç yana değildir. Nitekim bu noktayı CSU Şefi Strauss'un Bavyera seçim kampanyasında yaptığı şu konuşma da doğruluyor: *"Burada doğup büyüyen yabancı gençlerin de Alman vatandaşlığına geçmelerine asla izin vermeyeceğiz. Yabancı sayısının artmasına izin vermek Alman milletine ihanet olur."* Strauss'un bu söylediği ile Neonazilerin söyledikleri arasında bir fark var mı? Asla! İkinci olarak ise gerek CDU/CSU'nun önergesinde gerekse de Strauss'un yaptığı açıklamada sadece yeni yabancıların Almanya'ya gelmesinin önlenmesi değil, aynı şekilde tüm yollara baş vurularak buradakilerin sayılarının azaltılması sonucu da çıkmaktadır.

Gerek koalisyon ortaklarının biz yabancılara karşı aldıkları "geriye dönüşe teşvik önlemleri"nde (?!), gerek Kohl'un televizyonda yaptığı açıklamada, gerekse de Strauss'un Bavyera seçim kampanyasında yabancıların geriye gönderilmesiyle işsizliğin azalacağı belirtilmektedir. Böylece CDU/CSU "işsizliğin nedeni" olarak biz yabancıları göstermekteler ve dolaylı olarak faşistlerle "fikir birliği" içinde olduklarını dile getirmekteler. Nitekim Strauss'un Nürnberg'te seçim kampanyası konuşmasında söylediği yukarıdaki sözler boşu boşuna faşistler tarafından alkış yağmuruna tutulmadı.

## Teşvik primi mi, yoksa örgütlü soygun mu?

"Yabancıların sayılarının azaltılması" için koalisyon anlaşmalarında "geriye dönüşe teşvik priminden" söz edilmektedir. Bizce birincisi teşvik primi gerçekten şirin gözüken, sanki devlet biz yabancı işçilere bir şey hediye ediyormuş gibi anlama gelen bir kelimedir. Her şeyden önce teşvik primi yerine santaj demek daha doğru olur. Çünkü hükümet bize kendi devlet kasasından bir şey vermiyor, aksine bizim yıllar boyunca ödediğimiz vergilerin emekli ve işsizlik sigortası primlerinin sadece cüzü bir miktarını oluşturan bölümünü, yani bizim hakkımızın en küçük bir dilimini bize veriyor. Tabi ki bununda alma hakkımız olan işveren emeklilik primlerinin ve diğer sosyal ödendilerimizin üzerine konulmak şartıyla süreli olarak verilmesi ön görülüyor. Böylece büyük sermaye şimdiye değin ucuz iş gücü olarak çalıştırılmamızda muazzam kârlar elde ettiği gibi şimdi ise geriye dönmeye zorlanmamızda da kâr elde etmek istiyor. Bu anlamda hükümetin "teşvik primi"ni santaj ve devletçe örgütlenmiş soygun diye adlandırmak daha da doğru olur.

Bu anlamda bize verilmek istenen teşvik primleri devletin bir hediyesi, ya da vergi ödeyen Almanların bir parası değil, tam tersine bizim alın terimizle kazandığımız haklardır. Gerçekten koalisyon anlaşmasında belirtildiği şekilde hükümetin amacı insancıl ve hukuka uygun bir çözüm olsaydı, o zaman bu hakları bize ödemesi onun bir görevi olması gerekirdi. Ancak kazandığımız haklarımızı tam olarak bize vermesi şöyle dursun, üstelik bu hakların ödenmesini kendisinin bir hediyesiymiş gibi göstermeye çalışarak göz boyacılığı yapıyor. Ayrıca Batı Alman devleti şimdiye değin burada bir kaç yıl çalışarak iş gücünü ucuz fiyatla satan ve sonra hiç bir sosyal hakkını almadan geri dönen yabancı işçilerin sırtından milyarlarca Mark vurdular.

CDU/CSU-FDP koalisyon hükümetinin yabancılara yönelik gerçekleştirmek istediği bu yeni politikanın ne denli alçakca ve adice bir politika olduğunu sözüm ona "teşvik uygulamasının", daha doğrusu haklarımızın kısmen bize iade edilmesinin belirli bir zamanla sınırlandırılması berrak bir tarzda ortaya koymaktadır. Buna göre her kimki belirtilecek sınırlama süresi içinde geriye dönmezse, gelecekte hiç bir şey alamayacak! Bu zorbacı ve baskıcı medotun "insancıl" bir yanı var mıdır? Asla.

Demekki bu süre zarfında serbestçe gitmeyen yabancılar zoraki, doğrudan saldırı temelinde gitmeye zorlanacak. Pekâlâ bu noktayı hem yazının başında söz konusu hükümet kararından aktardığımız pasaj hem de Batı Berlin'in kötü ününe sahip olan politikacısı Lummer'in "yabancıların geriye gönderilmesini zorlamak için işsiz kalanların çalışma izinleri iptal edilmelidir" açıklaması doğruluyor. Böylece bu yeni kararlarla serbestçe gönderme değil, **zoraki ve devletçe örgütlenmiş santaj temelinde gönderme amaçlanıyor.**

Aşırı gericiliğin yeni hükümeti bu yoğun saldırıda yeni yabancıların F. Almanya'ya gelmesini de önlemek istiyor. Ayrıca alınan yeni önlemlerle Ortak Pazar'dan ve Ortak Pazar dışından gelen yabancı işçiler bölünmeye, aradaki farklı uygulamalar daha da derinleştirilmeye çalışılıyor. Özellikle de Ortak Pazar'a üye olacak ülke vatandaşları, ilk planda Türkiyeliler için şimdilik kağıt üzerinde var olan serbest dolaşım önlenmek isteniyor. Böylece şimdiye değin Ortak Pazar'a üye olmaya özendirici önlemlerden biri olan serbest dolaşım hakkı da rafa kaldırılıyor. Zaten AET'ye üyelik ekonomik ve siyasi olarak zayıf devletlerin üzerinde emperyalist devletlerin daha doğrudan denetimini sağlamayı amaçlıyor.

Birlik Partileri'nin (CDU/-CSU) biz yabancı işçilerin ve ailelerimizin buraya gelmesini önleme politikalarının önemli bir bölümünü ise getirilecek çocukların yaşının 6 ile sınırlardırılması oluşturuyor. Bu insanlık dışı uygulamalayla biz yabancı işçilerin aileleri parçalanmak isteniyor. Gerçi söz konusu önlemler paketinde henüz buna yer verilmemektedir. Ama gerek CDU Genel Sekreteri Geissler, gerekse de şimdiki CDU/CSU Federal Parlamento Grup Şefi olan eski Hessen CDU Başkanı Dregger bunu ateşli bir şekilde savunmaktadır. Dregger mart ayında şöyle demişti: *"Aileleri birleştirme kapsamında sadece 6 yaşına kadar olan çocukların gelmesine izin verilmeli"* (CDU Fraksiyonu'nun Hessen Eyalet Meclisi'e verdiği önerge, Drucksache 9/6236, 24.3.82). Bu durumda Bay Kohl hangi "insancıl yöntemlerden" bahsediyor acaba?

"Federal Almanya'nın bir göçmen ülkesi olmadığı" söyleniyor. Bu iddianın çok yönlü bir anlamı var: Çeşitli milliyetlere sahip göçmen işçilerin yerleştiği, kapitalistlerin biz yabancıları ucuz iş gücü olarak bin bir vaatlerle getirdiği, bir çoğumuzun yıllardan beri burada çalıştığımız ve yaşadığımız, tabi ki ailelerimizi yanımıza aldığımız, ya da aile kurmak istediğimiz, yarattığımız değerlerle bu ülkenin ekonomisinin inşaasına ve işyerlerinin yaratılmasına katkıda bulunduğumuz Federal Almanya bir göçmen ülkesi değil midir? Bunu hangi bakış açısıyla ele aldığımız belirler.

CDU/CSU büyük sermayenin çıkarlarının acımasızca gerçekleştirilmesinin temsilcileridirler. Bunun içindirki büyük sermaye onlari işçi sınıfını ve emekçilerin haklarının en pervasız bir şekilde kısıtlanması, bunalımın tüm yükünün sırtına yıkılması amacıyla şimdi iktidara getirdi. Ve Alman işçilerinde olduğu gibi aynı sınıfın halkasını oluşturan biz yabancı işçilerde de kapitalistleri ilgilendiren tek bir yan var: bizim iş gücümüzün acımasızca sömürülmesi.

*Yeni kararlara karşı ortak mücadele yükseltilmeli!*

Bu görüşü kısaca ve açıkca ortaya koymak için kapitalistlerin ekonomi dergisi "Wirtschaftswoche"ye (WiWo) bir göz atalım: ***"20 yıl önce .... tipik misafir işçi 20 ile 35 yaşları arasındaydı, oldukça çalışkan ve hiç bir şey talep etmiyorlardı. Yılda bir kere evine izine gidiyordu — ve 9 ay sonra çocuk parası talebinde bulunuyordu. Almanya'da kök salması pek nadirdi. 1966/67 yılında savaş sonrası dönemin ilk konjüktür gerilmesi baş gösterdiğinde yarım milyon misafir işçi bavullarını paketledi. İş piyasası pratikte beklenildiği gibi düzgün yürüyor görünüyordu. Almanya'nın ekonomisi büyüyünce, Alp dağlarının, Boğaziçi'nin ve Pirene dağlarının arkasında hemen telefonla çağrılmaya hazır, çalışmak isteyen bir milyon ordu bekliyordu. Kötü dönemlerde bohçalarını paketleyerek gidiyorlardı.***

*Ne varki, daha 1974'deki krizde politikacılar ve iş piyasası uzmanları bu rotasyon metodunun artık çalışmadığını görmek zorunda kaldılar."* ("Rapor: Yabancılar barış için bir tehlike mi?", WiWo 6/82, 5 Şubat)

Buna ilişkin olarak o dönemde Baden-Württemberg Eyalet Başkanı olan tanınmış eski Nasyonalsosyalist Bahriye Hakimi CDU'lu Filbinger şöyle diyordu: *"Aile fertlerinin gelmesindeki artışla ve burada kalma süresinin uzamasıyla (yabancıların, KŞ) bütün ekonomi için faydaları giderek düşündürücü bir hal almaktadır."*

Bu pasajında gösterdiği gibi biz yabancıların insancıl yanlarımız, yani ailevi sorunlarımız Batı Alman sermeyesini ilgilendirmiyordu. Onları sadece ve sadece dün olduğu gibi bugün de biz yabancı işçilerin ucuz iş gücü ilgilendirmektedir. Bunun içindirki ailelerimizin, çocuklarımızın sorunlarının çözümü doğrultusunda bugüne değin hemen hemen kayda değer hiç bir şey yapılmadı.

## Suni ön yargıların körüklenmesinin amacı

Bunalımın derinleşmesiyle birlikte bir yandan bir bütün olarak işçi sınıfına saldırılar yoğunlaşırken, diğer yandan ise sınıfın en zayıf halkasını oluşturan, siyasi ve sosyal hakları sınırlı biz yabancıların üzerindeki baskılar da daha da artmaktadır. Alman işçilerinin ve emekçi halkının bunalımın ve artan kitlesel işsizliğin gerçek sorumlularını görmelerini önlemek, işçi sınıfının birliğini bölmek için biz yabancı işçileri bunalımın, artan işsizliğin sorumluları olarak damgalanmaya, dikkatler bizim üzerimize toplanmaya, böylece Alman işçileri ve emekçi halkı sorunlarından uzak tutulmaya çalışılıyor.

Özellikle de ön rakamlar verilerek Alman işçilerinin ve emekçilerinin korkuları artırılmak isteniyor. Yabancıların sayılarının artması ile Almanların azınlığı oluşturacağı sahtekârlığına baş vurularak ırkçı propagandalar yapılıyor. Bunun için bir kez daha "Wirtschaftwoche"den bir alıntıyı aktaralım: *"Eğer DIW'in (Alman Ekonomik Araştırma Ensitüsü, KŞ) ve Federal İçişleri Bakanlığı'nın tahmin hesaplarının (2 bin yılında 7 milyon yabancı, bunun üç milyonunu Türkiyeliler oluşturacak, KŞ) gerçek olmaması gerekiyorsa, o zaman Alman makamları er ya da geç burada yaşayan yabancıları ülkelerine dönmeleri için ikna edecek veya* ***zorlayacaklar."*** Gazete devamla şunları yazıyor: *"Federal Senatör ve CDU-Sosyal Kurullar Başkanı Norbet Blüm, işsiz kalan yabancıların nasıl serbestçe ülkeyi terk etmeye teşvik edilecekleri üzerine CDU tarafından yönetilen bir eyaletinde desteklediği öneride bulundu. Söz konusu grup 200 bin şahıstan, aileleri ile birlikte ise sayıları tahminen yarım milyonu buluyor.*

*Blüm'ün planı Federal Almanya'yı terk etmeye hazır olduklarını açıklamaları kaydıyla bu yabancılara işsizlik parası haklarının derhal ödenmesini öngörüyor. (...)*

*Bu tür tazminatlar sık sık söz konusu edildi. Ne varki bunlar Birlikte (Federal Bütçe, KŞ) ve eyaletlerdeki eksik bütçe durumundan ötürü gerçekleştirilememektedir."*

Bütçedeki durumda bir düzelme olmadığına göre, koalisyon ortaklarının yeni anlaşmalarında aynı görüşlerin yer alması-tabi ki santajcı bir temelde süreyle sınırlandırılması — kapitalistleri ve onların devletini tatmin eden bir çözümün bulunduğunu gösteriyor. "Teşvik primi" biz yabancı işçiler için bir tuzak olup, yıllar boyunca burada çalışarak kazandığımız hakkımızın en küçük bir bölümünü dahi karşılamayacaktır.

Şimdi bir de yeni Federal Başbakan Kohl'un söylediklerine bakalım: 3.10.1982 tarihinde ZDF televizyonunda yaptığı konuşmada Kohl *"İç sorunlarımızın başında yabancılar sorunu gelmektedir. (Onun için "Türklerin sorunları", KŞ) Federal Almanya'daki Türk hemşerilerin sayıları çok fazla ve bunun için de insancıl yöntemler uygulanarak azaltılmalı. Bu köprüyü geçinceye kadar ayıya dayı derler anlamına gelmemelidir. Ancak bizim Türklerin Federal Almanya'daki şimdiki sayılarını durduramayacağımız, sosyal sistemimizin, genel iş piyasası durumunun elvermediği bir gerçektir"* dedi.

Böylece Kohl koalisyon anlaşmalarının kapsamını da aşarak bunu da koalisyon anlaşmalarına eklemek istiyor. En azından bir kısmımızın gitmesi gerektiği yönünde yapılan bu açık saldırı hükümet değişikliğinden önce ilan edilen rotanın sadece kararlı bir şekilde sürdürülmesi ve somutlaştırılmasıdır. Bu nokta Dreger'in CDU Hessen parti örgütünün mart ayında eyalet meclisine verdiği önergede daha da açık bir şekilde belirtilmişti: *"Gelecek beş yıl içinde Federal Almanya'da sürekli yaşayan yabancıların sayılarının en az 1 milyon kişi azaltılması sağlanmalı"*

Helmut Kohl'un "Türklerin insancıl yöntemlerle geriye dönmeye özendirmesinin" insancıl bir anlayışla uzaktan yakından bir bağının olmadığını, aksine tam santajcı bir yöntem olduğunu belirtmiştik. Bu anlamda resmi açıklamaları, halkı tahrik eden "Türkler dışarı" sloganlarını hükümet politikası için temel aldığını ve dolayısıyla da faşistler ile aynı koroda yer aldığını göstermekte ve bu faşistlere daha da meydan okumalarına olanak tanınacağının bir habercisidir. Kohl'un da bir numaralı sorun olarak yabancıları görmesi ve yabancıların sayıları, Kohl'un deyimiyle "Türklerin" sayıları azaltılarak işsizliğin yok olacağı açıklaması ile faşist grupların yabancıların Almanların işyerlerini ellerinden aldıkları ve işsizliğin sorumluları oldukları görüşleri arasında bir fark var mı? Asla! Kohl da onlar gibi biz yabancıları bunalımın sorumlusu olarak göstererek dikkatleri yabancıların, özellikle de biz Türkiyelilerin üzerine toplamaya çalışmaktadır.

**Yazının ikinci bölümünü gelecek sayıda yayınlayacağız.**

### DÜZELTME

**"KŞ"ın geçen sayısında 4. sayfada 3. sütunun 3. paragrafında ve 3. sayfadaki KPD MK'nin açıklamasında yassı yazılan yerler yanlış dizilmiştir. Doğrusu şöyle: 3. sayfa: "barış hareketinin, bir bütün olarak parlamento dışı** ***mücadelenin*** **kriminalleştirilmesi..."**

**4. sayfa: "şu soruyu yönelttiler: Bugün** ***henüz*** **karşı çıktığımız şeyi... " Düzeltir, özür dileriz.**